

Rechenschaftsbericht der Stadt Maintal zum Bürgerhaushalt 2013

Vorschläge Kategorie 1: Fahrradwege und Sonstiges

- Vorschlag 1.1: Ausbau und Instandhaltung eines Radwegnetzes für Maintal
- Vorschlag 1.2: Bürgersteig Breulgasse Engstelle beseitigen
- Vorschlag 1.3: Optimierung Fahrradweg Hochstadt – Bahnhof
- Vorschlag 1.4: Asphaltierung des Radweges von Dörnigheim zur Albert-Einstein Schule
- Vorschlag 1.5: Kennedystraße

Vorschläge Kategorie 2: Kinder, Jugend und Senioren

- Vorschlag 2.1: Maintal auf dem Weg zur kinderfreundlichen Stadt: gesicherte und qualifizierte Betreuung von Kindern von 1 bis 10 Jahre in allen Stadtteilen
- Vorschlag 2.2: Bessere Rahmenbedingung im Kindergarten
- Vorschlag 2.3: Aufwertung von drei Spielplätzen zu attraktiven Nachbarschaftsplätzen bei gleichzeitiger Aufgabe von drei wenig frequentierten Spielplätzen
- Vorschlag 2.4: Erweiterung des Maintaler stadtparlamentfernsehen.de zu einem journalistischen Magazin (StaPaTV Magazin) mit der Beteiligung von Jugendlichen aus Maintal
- Vorschlag 2.5: Mehrgenerationendenken: Kinderbetreuung im Seniorenheim

Vorschläge Kategorie 3: Verkehr

- Vorschlag 3.1: Ruftaxi einführen statt leere Busse fahren lassen oder Linien streichen
- Vorschlag 3.2: Einführung eines Rufbusses für ältere und behinderte Mitbürger
- Vorschlag 3.3: Kostensenkung/Erlössteigerung an Stelle der vorgesehenen Angebotsreduzierung beim Stadtverkehr
- Vorschlag 3.4: Verkehrskonzept Gesamt Maintal
- Vorschlag 3.5: Weniger Ampeln

Vorschläge Kategorie 4: Maintalbad und Bahnhof

- Vorschlag 4.1: Musikräume im Maintalbad
- Vorschlag 4.2: Maintalbad erhalten
- Vorschlag 4.3: Neue Arbeitsgruppe für das Schwimmbad gründen, die aus Bürgern/innen besteht
- Vorschlag 4.4: Öffnungszeiten und Themenabende im Maintalbad
- Vorschlag 4.5: Erhöhung der Bahnsteige am Bahnhof Maintal Ost

Vorschläge Kategorie 5: Stadtentwicklung und Natur

- Vorschlag 5.1: Sanierung des Rathauses in Hochstadt und geplanter Neubau
- Vorschlag 5.2: Mögliche Kostenreduzierung beim geplanten Um- oder Neubau des Anbaues des Rathauses in der Größenordnung bis zu über €300.000 pro Jahr/ Nutzen des 100%tigen oder teilweise Arbeiten von Zuhause/ Gemeinsam genutzter Schreibtisch im Rathaus
- Vorschlag 5.3: Einrichtung eines öffentlichen Parks in Maintal
- Vorschlag 5.4: Naturschutz
- Vorschlag 5.5: Übernahme der Verwertung lukrativer Wertstofffraktionen (Altmittel, Alt-kleider usw.) in die Regie der Stadt

Vorschläge Kategorie 6: Finanzen und Sparen

- Vorschlag 6.1: Einführung eines Fundraisers
- Vorschlag 6.2: Nutzen von einkäuferischem Fachwissen für die Beschaffung und die Unterstützung der dezentralen Einkaufsstellen
- Vorschlag 6.3: Verzicht auf Papierunterlagen für die Gremien
- Vorschlag 6.4: Verkleinerung der Stadtverordnetenversammlung
- Vorschlag 6.5: Streichung des Projekts „Klimamanager“

Vorschläge Kategorie 7: Kultur und Stadtentwicklung

- Vorschlag 7.1: Eröffnung eines Kinos in Maintal
- Vorschlag 7.2: Schließung aller Stadtteilbüchereien zugunsten einer Zentralbücherei
- Vorschlag 7.3: Einrichtung eines zentralen Stadtladens
- Vorschlag 7.4: Effiziente Nutzung der Bürgerhäuser
- Vorschlag 7.5: Förderung der Entwicklung und des Vertriebs lokaler Produkte

Vorschläge Kategorie 8: Strom und Beleuchtung

- Vorschlag 8.1: Umstellung der Ampeln auf LED-Technologie
- Vorschlag 8.2: Stromkosten reduzieren
- Vorschlag 8.3: Weihnachtsbeleuchtung für alle Maintaler Stadtteile
- Vorschlag 8.4: Abbau der Fußgängerampel Backesweg/Breitscheidstraße
- Vorschlag 8.5: Straßenbeleuchtung

Vorschlag 1.1: Ausbau und Instandhaltung eines Radwegnetzes für Maintal

Zunehmende Energie- und Transportkosten machen alternativen im Pendlerverkehr und zum Einkaufen immer attraktiver. Radfahren ist ein Umweltschonendes, kostengünstiges und im Nahverkehr ein schnelles Transportmittel. Die Stadt Maintal sollte ein Programm zum Ausbau und zur Pflege/Instandhaltung eines Maintaler Radwegnetzes erstellen und jährlich einen festen Investitionsbetrag zum Ausbau und zur Unterhaltung des Radwegnetzes in den städtischen Haushalt aufnehmen.

Wichtig für Maintal, weil:

Ein gutes Radwegnetz erhöht die Qualität Maintals als Arbeits- und Wohnort und ebenfalls als Ort zum Einkaufen. Langfristig sollte die Investition durch zu erwartende höhere Steuereinkommen für die Stadt Maintal auszahlen.

Kommentare aus der Internetdiskussion

16.09.2013 - 12:58	Klaus Klee	Nach meinen Informationen befasst sich RuFF mit der gleichen Idee.
16.09.2013 - 16:20	herrmann@kuv asz.de	Was soll das Kosten? Der im Grunde fahrradfahrer freundliche Idee kann ich ohne die Kenntnis über die höhe der Investition und der jährlich anfallenden Unterhaltskosten nicht zustimmen.
16.09.2013 - 18:35	tus	jeder meter radweg erhöht die bereitschft das fahrrad zu benutzen und dadurch umweltschädlichere verkehrsmittel nicht zu verwenden. das erhöht die lebensqualität in maintal und ist uneingeschränkt zu begrüßen.
16.09.2013 - 22:59	PetBa	Was nutzt der Ausbau der Radwege wenn ich jeden Tag die Kampfradler auf dem Kesselstädter Weg in Richtung Kesselstadt und zurück trotz gut ausgebautem Radweg mitten auf der Strasse fahren sehe. Die rote Ampel an der Honeywellstrasse stört genauso wenig wie eine ordentliche Beleuchtung am Fahrrad.
17.09.2013 - 12:39	Klaus	Ein durchgängiges Radwegenetz, besonders für Schulen und Kindereinrichtungen ist absolut notwendig. Und hierbei gibt es in Maintal noch Einiges zu tin-
17.09.2013 - 16:33	P.Hugo	RuFF hat innerhalb des Stadtleitbildes eine Empfehlung "Entwurf Radwegekonzept Maintal" übergeben. Die Empfehlung wurde von der Verwaltung Stadt Maintal positiiv bewertet. Sie prüft zur Zeit welche nächsten Schritte von ihrer Seite einzuleiten sind, um auf dieser Basis, dieses Projekt weiterzuführen. Der Begriff Radwegenetz sollte durch Radverkehrsverbindung ersetzt werden. Auf Grund des Straßenbestandes in Maintal, wird der Radverkehr zu einem erheblichen Teil auf der Straße geführt werden müssen. Auf Grund des Umfanges ist dies sicher, auch nach kurzfristigem Start, ein mehrjähriges Projekt.
20.09.2013 - 15:09	Redaktion Jörg Wuff	Sehr geehrter Herr Hahn,der Vorschlag fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich unbedenklich.Im städtischen Haushalt sind im Haushaltsjahr 2013 für die Instandhaltung der Radwege 16.100 € und für die Investition in neue Radwege 25.000 € eingesetzt. Der genaue Bedarf zur Umsetzung aller notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung des Radwegenetzes kann nicht beziffert werden. Freundliche Grüße Jörg Wuff, i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt
21.09.2013 - 19:55	Klaus Klee	Mir begegnen in letzter Zeit mehr erwachsene Radfahrer auf Bürgersteigen als auf Radwegen oder Straßen. Rennradfahrer ignorieren sowieso alle Radwege und Verbotsschilder. Verkehrsregeln scheinen viele Radfahrer auch nicht zu interessieren. Vielleicht wird hier etwas geplant, was nachher nur von wenigen disziplinierten Radlern benutzt wird. Vielleicht sind die Fahrradaktivisten etwas zu überrepräsentiert. Dass diese knochentief motiviert sind, muss aber keinen Handlungszwang erzeugen.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	X	(X)	(X)	X	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Alle Gemeinwohlkriterien wurden für relevant erklärt. Wichtig war der Gruppe, dass es sich bei dem Vorschlag um ein übergreifendes Konzept für den Radverkehr handelt (nicht um die Schaffung vieler Radwege oder anderer Einzellösungen).

Lebensqualität

Der Vorschlag trage zur Verkehrssicherheit, zur Lebensraumqualität, zur Erhöhung der Mobilität und zur Verbesserung des Wohnumfeldes bei. Er unterstütze die Ziele des Stadtleitbildes. Ein Ziel des zu erarbeitenden Radverkehrskonzeptes sollte es sein, die Attraktivität und Sicherheit des Radfahrens zu erhöhen.

Umwelt-/Naturschutz, Nachhaltigkeit

Der Vorschlag fördert laut der Gruppe den schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen und erfüllt Kriterien der Nachhaltigkeit.

Wirtschaft

Der Vorschlag wurde als „bedingt wirtschaftsfördernd“ eingestuft, da bessere Radverbindungen auch die Attraktivität von Maintal als Wirtschaftsstandort fördern kann (Wege zur Arbeit oder zum Einkaufen werden erleichtert).

Haushaltskonsolidierung

Nach Einschätzung der Gruppe würden kurzfristig die Kosten steigen, langfristig würde aber ein ganzheitliches Radkonzept einen effizienteren Einsatz der Mittel ermöglichen, da es unnötige Mehrausgaben verhindern würde. Zudem könnte es zu einer Kostenreduzierung im Bereich der Erhaltung des Autonetzes kommen.

Anzahl der Betroffenen

Alle Bereiche der Bevölkerung profitieren von dem Vorschlag.

Ergänzungen / Einschränkungen zum Vorschlag

- Unter dem Begriff „Radwegenetz“ sollten nicht nur Fahrradwege sondern allgemein Radverbindungen verstanden werden. Es sollte ein umfassendes Radverkehrskonzept angestrebt werden.
- Auch zum Beispiel das Thema Beschilderung sollte in dem Konzept behandelt werden.
- Es gehe außerdem nicht nur um den Bau neuer Wege, sondern auch um die Instandhaltung vorhandener Wege, Beschilderungen und anderer Maßnahmen.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Im Haushalt sind zur Instandhaltung der Radwege jährlich 16.100 € eingestellt, für die Neuanlage bzw. grundlegende Erneuerung weitere 25.000 €, zusätzlich können die Mittel, die aus der Ablösung von Stellplätzen eingenommen werden für Investitionen in den Radverkehr, also zum Beispiel auch für Fahrradständer verwendet werden.

Mittel für ein Radverkehrskonzept sind nicht im Haushalt eingestellt. Allerdings ist beabsichtigt, im Rahmen einer studentischen Masterarbeit in Zusammenarbeit mit der Hochschule Darmstadt und der RUFF-Gruppe ein Radverkehrskonzept erstellen zu lassen. Dies könnte ggf. in ein gesamtstädtisches, integriertes Verkehrskonzept eingebunden werden.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wird im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Gesamt Maintal geprüft und bewertet.

Vorschlag 1.2: Bürgersteig Breulgasse Engstelle beseitigen

Die Breulgasse zwischen Obergasse und Hochstädter Straße gehört zu den Hauptdurchgangsstraßen in Bischofsheim. Der Bürgersteig in Höhe Hausnummer 4 ist nicht als Bürgersteig nutzbar, da zu schmal, kaum breiter als der Randstein. Hier müsste dringend diese Engstelle beseitigt werden, denn so müssen Fußgänger immer auf die stark befahrene Fahrbahn treten (was nicht nur in der Hauptverkehrszeit lebensbedrohlich ist). Auch der gegenüberliegende Bürgersteig ist so schmal, dass keine 2 Personen gleichzeitig passieren können. Wahrscheinlich gibt es in anderen Stadtteilen auch einige Bürgersteig-Engpässe - die hier ebenfalls genannt werden sollten.

Wichtig für Maintal, weil:
Gefahr beseitigt werden kann

Kommentare aus der Internetdiskussion

26.09.2013 - 12:13	Redaktion Jörg Wuff	Sehr geehrter Rudi54, die Stadt Maintal überarbeitet Straßenquerschnitte im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahmen. In diesem Zusammenhang werden dann jeweils die Querschnitte überprüft und umgestaltet, wobei insbesondere die Gehwege soweit möglich den aktuellen Richtlinien angepasst werden. Es stehen jedoch in der aktuellen Finanzplanung noch keine Sanierungsmaßnahmen in der Breulgasse an. Vorschlag fällt unter die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich unbedenklich. Aufgrund der Kürze der Zeit sind die finanziellen Auswirkungen (Baukosten) nicht ermittelbar. Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuffi.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt
-----------------------	------------------------	---

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
(x)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Dieser Vorschlag wurde mit Blick auf „Lebensqualität“, „Haushaltskonsolidierung“ und „Anzahl der Betroffenen“ diskutiert, jedoch für wenig gemeinwohlfördernd befunden (insbesondere aufgrund der geringen Anzahl von Betroffenen).

Lebensqualität

Es wurde bestätigt, dass der betroffene Bürgersteig und die Straße (es kann nur ein Auto durch) in der Tat sehr eng seien und eine Alternative die Sicherheit für Fußgänger punktuell erhöhen würde. Damit würde auch das Wohnumfeld verbessert. Allerdings berichteten Teilnehmende auch, dass Anwohner gegen den Vorschlag einer Einbahnstraße seien. Es müsste daher nach anderen Lösungen gesucht werden.

Haushaltskonsolidierung

Die Ausgaben steigen, der Vorschlag trägt nicht zur Haushaltskonsolidierung bei.

Anzahl der Betroffenen

Es wurde in diesem Rahmen die Frage diskutiert, ob ein Vorschlag noch „gemeinwohlfördernd“ genannt werden könne, wenn er so punktuell nur einen bestimmten Ort verbinde. Es wurde zudem angesprochen, dass sich eine Lösung negativ auf Autofahrer bzw. den Durchgangsverkehr auswirken könnte und damit nur förderlich für Fußgänger sei.

Wichtige Ergänzungen / Einschränkungen des Vorschlags

Es wurde die Notwendigkeit betont, dass das Problem in der Breulgasse in einem breiteren Kontext im Rahmen eines Konzeptes angegangen werden sollte. Dabei sollte es auch darum gehen, Alternativlösungen zu finden. Die Idee eines verkehrsberuhigten Bereiches wurde eingebracht. Der Vorschlag sollte von Experten geprüft werden.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Ein Umbau der Breulgasse ist mittelfristig nicht vorgesehen, da dies in der Regel nur in Zusammenhang mit der notwendigen Erneuerung von der Entwässerungskanälen durchgeführt wird. Eine Erweiterung des Gehweges wäre zudem nur zu Lasten der Fahrspuren möglich und erfordert eine neue Führung des Durchgangsverkehrs in diesem Teil von Bischofsheim.

Dieser Vorschlag wurde daher in der Gemeinwohlveranstaltung im Zusammenhang mit dem geforderten Gesamtverkehrskonzept diskutiert, in das diese Aufgabenstellung integriert werden müsste.

Da die Maßnahme nicht konkret beschrieben wurde und im Gesamtzusammenhang noch nicht bewertet werden kann, können keine Kosten ermittelt werden.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wird im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Gesamt Maintal geprüft und bewertet.

Vorschlag 1.3: Optimierung Fahrradweg Hochstadt – Bahnhof

Der Weg mit dem Fahrrad von Hochstadt zum Bahnhof ist stark optimierbar und gefährlich. Fährt man die Jägerstraße herunter, muss man entweder auf Höhe der Tankstelle von der Straße auf den Bürgersteig wechseln oder auf der Straße weiterfahren. Auch die Kreuzung Bahnhofstraße / Edmund Seng Straße führt in der aktuellen Ausgestaltung dazu, dass mindestens drei verschiedene Varianten für Fahrradfahrer genutzt werden (auf Bürgersteig, auf Straße oder auf den gegenseitigen Bürgersteig wechseln). Hier wäre es hilfreich, wenn an der Ampel der Bahnhofsstraße (nicht die Hauptstraße) der vorderen Bereiche für Fahrradfahrer markiert würde.

Wichtig für Maintal, weil:

- mit geringer Investition die Sicherheit der Bürger signifikant erhöht werden kann

Kommentare aus der Internetdiskussion

23.09.2013 - 15:51	Klaus Klee	Diese Anregung wäre im Anregungs- und Ereignismanagement (http://195.145.201.41/maintalaem2012/html/index.html) besser aufgehoben, weil es eine einfache verkehrstechnische Maßnahme ist.
27.09.2013 - 15:09	Redaktion Jörg Wuff	Sehr geehrter, sehr geehrte „SH“, die Vorschläge fallen unter die Zuständigkeit der Stadt Maintal. Der Vorschlag für den Bereich der Jägerstraße/Tankstelle ist rechtlich unbedenklich, es liegt jedoch noch keine abgestimmte Lösung für den Bereich vor. Der Vorschlag für den Bereich Einmündung Bahnhofstraße in die Edmund-Seng-Straße ist rechtlich bedenklich, da die Fahrbahn hier über keine ausreichende Breite verfügt, um Schutzstreifen am Fahrbahnrand zu markieren. Über die finanzielle Auswirkungen kann derzeit keine Aussage getroffen werden. Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuff i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	X	X	<input type="checkbox"/>	(X)	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Zentrales Ergebnis der Diskussion zu diesem Vorschlag war es, dass der Vorschlag Teil des vorgeschlagenen **Radverkehrskonzept** (siehe 1.1) sein sollte.

Der Vorschlag erfülle auf den ersten Blick viele Gemeinwohlkriterien, dürfe aber nicht einzelteilig gedacht werden.

Lebensqualität, Umwelt-/Naturschutz, Wirtschaft, Anzahl der Betroffenen

Die Umsetzung des Vorschlags hätte Vorteile insbesondere für Hochstädter und Pendler Richtung Bahnhof. Auch die Lebensqualität und der Umweltschutz würden dadurch erhöht (siehe dazu 1.1).

Ergänzungen / Einschränkungen des Vorschlages

Die Stadtleitbildgruppe sollte bei der Konzepterstellung einbezogen werden. Das Augenmerk sollte beim Radverkehrskonzept auf neuen Wohnbaugebieten liegen, gerade Richtung Bahnhof.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Dieser Vorschlag steht im Zusammenhang mit dem im Vorschlag 1.1. geforderten Radverkehrskonzept. Daher wird auf die Stellungnahme zu 1.1 verwiesen.
Eine entsprechende Markierung im Kreuzungsbereich würde bezogen auf die Bahnhofstraße ca. 2.000,-€ kosten.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wird im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Gesamt Maintal geprüft und bewertet.

Vorschlag 1.4: Asphaltierung des Radweges von Dörnigheim zur Albert-Einstein Schule

Eine Asphaltierung für das letzte Radstück des Radweges zwischen der Autobahnbrücke und der Schule.

Wichtig für Maintal, weil:

- die Schüler einen sichereren und angenehmeren Schulweg haben

Kommentare aus der Internetdiskussion

30.08.2013 - 15:13	P.Hugo	Die Anregung sollte erweitert werden nach Erreichbarkeit des Schulzentrum Bischofsheim für den fußläufigen Verkehr, sowie für Radfahrer aus allen Stadtteilen. Zugänge und -fahrten aus allen Richtungen. Das Schulzentrum ist das Ziel von über 1500 Personen (Massenziel) täglich. Auf welchen Verbindungen und durch welche Pforten (Brücken, Unterführungen und Eingänge) wird das Ziel erreicht? (Bitte die Empfehlung Radwegekonzept Maintal von RuFF beachten)
02.09.2013 - 21:30	Redaktion Jörg Wuff	Sehr geehrte, Sehr geehrter "maintaldoernigheim", Nach erster Einschätzung Ihres Vorschlages ist die Asphaltierung des Radweges von Dörnigheim bis zur Albert-Einstein-Schule rechtlich unbedenklich, liegt in der Zuständigkeit der Stadt Maintal und wird sich finanziell auf die Stadt Maintal auswirken: Die Kosten der Baumaßnahme können kurzfristig nicht ermittelt werden, weil die Strecke vor Ort geprüft werden muss. Freundliche Grüße Jörg Wuff, i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt
08.09.2013 - 13:44	Otto Einsporn	Das Thema sollte unter einem übergeordneten Ziel gut diskutiert werden. Das Forschungsvorhaben "Flächendeckende Verkehrsberuhigung", Folgerungen für die Praxis, der drei Bundesministerien für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, für Verkehr und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, herausgegeben 1992, nennt las Kapitel - Definition und Ziele, - Konzepte, - Beteiligung Betroffener, - Maßnahmen, - Rechtsfragen, - Finanzierung und ist es wert, als übergeordnetes Ziel diskutiert zu werden.
11.09.2013 - 14:03	wawi	Gemeint ist hier sicher der vorhandene, aber in sehr schlechten Zustand befindliche Radweg östlich zwischen Häuser und Feld. Asphaltbelag ist sicher ideal aber es würde auch bestimmt ein entsprechend breiter Weg mit einer wassergebundenen Decke wie z.B. südlich Wachenbuchen von der L3195 zur Bleichstr. Dieser hat sich sehr gut bewährt.
15.09.2013 - 14:40	herrmann@kuvasz.de	Siehe Kommentar der Verwaltung.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Die Gruppe war sich nicht sicher, um welchen Weg es sich in dem Vorschlag handelt und konnte daher nur bedingt eine Einschätzung geben.

Für die Diskussion wurde angenommen, dass es sich um den Feldweg direkt nach der Brücke Richtung Turnhalle handelt.

Wichtige Vorschlagserweiterung der Gruppe

Die Gruppe schlägt vor, fachlich zu prüfen, ob eine Asphaltierung die beste Lösung gibt. Ziel sollte es sein, eine vernünftige, kurze und direkte Radverbindung zur Einstein-Schule zu gewährleisten. Diese Vorschlagserweiterung wurde von der Gruppe als dem Gemeinwohl dienlich eingestuft, insbesondere mit Blick auf Lebensqualität und Sicherheit.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Dieser Vorschlag steht im Zusammenhang mit dem im Vorschlag 1.1. geforderten Radverkehrskonzept und sollte zunächst darin eingebunden und bewertet werden.

Die Kosten der Asphaltierung würden ca. 60.000,-€ betragen.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wird im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Gesamt Maintal geprüft und bewertet.

Vorschlag 1.5: Kennedystraße

Tempo 30 auf der Kennedystraße (mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer). Sperrung der Kennedystraße für den Schwerverkehr, da die durchfahrenden LKW und Sattelzüge mit zum Teil bis 40 Tonnen Gewicht die Haltbarkeit der Straße sicherlich nicht erhöhen wird. Es sind für den Schwerverkehr genügend Alternativen vorhanden um in die Industriegebiete zu kommen.

Wichtig für Maintal, weil:

- durch Tempo 30 die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer erhöht wird.
- durch das Durchfahrtsverbot die Kosten für die Straßensanierung reduziert werden.

Kommentare aus der Internetdiskussion

15.09.2013 - 12:18	herrmann@ kuvasz.de	Sicherheit wird durch fähige Fahrzeugführer erzeugt, nicht durch irgendwelche Verbote!
15.09.2013 - 18:00	Klaus Klee	Breitere Bürgersteige, wie auf der Kennedystraße, gibt es in ganz Maintal nicht und der Schwerlastverkehr wird bereits auf die Ortsumgehung hingewiesen. Ich gehe davon aus, dass innerörtliche Ziele (auch Gewerbegebiete) von LKW's angefahren werden. Fußgänger und Radfahrer sind ausreichend geschützt. Wenn trotzdem Tempo 30 eingeführt werden sollte, dann sollten alle innerörtlichen Ampeln entfernt und rechts vor links eingeführt werden. Das gäbe auch Fußgängern und Radfahrern genug beruhigten Verkehr, um ungefährdet die Straße zu überqueren und sie müssten sich nur noch diszipliniert verhalten, wie es von allen Verkehrsteilnehmern erwartet wird.
16.09.2013 - 23:14	PetBa	Nicht notwendig, es gibt dort überbreite Fußgängerwege, Fahrradweg und genügend Fußgängerübergänge. Der Verkehr wird hier sowieso schon stark durch die unsinnige künstliche Verschmälerung der Hauptdurchgangsstrasse ausgebremst.
17.09.2013 - 12:47	Klaus	Das würde auch eine Reduzierung der Lärmemissionen für die Anwohner erreichen. Vom Durchfahrverbot für LKWs müssten natürlich die anliefernden und abholenden Fahrten ausgenommen werden. Dazu sind aber auch wie in anderen Feldern auch Kontrollen durchzuführen. Diese könnten durch die zu erwartenden Bußgeldeinnahmen (zusammen mit weiteren Verkehrsüberwachungen) finanziert werden.
18.09.2013 - 10:53	Redaktion Heike...	Sehr geehrter Wolfi 66, die innerörtliche Regelgeschwindigkeit beträgt nach den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung (StVO) 50 km/h. Die Kennedystraße im Stadtteil Dörnigheim ist eine Landesstraße und gehört zum Grundstraßennetz von Maintal. Generell soll auf diesen Straßen wegen ihres hohen Verkehrsaufkommens, zur Gewährleistung eines zügigen Verkehrsflusses, zur Vermeidung von Rückstau und zur Einhaltung der Fahrzeiten des öffentlichen Personennahverkehrs Tempo 50 beibehalten werden. So sieht es auch der Gesetzgeber in den aktuellen Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung (StVO) sowie den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften vor. Ausnahmen können nur getroffen werden, soweit die strengen Voraussetzungen des § 45 Abs. 1 iVm Abs. 9 StVO gegeben sind. Diese werden hier nicht erfüllt. Voraussetzung für ein ganztägiges LKW- Durchfahrverbot ist die Reduzierung des Schallpegels um mindestens 3 dbA. Der Nachweis einer solchen Lärminderung ist über eine entsprechende Verkehrserhebung zu erbringen. Qualifizierte Verkehrserhebungen haben ergeben, dass diese Werte nicht erreicht werden und das es sich bei dem LKW-Aufkommen fast ausschließlich um Ziel- und Quellverkehr und nicht um Durchgangsverkehr handelt. Finanzielle Auswirkungen können nicht beziffert werden. Mit freundlichen Grüßen i.A. Heike Riedl, Fachdienst Ordnungsbehörde
18.09.2013 - 15:10	Wolfi 66	Ich weiß nicht wie oft Sie die Kennedystraße begehen oder befahren, aber sicher sehr selten oder Sonntags.
23.09.2013 - 21:24	igfb	Ein Hinweis auf eine Ortsumgehung reicht eben nicht aus (und ist auch nicht überall vorhanden). Der größte Teil des Schwerlastverkehrs gehört NICHT zum Ziel- und Quellverkehr sondern zum Durchgangsverkehr. Dieser macht auch die Straßen kaputt und gefährdet Passanten und Anwohner. Die Einführung von Tempo 30 - gern auch kombiniert mit Rechts von Links (das wäre dann eine Tempo-30-Zone)- wäre ein probates Mittel um die Attraktivität der Durchgangsstraßen Maintals für den Durchgangsverkehr zu senken. Damit würde der Verkehr reduziert und der Straßenerhalt weniger aufwändiger, also billiger! Darüber hinaus sind alle Gewerbegebiete auch erreichbar ohne die Ortsteile selbst durchqueren zu müssen. Hier muss ein intelligentes Verkehrsleitsystem her das eben alle Verkehrsteilnehmer und deren Bedürfnisse in Beziehung setzt.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
(x)	<input type="checkbox"/>	(x)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde von der Gruppe unterteilt in

1. den Vorschlag, eine Tempo 30 Zone einzurichten und
2. den Vorschlag, ein Verbot für den Durchfahrtsverkehr (differenziert nach Gewicht) einzuführen.

Tempo 30

Lebensqualität

Die Einführung einer Tempo 30 Zone würde laut einiger Teilnehmenden mehr Sicherheit für Anwohner und Kunden bieten, die Gruppe war sich aber uneinig, ob der Vorschlag insgesamt zu mehr Lebensqualität führen würde.

Durchfahrtsverbot

Wirtschaft

Das Durchfahrtsverbot könnte die Attraktivität der Kennedystraße steigern, LKW, die die Geschäfte beliefern, sollten aber ausgenommen werden.

Wichtige Ergänzungen / Einschränkungen des Vorschlags

- Es wurde diskutiert, ob der Vorschlag überhaupt durchsetzbar sei. Die Notwendigkeit der klaren Beschilderung wurde dabei betont.
- Es wurde die Vermutung geäußert, dass die LKW sich alternative Wege suchen würden und damit an anderer Stelle belastend wirken könnten.
- Es herrschte Uneinigkeit darüber, ob eine bereits erfolgte Verkehrserhebung Behauptungen oder Tatsachen illustriert habe. Eine genaue Untersuchung des Verkehrsaufkommens auf der Kennedystraße wurde für notwendig befunden.

Die Abstimmung bezog sich im Falle des Durchgangsverbots auf eine Prüfung dieser Möglichkeit, nicht auf eine definitive Umsetzung.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Fazit Kategorie 1 (1.1 – 1.5):

Betonung auf Gesamtkonzept des Verkehrsnetzes (unter Berücksichtigung der Bürgervorschläge)

Dient auf jeden Fall dem Gemeinwohl

Vorschlag 1.5: Kennedystraße

Stellungnahme der Verwaltung

Die innerörtliche Regelgeschwindigkeit beträgt nach den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung (StVO) 50 km/h.

Die Kennedystraße im Stadtteil Dörnigheim ist eine Landesstraße und gehört zum Grundstraßennetz von Maintal.

Generell soll auf diesen Straßen wegen ihres hohen Verkehrsaufkommens, zur Gewährleistung eines zügigen Verkehrsflusses, zur Vermeidung von Rückstau und zur Einhaltung der Fahrzeiten des öffentlichen Personennahverkehrs Tempo 50 beibehalten werden. So sieht es auch der Gesetzgeber in den aktuellen Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung (StVO) sowie den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften vor.

Ausnahmen können nur getroffen werden, soweit die strengen Voraussetzungen des § 45 Abs. 1 iVm Abs. 9 StVO gegeben sind.

Das heißt, dass die Anordnung von geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahmen nur dort getroffen werden kann, wo aufgrund der örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung von höherrangigen Gütern in sich birgt.

Es müsste daher im Einzelfall dargestellt werden, warum in diesem Bereich ein besonders hohes Unfallrisiko besteht. Diese Voraussetzungen werden hier nicht erfüllt.

Voraussetzung für ein ganztägiges LKW- Durchfahrtsverbot ist die Reduzierung des Schallpegels um mindestens 3 dbA. Der Nachweis einer solchen Lärminderung ist über eine entsprechende Verkehrserhebung zu erbringen. Qualifizierte Verkehrserhebungen durch ein Planungsbüro haben ergeben, dass diese Werte nicht erreicht werden und dass es sich bei dem LKW-Aufkommen fast ausschließlich um Ziel- und Quellverkehr und nicht um Durchgangsverkehr handelt. Die Werte für die Lärminderung werden nicht erreicht.

Die wegweisende Beschilderung in Maintal ist bereits so konzipiert, dass der Lkw-Verkehr zu den einzelnen Gewerbegebieten ausschließlich über die qualifizierten Straßen geführt wird. Diese Informationen wurden auch von der ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) gesammelt und ein Lkw-Empfehlungsnetz erarbeitet, das auch den Anbietern von Navigationsgeräten zur Verfügung gestellt wird.

Aus den genannten Gründen ist der Vorschlag rechtlich nicht umsetzbar.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wird im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Gesamt Maintal geprüft und bewertet.

Vorschlag 2.1: Maintal auf dem Weg zur kinderfreundlichen Stadt: gesicherte und qualifizierte Betreuung von Kindern von 1 bis 10 Jahre in allen Stadtteilen

Seit dem 01. August 2013 haben wir Eltern einen Rechtsanspruch auf Unterbringung unserer U3-Kinder in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege und damit, ausreichend Plätze vorausgesetzt, eine gesicherte Betreuung unserer Kinder von 1 bis 6 Jahren. Jedes Jahr wieder problematisch ist jedoch die gesicherte und qualifizierte Betreuung unserer Kinder in der Grundschulzeit. Es gibt Stadtteile, in denen bereits vielfältige Lösungen vorhanden sind (Dörnigheim und Bischofsheim), die aus unserer Sicht aber auch noch Optimierungspotential bieten (z.B. Verbindung Jung und Alt, bessere Einbindung von Sportvereinen für AGs). In Hochstadt und Wachenbuchen ist die Situation nicht ganz so komfortabel, und hier müssen kurzfristig neue Ideen gefunden und umgesetzt werden, um zusätzliche Plätze zu schaffen. Jedes Jahr erhalten diverse Eltern erst kurz vor Schulbeginn eine feste Platzzusage - Sie können sicherlich nachvollziehen wie belastend es ist nicht zu wissen ob man weiter arbeiten gehen kann oder seinen Job kündigen muss. Wir Eltern fordern als ersten Schritt weitere Hortplätze für Hochstadt und Wachenbuchen. Die detaillierten Kosten hierfür werden wir in unserer AG Hort (TN StEB und Vertreter aller Fraktionen) erarbeiten und den Stadtverordneten rechtzeitig für den Haushalt 2014 vorlegen. Schön wäre z.B. die Einbindung von ehrenamtlichen Hausaufgaben Helfern, Sportvereinen für AGs. Vielleicht haben Sie ja auch andere gute Ideen, wir freuen uns über jeden Hinweis.

Wichtig für Maintal, weil:

... Kinder unser wichtigstes Gut sind. Maintal präsentiert sich übergreifend als kinderfreundliche Stadt, und wir Eltern verstehen darunter mindestens die gesicherte und qualifizierte Betreuung unserer Kindern ab Kleinkindalter bis zum Wechsel in eine weiterführende Schule. Bitte unterstützen Sie uns Eltern, indem Sie ein Umfeld schaffen, dass es uns ermöglicht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie heimatnah umzusetzen und damit eine Sorge weniger zu haben. Kinder sind auch immer ein Bindeglied in der Gesellschaft, lassen Sie uns diesen Effekt nutzen und u.a. ausreichend Hortplätze schaffen. Nur so wird aus der plakativ kinderfreundlichen Stadt auch inhaltlich eine kinderfreundliche Stadt. ... denn es geht um unsere Kinder Ihr StEB

Kommentare aus der Internetdiskussion

21.09.2013 - 07:52	Klaus Klee	Ich dachte, daran wird permanent gearbeitet. Die Kosten dieses Bereichs sind bereits exorbitant hoch und die Qualität wird sehr gelobt. Damit lockt Maintal doch Familien an - habe ich immer gemeint. Komisch, dass mein Vorschlag rund um die Kitas kaum Beachtung findet, denn die Transparenz auf diesem Gebiet wäre doch die Voraussetzung für effiziente Veränderungen. Dieser Vorschlag ist viel pauschaler.
22.09.2013 - 08:55	kantoli	Super
22.09.2013 - 20:17	simone	Es muss weiter gedacht werden. Nicht nur die 1 bis 6 jährigen benötigen eine qualifizierte Betreuung, sondern eben auch die Grundschul Kinder.
22.09.2013 - 21:48	Papa Schlumpf	Toller und enorm wichtiger Vorschlag

Vorschlag 2.1: Maintal auf dem Weg zur kinderfreundlichen Stadt: gesicherte und qualifizierte Betreuung von Kindern von 1 bis 10 Jahre in allen Stadtteilen

22.09.2013 - 23:12	lasvegas2000	es muss mehr an die Grundschüler gedacht werden und nicht nur an U-3 Super
23.09.2013 - 08:03	V.Nienhuys	Jeden hier investierten Euro bekommen wir in Zukunft mit Zins und Zinseszins zurück. Standortvorteile haben nicht immer was mit Gewerbeflächen und Verkehrswegen zutun.
23.09.2013 - 12:41	Leonator	Unser Chance!
23.09.2013 - 13:08	ahd	Eine familienfreundliche Politik, die die Bedarfe der Familien unterstützt ist dringend notwendig.
23.09.2013 - 13:45	sydney2006	Wenn ich mir die Dimensionen der aktuellen Hochstädter Neubau-Gebiete anschau, wird es weiterhin neben Kindergartenplätzen auch an Hortplätzen mangeln. Perspektivisch stellt sich sogar die Frage, ob denn die Hochstädter Grundschule für die Zukunft ausreichend Kapazitäten bietet. Insofern muss das Thema Offene Ganztagschule angegangen werden.
23.09.2013 - 15:17	Windsbraut	Ich habe selbst ein Kind im Grundschulalter und kenne aus eigener Erfahrung und auch durch meine langjährige Arbeit in den Elternbeiräten der Kita und der Grundschule diese Problematik sehr genau. Fakt ist, dass die Betreuung der Kinder von 0-6 Jahren wunderbar gesichert ist. Aber sobald diese dann in die Grundschule kommen, müssen viele Elternteile leider wieder ihren Job aufgeben, da es eine viel zu geringe Anzahl an Betreuungsplätzen gibt. Des Weiteren ist die Länge der Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen ebenfalls unzureichend. Maintal macht zwar immer Werbung mit seiner "angeblichen" Familienfreundlichkeit. Die Zahlen sagen aber etwas anderes aus, denn im gesamten MKK gehört Maintal zu den familienunfreundlichsten Städten.
23.09.2013 - 22:35	PP1982	Ungeachtet aller unwägbarkeiten im Bezug auf demografischen Wandel und die perspektivische Altersstruktur in Maintal wird es Zeit den Slogan Kinderfreundliche Stadt ernst zu nehmen. Und dazu gehört eben nicht nur der U3 Ausbau und das bereitstellen von Kindergartenplätzen sondern eben auch die Versorgung unserer Schulkinder. Hier muss dringend Druck auf Schulen aufgebaut werden sich rRichtung Ganztagschule zu bewegen. Und darüber hinaus kurz- bis mittelfristig mit einer sinnvollen Betreuung abhilfe geschaffen werden.
24.09.2013 - 00:26	M_J_Kausch	Es wäre schade, wenn Eltern ihre Arbeit reduzieren oder gar aufgeben müssten, um ihre Kinder zu betreuen, nur weil sie von der Kita in die Schule gewechselt sind. Manche Mütter haben sich gerade den Wiedereinstieg in das Berufsleben ermöglicht, um dann erneut zurücktreten zu müssen. Außerdem können unsere Kinder ihre Sozialkompetenz aufbauen, lernen andere Kulturen kennen und respektieren. Jede Investition in die Bildung und Betreuung zahlt sich in der Zukunft aus!
24.09.2013 - 17:35	Nicole Ott	Super Idee
24.09.2013 - 21:42	Walzer22	gute Idee
25.09.2013 - 15:55	Redaktion DG	Sehr geehrter StEB,eine erste Einschätzung der Verwaltung hat ergeben, dass der Vorschlag "Maintal auf dem Weg zur kinderfreundlichen Stadt: gesicherte und qualifizierte Betreuung von Kindern von 1 bis 10 Jahren in allen Stadtteilen":rechtlich unbedenklich istSchulkindbetreuung ist eine freiwillige Aufgabe, es gibt keinen Rechtsanspruch auf einen Platzzusätzliche Hortplätze würden zusätzliches Personal und zusätzliche Räumlichkeiten erfordern. An Kosten würden ca. 600 € pro Hortplatz und Monat anfallen (ohne Investitionskosten für Neu- oder Erweiterungsbauten).i. A. Daniel Gerolddes Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie

Vorschlag 2.1: Maintal auf dem Weg zur kinderfreundlichen Stadt: gesicherte und qualifizierte Betreuung von Kindern von 1 bis 10 Jahre in allen Stadtteilen

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Im Zuge der Diskussion dieses Vorschlags wurden verstärkt die Kriterien „Lebensqualität“ und „Wirtschaft“ diskutiert. Im Allgemeinen wurde dieser Vorschlag positiv bewertet und als stark gemeinwohlorientiert betrachtet.

Hinweis der Gruppe: Zudem sprach sich die Gruppe auch im Hinblick auf den Vorschlag 2.2 und 2.5 für eine ganzheitliche Betrachtung des Themas „Jugendliche, Kinder und Kinderbetreuung“ aus. Dieses Thema sollte als Gesamtpakete beraten und weiter diskutiert werden. Teilweise sind in den einzelnen Vorschlägen auch Lösungsansätze zu den beschriebenen Problemen enthalten (s. Vorschlag 5).

Kriterium „Lebensqualität“:

Der Vorschlag wirke sich laut der Gruppe positiv auf die Lebensqualität der Stadt aus, da er Maintal attraktiver für Familien mache.

Kriterium „Wirtschaft“:

An den obigen Punkt anschließend hob die Gruppe hervor, dass die Steigerung der Familienfreundlichkeit auch ein Standortfaktor für Maintal sei, da so die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vereinfacht werden. Somit werde Maintal dadurch auch attraktiver für ansässige Firmen. Um dies zu gewährleisten, hob die Gruppe hervor, sollte die Flexibilität der Betreuungszeiten in der weiteren Diskussion in den Blick genommen werden.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags:

Die Gruppe machte deutlich, dass es gerade im Bereich der Hortbetreuung starke Defizite in Maintal gebe. Um diese „Lücke“ in der Kinderbetreuung zu überbrücken, sollten Hortplätze (oder Angebote wie Hausaufgabenbetreuung), aber auch Ganztagschulen ausgebaut werden. Die Gruppenmitglieder betonten dabei, dass im Zuge dieses Ausbaus insbesondere die Qualität und Quantität des Erziehungspersonals in den Blick genommen werden sollte (z. B. in Form übertariflicher Bezahlung, um entsprechend qualifiziertes Personal nach Maintal zu ziehen). Die Stadt Maintal sollte in diesem Bereich die Initiative ergreifen und dann das Land zur Beteiligung animieren.

Hinweis der Verwaltung:

Ein Vertreter der Verwaltung betonte, dass dieses Thema bereits intensiv diskutiert wurde und weder die Personalgewinnung noch die Personalqualität ein Problem in Maintal sei.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Vorschlag 2.1: Maintal auf dem Weg zur kinderfreundlichen Stadt: gesicherte und qualifizierte Betreuung von Kindern von 1 bis 10 Jahre in allen Stadtteilen

Stellungnahme der Verwaltung

Ein Hortplatz in einer städt. Kindertageseinrichtung in Maintal kostet durchschnittlich ca. 600 € monatlich. Nicht beziffert werden können ad hoc die notwendigen Investitionskosten:

Hochstadt:

In der BTS in Hochstadt sind die räumlichen Möglichkeiten absolut ausgeschöpft, eine Erweiterung der BTS ist nicht mehr möglich. Da die Fritz-Schubert-Schule ab dem Schuljahr 2014/2015 in die Stufe 1 der Ganztageschule einsteigen wird, wird es dort an drei Tagen pro Woche bis 14:30 h ein Betreuungsangebot geben. Inwieweit dieses Angebot sich auf die Belegung der BTS auswirkt, kann derzeit noch nicht beurteilt werden, da das Schulangebot noch zu wenig konkretisiert ist. Hier sind wir mit der Schule im Gespräch.

Wachenbuchen:

Würden seitens der Stadt neue Hortplätze geschaffen werden, würde dies Investitionskosten zur Folge haben, da die früheren Plätze in der Kita Kilianstädter Str. aufgrund des u3 Umbaus entfallen sind. Diese Investitionskosten können erst beziffert werden, wenn das Raumprogramm (Ort, räumliche Voraussetzungen) klar wäre.

Eine Lösung des Problems der Schulkindbetreuung in Wachenbuchen kann aus Sicht des Fachdienstes nur über die Schule oder den Förderverein Betreuungsschule Büchertalschule geschehen. Hier gehen die laufenden Verhandlungen weiter.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Die Beschlussfassung wird zurückgestellt, bis die Fortschreibung des Maintaler Kindertagesstätten- entwicklungsplans den Stadtverordneten vorgelegt und darüber entschieden wurde.

Vorschlag 2.2: Bessere Rahmenbedingung im Kindergarten

Im Kindergarten sollte die Gruppenstärke reduziert werden, sodass die Kinder individueller und qualitativ besser betreut werden können. Außerdem haben die Lautstärke der zu vielen Kinder auch Auswirkungen auf die Gesundheit der Betreuer.

Wichtig für Maintal, weil:

die Kinder unsere Zukunft sind und eine bessere Betreuung verdient haben.

Kommentare aus der Internetdiskussion

12.09.2013 - 14:04	Redaktion DG	Sehr geehrte/r FG, eine erste Einschätzung der Verwaltung hat ergeben, dass der Vorschlag Reduzierung der Gruppenstärke:- rechtlich unbedenklich ist- in der Zuständigkeit der Stadt Maintal liegt- folgende personelle und finanzielle Auswirkungen hat Die Personalkosten pro Kind würden steigen. Die Gruppengröße ist in Maintal schon geringer als der Gesetzgeber dies gestattet (siehe Punkt 5 Strukturqualität).Sofern noch kein Schallschutz vorhanden ist, werden Schallschutzmaßnahmen sukzessiv durchgeführt. i. A. Daniel Gerold des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie
15.09.2013 - 14:16	herrmann@kuvasz.de	Siehe Kommentar von Herrn Gerold

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde in der Gruppe stark in Verbindung mit Vorschlag 2.1 gesetzt. Die Diskussion zur Gemeinwohlorientierung erfolgte deshalb ebenfalls entlang des Kriteriums der „Lebensqualität“. Dieser Vorschlag wurde von der Gruppe positiv bewertet und erneut mit dem Hinweis verknüpft ihn als Gesamtpakte mit den Vorschlägen 2.1 und 2.5 zu diskutieren.

Kriterium „Lebensqualität“:

Argumentation siehe Vorschlag 2.1

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags:

Grundsätzlich betonten die Gruppenmitglieder, dass die Gesundheit des Betreuungspersonals wichtig sei und bei der Diskussion berücksichtigt werden sollte. Dazu schlug die Gruppe vor, dass die Stadt zunächst detaillierter erfassen sollte, wie die Fehlzeiten und der Krankheitsstand des Betreuungspersonals aussieht, bevor Maßnahmen zur Verbesserung beschlossen werden. Es wurde in der Gruppendiskussion zudem deutlich, dass falls Maßnahmen seitens der Stadt notwendig und möglich sind, die Stadt Maintal durch geringen Krankenstand des Betreuungspersonals langfristig Geld einsparen kann.

Im Zuge der Diskussion wurde auch klar, dass eine Maßnahme zur Lärmreduktion die Verkleinerung der Gruppengrößen sein könnte. Zudem könnte zur Verbesserung der Situation die Erweiterung des bisherigen Raumangebots erfolgen. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen schlug die Gruppe vor verschiedene thematisch passende Haushaltsposten miteinander zu kombinieren.

Hinweis der Verwaltung:

Von der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass die durchschnittliche Gruppengröße in Maintal bisher geringer ist als gesetzlich vorgeschrieben. Weitere Maßnahmen müssten somit geprüft werden. Eine Gruppenreduzierung sei jedoch nicht kurzfristig möglich, da dann nicht mehr genug Kita-Plätze vorhanden wären und es somit aufgrund erforderlicher Neubauten keine kurzfristigen Möglichkeiten gäbe.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Vorschlag 2.2: Bessere Rahmenbedingung im Kindergarten

Stellungnahme der Verwaltung

1. Lautstärke:

In allen Kindertageseinrichtungen wird sukzessive Schallschutz eingebaut. Laut der Prüfberichte der Arbeitssicherheitsbegehungen fehlen noch Schallschutzmaßnahmen in der Schillerstr, Vilbeler Str., Eichendorffstr. und Siemensallee.

Im HH 2014 sind im Budget Instandhaltung finanzielle Mittel für Schallschutzmaßnahmen vorgesehen. Bei den Neu- und Umbauten in der Schillerstr. und der Vilbeler Str. sind entsprechende Schallschutzmaßnahmen ebenfalls eingeplant.

2. Reduzierung der Gruppenstärke:

In den städtischen Kitas wurden im Betreuungsalter der Drei bis Sechsjährigen (reine „Kindergarten-Gruppen“) die Gruppenstärke bereits auf 24 Kinder reduziert. Wir haben 18 reine „Kindergarten-Gruppen“. Bei einer weiteren Reduzierung um je 1 Kind pro würden die vorhandenen Plätze nicht mehr ausreichen, mindestens eine weitere Gruppe müsste eröffnet werden. Eine Reduzierung auf 22 Kinder pro Gruppe bedeutet die Einrichtung von zwei weiteren Gruppen. Da die vorhandenen räumlichen Möglichkeiten vollkommen ausgeschöpft sind, würde dies einen Neubau erforderlich machen. Eine finanzielle Bewertung über die Investitions- und Betriebskosten kann erst dann erfolgen, wenn klar ist, ob diese Gruppe(n) an einem Ort entstehen sollten oder auf alle vier Stadtteile verteilt.

Analog könnte die Berechnung erfolgen, wenn es um eine weitere Reduzierung der altersübergreifenden Gruppen oder der reinen Krippengruppen ginge. Sowohl die alterserweiterten Gruppen (Kita-Hort und u3 bis Kita) als auch die reinen Krippengruppen sind aber im Vergleich zu den künftigen Gruppengrößen des neuen KiFöG bereits reduziert.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung mit Mehrheit abgelehnt.

Begründung: Die Einführung des Jahresarbeitszeitmodells hat sich bewährt. Es handelt sich um ein flexibles Arbeitszeitmodell für die Mitarbeiter der Kindertagesstätten, das sich nach der Anwesenheit der Kinder in den Kitas richtet. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Kindebetreuung in Maintal werden deutlich übertroffen.

Vorschlag 2.3: Aufwertung von drei Spielplätzen zu attraktiven Nachbarschaftsplätzen bei gleichzeitiger Aufgabe von drei wenig frequentierten Spielplätzen

Die Spielplätze Siemensallee (zu Gunsten der Brüder-Grimm-Straße), Stresemannstraße (zu Gunsten des Westend-Spielplatzes in Dörnigheim) und Frankenstraße (zu Gunsten Brucknerstraße in Wachenbuchen) sollen aufgegeben werden. Die laufende Unterhaltung (z.B. Rasenpflege, Heckenschnitte) liegt jährlich pro Spielplatz je nach Flächengröße durchschnittlich bei ca. 10.000 €. Bei den oben aufgelisteten Spielplätzen handelt es sich um Plätze, für die mittlerweile nur ein verminderter Bedarf besteht. Durch die Auflösung dieser drei Spielplätze sollen die anderen drei Spielplätze mit neuen und interessanteren Spielangeboten ausgestattet und so zu attraktiveren Nachbarschaftsplätzen ausgebaut werden.

Auswirkungen: Die Aufwertung der Spielplätze führt zu einer Steigerung der Aufenthaltsqualität für Familien und Kinder.

Einsparungen: ca. 30.000 € pro Jahr.

Kommentare aus der Internetdiskussion

28.08.2013 - 23:02	Familien- bürgerin	Meiner Ansicht nach sind die Spielplätze gerade in Dörnigheim in einem sehr schlechten, zum Teil mit Verletzungsgefahren "gespiektem" (gesplittertes, verrottetes Holz, herausragende Nägel an Spielgeräten, verdreckter Sand, verwahrloste (wildwuchernde Grünanlagen)) Zustand! Selbst an einem "Vorzeigespielplatz" wie den Mainwiesen an der Fähre werden Schaukeln entfernt und nicht nachgerüstet etc. Die genannten Spielplätze werden nicht mangels Nachfrage wenig frequentiert sondern wegen der o.g. Mängel! Nach meiner Erfahrung gehören die hiesigen Spielplätze zu den schlechtesten bzw. ungepflegtesten in der Region und von "Kinderfreundlichem Maintal" kann man wirklich nicht sprechen! Eine Stadt die so wenig in "Neubürger" investiert und stattdessen die Attraktivität der Stadtteile für Familien mit Kindern durch Einsparungen an den falschen Stellen weiter vernachlässigt wird nicht nur "vergreisen" sondern wirtschaftet auch an einer jungen und gebildeten Bürgerschaft bzw. Familien vorbei. Ein Beispiel könnte man sich an Städten/Gemeinden wie Bad Vilbel, Karben, Hanau nehmen- die vieles versuchen das Stadtbild zu "verjüngen" und für Familien und Kinder attraktiv zu sein - hier hat man es scheinbar besser verstanden! Finanzstärkere Familien wird es so nicht nach Maintal ziehen - was sich auf Steuereinnahmen etc. auswirkt. Aber scheinbar ist dies in der Maintaler Stadtverwaltung noch wenig angekommen - anders lässt sich ein solcher Vorschlag kaum erklären! Zudem stellt sich die Frage für was Sie 10 000 Euro im Schnitt ansetzen? Den Zustand der Dörnigheimer Spielplätze beobachte ich seit 1,5 Jahren - Rasenpflege? Heckenschnitte? Austausch defekter Teile? Neue Farbe?- hier sprechen die aktuellen Zustände ein deutlich anderes Bild! "Die Spielplätze sollen aufgegeben werden"? Sie wurden längst aufgegeben - ein Armutszeugnis!
29.08.2013 - 17:26	Klaus Klee	Sollten sich Spielplätze nicht generell am Bedarf orientieren? Es muss doch zunächst geklärt werden, wo wieviel Kinder welcher Altersgruppen rund um ihre Wohnsituation Spielflächen vermissen und deshalb Spielplätze aufsuchen. Wenn Spielplätze an Stellen eingerichtet wurden, die nicht angenommen werden, wurde entweder falsch geplant, das Einwohnermix hat sich verändert oder der Spielplatz entspricht nicht mehr den Anforderungen. Hier kann man doch nicht so argumentieren, dass man Spielplätze nur deshalb schließt, nur weil sie wegen Missständen nicht mehr angenommen werden. Mich würde interessieren, ob die Spielplätze nach klaren Vorgaben und Pflegeplänen (mit Medungen über Defekte und Missstände) betreut werden oder ob sich auf dem Konto "Spielplätze" nur Kosten ansammeln, die sich aus poradischer Pflege ergeben. Sind Spielplätze aus Gründen der Anwohnerstrukturen inzwischen überflüssig und werden nachweislich nicht mehr frequentiert, müsste es doch im Ermessen der Verwaltung liegen, solche Plätze anderweitig zu nutzen. Allerdings sollte auch hier die weiterhin erforderliche Grünpflege beachtet werden.
08.09.2013 - 14:30	P.Hugo	Beispiel Siemensallee: Im Umfeld finden / fanden städtebauliche Verdichtungen statt, durch Aufstockung, Neubau von Wohngebäuden in der Berliner Straße, Neubau in der Moselstraße. Dies bedeutet ein erhöhten Bedarf. Was bedeutet konkret die Bezeichnung "Aufgabe"? Die Aufgabe Siemensallee stellt eine ca. 40% Verminderung der Fläche dar und führt zu einer entsprechenden Verdichtung in der Brüder Grimm Straße. Dies bedeutet keine Aufwertung. Würde die Aufwertung durch neue und interessante Spielangebote und eine Überplanung der fußläufigen Zugänge und Querung in der Siemensallee nicht zu einer Aufwertung und Nutzung durch ein erhöhte Angebotsplanung führen. "Familien und kinderfreundliche Stadt Maintal". Jeder der vorgestellten Spielplätze sollten separat beurteilt werden.
13.09.2013 - 10:26	Rudi54	Das Thema Spielplätze ist sicherlich wichtig im Rahmen der Kosten-Nutzen-Betrachtung beim Bürgerhaushaus. Wenn man den Betrag sieht, der im Haushalt dafür ausgegeben wird und dagegen sieht, was für "Ergebnisse" geboten werden, ist der Gedanke nicht schlecht, die Anzahl zu reduzieren aber dafür die Qualität zu steigern. Hier wären die Kinder und Eltern gefragt, mit zu diskutieren.
15.09.2013 - 16:10	herrmann @ kuvasz.de	Der Vorschlag ist gut.

Vorschlag 2.3: Aufwertung von drei Spielplätzen zu attraktiven Nachbarschaftsplätzen bei gleichzeitiger Aufgabe von drei wenig frequentierten Spielplätzen

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde verstärkt entlang der Kriterien „Lebensqualität“ und „Anzahl der Betroffenen“ diskutiert. Es wurde jedoch zu Beginn von der Gruppe hervorgehoben, dass die Gemeinwohlorientierung des Vorschlags nicht eindeutig festzustellen sei (s.u.). Das Thema des Vorschlags im Allgemeinen wurde jedoch positiv bewertet.

Kriterium „Lebensqualität“:

Die Gruppe bezog sich erneut auf die Argumentation zum Vorschlag 2.1.

Kriterium „Anzahl der Betroffenen“:

In der Diskussion des Vorschlags machte die Gruppe deutlich, dass das im Vorschlag angesprochene Thema grundsätzlich am Gemeinwohl orientiert sei. Was die im Vorschlag angesprochenen Maßnahmen angeht wurde von der Gruppe festgestellt, dass dadurch einige Gruppen in Maintal benachteiligt bzw. andere bevorteilt würden. Somit stimmte die Gruppe der Gemeinwohlorientierung des konkreten Vorschlags nicht zu.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags

Wichtig war der Gruppe der Hinweis, dass dieser Vorschlag bereits in den entsprechenden Gremien diskutiert und abgelehnt wurde und nicht über diesen Umweg wieder ins Gespräch gebracht werden sollte. Des Weiteren machte die Gruppe auf die Ungenauigkeit des Vorschlags aufmerksam. So müsse zunächst geklärt wie die Entscheidungsgrundlage für diesen Vorschlag aussieht: Wie wird die Besucherfrequenz eines Spielplatzes durch die Stadt gemessen? Was bedeutet dann die Aussage ‚wenig frequentiert‘?

Davon ausgehend machten die Gruppenmitglieder weitere Vorschläge: Als zusätzliche Kriterien bei der Beurteilung eines Spielplatzes sollten auch sein Standort und sein Umfeld in den Blick genommen werden. Die Gruppe betonte, dass nicht u.U. einige wenige Spielplätze aufgewertet werden sollten, sondern dass ggf. mehr Spielplätze anzulegen sind. Daran anschließend wurde von der Gruppe der Hinweis gegeben, dass Spielplätze vermehrt an Zielgruppen orientiert werden sollten (z.B. Spielgeräte für 6-12 Jährigen, Skaterbahn, Dirt-Bike-Strecke etc.). Auch generationsübergreifende Spielplätze („Treffpunkt der Generationen“) wurden im Verlauf der Gruppendiskussion vorgeschlagen, um die Gemeinwohlorientierung zu verbreitern. Insgesamt hob die Gruppe die Notwendigkeit eines Spielplatzkonzeptes für Maintal hervor.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Sonstige Kommentare/Anregungen zum Vorschlag: Gemeinwohl: JA, sinnvoll: NEIN

Vorschlag 2.3: Aufwertung von drei Spielplätzen zu attraktiven Nachbarschaftsplätzen bei gleichzeitiger Aufgabe von drei wenig frequentierten Spielplätzen

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird weiterhin für sinnvoll gehalten.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2013 beschlossen. Die Vorschläge werden derzeit von der Stadtverwaltung umgesetzt. Über die Ergebnisse der Umsetzung wird auf www.buergerhaushalt-maintal.de fortlaufend berichtet.

Vorschlag 2.4: Erweiterung des Maintaler stadtparlamentfernsehen.de zu einem journalistischen Magazin (StaPaTV Magazin) mit der Beteiligung von Jugendlichen aus Maintal

Das Stadtparlamentfernsehen (www.stadtparlamentfernsehen.de) ist bereits ein Jahr und drei Monate in Maintal auf Sendung. Jeder Bürger kann die Sitzungen und Tagesordnungspunkte im Stadtparlament Live im Internet und zusätzlich als Videoaufzeichnung anschauen. Es ist das erste Stadtparlamentfernsehen in Hessen und das Erste mit der Beteiligung von Jugendlichen in Deutschland. Das Stadtparlamentfernsehen ist auf meine (Boris Kreuter) Initiative gegründet worden. Es wird Privat finanziert und bekommt bisher keine Förderung. Die Stadt Maintal profitiert vom Stadtparlamentfernsehen: Informationsquelle für alle Bürger; Öffentlichkeitsarbeit in den Medien u.v.m. In Planung befindet sich auch ein StaPaTV-Magazin (www.stapatv-magazin.de). Übersetzt: StadtparlamentTV –Magazin. Im Vergleich zum Stadtparlamentfernsehen könnte es ein journalistisches Videomagazin mit Themen aus dem Maintaler Stadtparlament geben. „Klimaschutz, Grundsteuer, Büchereien in Maintal, Maintalbad, Windkraftwerke, schnelles Internet in Maintal, Situation der Kitas, Kinder- und Jugendhaus, u.v.m. waren in der Vergangenheit nur einige Themen aus dem Stadtparlament. Das StaPaTV-Magazin könnte mit Interviews und Hintergrundberichten über diese Themen berichten und zusätzliche Sondersendungen (bei Wahlen, besonders diskutierten Maintaler Themen) durchführen. Beim StaPaTV-Magazin sollen zusätzlich Jugendliche an Politik herangeführt werden. Sie lernen den Umgang mit Medienkompetenz u. journalistischen Grundlagen.

Wichtig für Maintal, weil:

... Maintaler Bürger sich jederzeit (Live oder im Archiv) über die Arbeit und Themen der Stadtparlamentarier und des Stadtparlaments informieren können. Jugendliche an Politik herangeführt werden. Die Medienkompetenz gefördert wird. Ein gemeinsames Angebot für Erwachsene und Jugendliche in Maintal zur Verfügung steht. Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit über die Stadtgrenzen hinaus getragen wird. Es viele Verknüpfungsmöglichkeiten (Kinder- und Jugendhaus, ...) in Maintal gibt. Das StaPaTV-Magazin ist in Maintal nur mit der Unterstützung der Stadt Maintal möglich. Für weitere aktuelle Sendungen brauchen wir eine finanzielle Unterstützung von 7.000 Euro (von 15.000 Euro Gesamtkosten) pro Jahr. Ein Vor- und Nachkalkulationsschema steht bereit.

Kommentare aus der Internetdiskussion

22.09.2013 - 16:18	Klaus Klee	Grundsätzlich eine gute Idee. Dass sie vom Initiator und ausführenden Unternehmer kommt, finde ich nicht ganz so gut. Ich bin mal gespannt, welche Offerten hier noch von Unternehmern eingestellt werden.
23.09.2013 - 09:44	Redaktion Frank...	Sehr geehrter Herr Kreuter, Ihr Vorschlag fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich unbedenklich, die entsprechende Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vorausgesetzt. Den finanziellen Aufwand haben Sie selbst auf rd. 7.000 € pro Kalenderjahr beziffert. Personeller Aufwand dürfte - von kleineren Hilfsleistungen der Hausmeister im Bürgerhaus einmal abgesehen - keiner entstehen. Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung
23.09.2013 - 11:27	AT HOSSEIN	Ich halte den Vorschlag vom Herrn Kreuter für sehr wichtig und hoffe sehr auf eine bereite Zustimmung.
23.09.2013 - 11:44	Stefanie.S	Ein super tolles Projekt für Jugendliche und für alle Maintaler Bürger. Es wäre schön, wenn wir uns durch ein journalistisches Internetmagazin über die Hintergründe der Themen im Stadtparlament regelmäßig informieren könnten: eine "Hessenschau" aus oder über die Themen aus dem Stadtparlament "Maintal". Vielen Maintaler ist nicht bewußt über welche wichtigen Themen das Stadtparlament abstimmt. Ich würde mir wünschen, wenn möglichst viele Schulen in das Projekt eingebunden werden.
23.09.2013 - 21:36	Jörg Schuschkow	Es ist immer wichtig, die Politik den Bürgerinnen und Bürgern, für die sie ja gemacht wird, nahe zu bringen.
24.09.2013 - 18:07	Stefanie.S	Stimmt. Mit drei !!!
24.09.2013 - 19:09	Jonathan	ich würde gerne beim stadtparlamentfernsehen mitmachen. kann ich auch ein praktikum machen obwohl ich schüler bin.
24.09.2013 - 19:21	Moderation LW	Lieber Jonathan, wenn du dich für ein Praktikum beim Stadtparlamentfernsehen interessierst, musst du dich direkt an die Verantwortlichen dort wenden. Der Link zum Internetauftritt ist oben im Vorschlag angegeben, vielleicht findest du auf der Seite eine Emailadresse oder auch eine Telefonnummer, um dich mit den zuständigen Ansprechpartnern in Verbindung zu setzen. Beste Grüße Laura Welsch (Moderation)
24.09.2013 - 19:28	boriskreuter	Hallo, ich freue mich über dein Interesse am Stadtparlamentfernsehen. Derzeit ist eine Hospitanz möglich. Ein Praktikum ist erst möglich, wenn wir das Stadtparlamentfernsehen.de auf ein zusätzliches journalistisches Format (StaPaTV-Magazin) erweitern können. Wir haben eine kleine Warteliste. Derzeit sind 12 Kinder und Jugendliche beim Stadtparlamentfernsehen.de angemeldet. Da wir nur eine Sendung (Live und Aufzeichnung) zu den Stadtparlamentsitzungen in Maintal durchführen, können wir noch nicht alle Interessenten berücksichtigen. Das könnte sich ändern. Vorausgesetzt das StaPaTV-Magazin wird gefördert, bzw. ist finanzierbar. Melde dich doch einfach mal in unserer Redaktion (06109/5024083 oder redaktion@stapatv-magazin.de). Dann können wir alles weitere besprechen. Viele Grüße, Boris Kreuter

Vorschlag 2.4: Erweiterung des Maintaler stadtparlamentfernsehen.de zu einem journalistischen Magazin (StaPaTV Magazin) mit der Beteiligung von Jugendlichen aus Maintal

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	X	X	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde im Bezug auf das Kriterium „Anzahl der Betroffenen“ diskutiert. Weniger stark besprach die Gruppe das Kriterium „Haushaltskonsolidierung“. Der Vorschlag selbst sowie das dahinterstehende Gesamtprojekt wurden von der Gruppe positiv bewertet.

Kriterium „Anzahl der Betroffenen“:

Die Gruppe schätzte die Gemeinwohlorientierung des Vorschlags hoch ein, da er gewährleistet, dass sowohl Kinder und Jugendlichen, als auch Erwachsenen und Senioren in ausreichender Breite über die Stadtpolitik in Maintal informiert werden. Für Kind und Jugendliche bedeuten das Stadtparlaments-TV und das vorgeschlagene angegliederte Magazin, dass kommunale Politik ausreichend erklärt wird. Auf längere sich, so machten die Gruppenmitglieder deutlich, könne dieses Angebot das Interesse der Kinder und Jugendlichen für Kommunalpolitik in Maintal steigern. Die Gruppe stellte zudem fest, dass sich auch Erwachsene und Senioren durch das bisherige Angebot sowie durch ein mögliches Magazin einfacher und zeitversetzt über die Stadtpolitik informieren können. Die Gruppenteilnehmer sehen im Vorschlag demnach ein geeignetes Medium der allgemeinen Informationsförderung und politischen Bildung in Maintal.

Kriterium „Haushaltskonsolidierung“:

Vor dem Hintergrund dieser positiven Auswirkungen, betonte die Gruppe die hohe Effizienz und den geringen Aufwand des Vorschlags.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags

Die Gruppe machte darüber hinaus den Vorschlag, das Angebot häufiger in die Schulen/den Unterricht zu tragen, um Kinder und Jugendliche stärker in Verbindung mit Kommunalpolitik zu bringen. Ein Magazin kann dabei hilfreich sein. Generell sprach sich die Gruppe positiv gegenüber dem Projekt aus und machte die Stadt darauf aufmerksam, dass das TV beziehungsweise das angesprochene Magazin auch langfristig jenseits der „Pilotphase“ unterstützt werden sollte. Zur Finanzierung, so die Gruppe, sollte geprüft werden, ob auch andere Budgetbereiche (z.B. Kultur, Kinder- und Jugendarbeit) genutzt werden können. Ferner sollte das Gesamtprojekt stärker in der Satzung der Stadt verankert werden, um es langfristig abzusichern und das sensible Thema der Persönlichkeitsrechte zu klären.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl. eher nicht dem Gemeinwohl.

Vorschlag 2.4: Erweiterung des Maintaler stadtparlamentfernsehen.de zu einem journalistischen Magazin (StaPaTV Magazin) mit der Beteiligung von Jugendlichen aus Maintal

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich unbedenklich, die entsprechende Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vorausgesetzt. Den finanziellen Aufwand haben Sie selbst auf rd. 7.000 € pro Kalenderjahr beziffert. Personeller Aufwand dürfte - von kleineren Hilfsleistungen der Hausmeister im Bürgerhaus einmal abgesehen - keiner entstehen.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Die Verwaltung erarbeitet Vorschläge, wie die Umsetzung aussehen kann, damit die Stadtverordneten eine Grundlage für eine abschließende Entscheidung haben. Über die Ergebnisse wird zeitnah nach den jeweiligen Gremiensitzungen im Internet informiert.

Vorschlag 2.5: Mehrgenerationendenken: Kinder-/Schülerbetreuung im Seniorenheim

Sehr oft wird nach Betreuungsplätzen gefragt, angeblich seien genug vorhanden, solange man z. B. bereit sei, eine Kita/einen Hort in einem anderen Stadtteil zu nutzen. Neue Betreuungsplätze zu schaffen sei sehr teuer und sei mit großem Aufwand verbunden. Unverständlich bleibt für mich, dass in großem Stil neue Wohngebiete erschlossen werden, wobei jedoch die Infrastruktur bzw. die Kinderbetreuungskapazitäten in Vergessenheit geraten. Natürlich werden im Rahmen des demographischen Wandels in Zukunft weniger Betreuungsplätze benötigt. Es ist also fast schon eine Fehlinvestition, neue Immobilien nur für Kinder/Jugendliche zu bauen. Aus diesem Grund könnte man auf Räumlichkeiten zurückgreifen, die ohnehin schon vorhanden bzw. in Planung sind und in Zukunft sehr viel dringlicher für eine weitere Generation benötigt wird: Senioren. Nur zur Erinnerung: In Hochstadt wird gerade ein neues "Kleeblatt" gebaut. Man könnte prüfen, ob Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, die für die Betreuung von Kindern (U3/Kindergarten) oder Schüler genutzt werden können. Dort ist ein neues Wohngebiet entstanden mit vielen jungen Familien, die darauf angewiesen sind. Außerdem sind nebenan 2 Schulen, deren Betreuungseinrichtung offenbar nicht genug Kapazitäten aufweist, wie man im Tagesanzeiger lesen konnte.

Veranschaulichung meiner Idee:

<http://www2.evangelisch.de/themen/gesellschaft/kita-im-seniorenheim-buuh-guck-mal-wer-da-kommt6659>

<http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php>

Wichtig für Maintal, weil:

Im Rahmen der U-3 Betreuungsgarantie wird es eine große Nachfrage an Betreuungsplätzen geben. Aber auch 0-3 Jährige werden mal älter. Wenn diese in ihren ersten Lebensjahren in eine Kita gehen konnten, womit ihren Eltern die Berufstätigkeit ermöglicht wurde, werden diese spätestens im Schulalter zu unbetreuten "Schlüsselkindern". Oder die Eltern (meistens die Mütter) stehen vor der Frage, wie sie ihre berufliche Entwicklung mit ihrem Familienleben vereinbaren können. Oftmals bleibt als einzige Lösung, die Arbeitszeit auf "Teilzeit" umzustellen. Auch wenn man immer wieder von mangelnden Kindergartenplätzen hört, die Hortplätze in Maintal hinken diesen zahlenmäßig weit hinterher. Dabei besteht durchaus Nachfrage danach (u. a. in Hochstadt).

Kommentare aus der Internetdiskussion

07.09.2013 - 12:51	Dirk Kirchmann	Ich finde den Vorschlag gut, zumal solche Begegnungen beiden Seiten (den Alten und den Kleinkindern) gut tun dürften. Vielleicht gibt es dann auch noch mehr Wunsch-Großeltern!?! (siehe http://www.buergerhilfe-maintal.de/wunschgrosseltern.html) Und wenn die "Babywelle" aus den Neubaugebieten durch ist, könnten die freiwerdenden Räume in Kleeblättern etc. für Senioren umgerüstet werden. Solche (multifunktionalen) Mehrgenerationenhäuser fehlen uns!
13.09.2013 - 10:11	Redaktion DG	Sehr geehrte Frau Sittig, „Mehrgenerationendenken“ ist grundsätzlich zu begrüßen. Der Vorschlag ist: rechtlich zu prüfen, da Kindertagesstätten und Seniorenwohnanlagen grundsätzlich eine Betriebserlaubnis benötigen, die vom Land Hessen erteilt wird. Diese haben aber unterschiedliche Voraussetzungen, d.h. Räume für Kinder von 1 – 6 Jahren müssen entsprechende Voraussetzungen erfüllen. liegt nicht in der Zuständigkeit der Stadt Maintal. Das in Hochstadt geplante 3. Kleeblatt ist in der Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuz. Die Planungen sind nach unserer Kenntnis abgeschlossen. Inwiefern Räume für eine Kinderbetreuung im Rahmen dieser Planung „übrig“ wären und diese dann auch dafür geeignet sind und Aussicht auf eine Betriebserlaubnis hätten, müsste erst geprüft werden. Ein entsprechend großes Außengelände für die Kitakinder ist ebenfalls Voraussetzung für die Erteilung einer Betriebserlaubnis. Die Schülerbetreuung soll zukünftig über den Ausbau der Schulen mit Ganztagsangeboten gewährleistet werden; die Fritz-Schubert-Schule wird voraussichtlich ab dem kommenden Schuljahr in das Hessische Ganztagsprogramm aufgenommen. Derzeit gibt es keine Warteliste für Hortkinder in Maintal. Ein Bezifferung der finanziellen und personellen Konsequenzen ist erst auf der Grundlage einer konkreten Planung möglich. i. A. Daniel Gerolddes Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie
15.09.2013 - 14:26	herrmann@kuvasz.de	Siehe Kommentar der Verwaltung.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde verstärkt anhand der Kriterien „Lebensqualität“ und „Wirtschaft“ diskutiert. Erneut bezog sich die Gruppe auf die in Vorschlag 2.1 und 2.2 bereits gemeinsam aufgestellten Argumentationen zur Gemeinwohlorientierung. Der Vorschlag wurde allgemein positiv bewertet

Kriterium „Lebensqualität“:

siehe Vorschlag 2.1

Kriterium „Wirtschaft“:

siehe Vorschlag 2.1.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags

Hinweis der Verwaltung: Es wurde hervorgehoben, dass die Anforderungen der Räumlichkeiten für Kinder und Jugendliche sowie für Senioren unterschiedlich sind. Ein Aspekt ist dabei etwa die Lärmbelastung durch Kinder.

Die Gruppenmitglieder stellten fest, dass in Anlehnung an den Vorschlag neue Zugänge geschaffen werden müssen, in denen sich ältere Menschen in die Arbeit mit Kinder einbringen können. Etwa in Form von Schulbegleitern, Bibliotheksaufsicht, Hausaufgaben- und Mittagessensbetreuung oder AGs. Diese Zugänge sollten an den Kompetenzen der Seniorinnen und Senioren orientiert sein.

Diese Informationen und Rückmeldungen aus der Gruppe konnte im Nachhinein nicht mehr eindeutig rekonstruiert beziehungsweise in den Kontext gesetzt werden:

- das Denken sollte stadtteilbezogen sein, Umfeld – Mischbebauung
- Fördervereine von Schulen werden boykottiert
- Auch zum Beispiel das Thema Beschilderung sollte in dem Konzept behandelt werden.
- Es gehe außerdem nicht nur um den Bau neuer Wege, sondern auch um die Instandhaltung vorhandener Wege, Beschilderungen und anderer Maßnahmen.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Anforderungen der Räumlichkeiten für Kinder und Jugendliche sowie für Senioren sind sehr unterschiedlich. Bezüglich Kinderbetreuungseinrichtungen gibt es bauliche Vorgaben, die eine parallele Nutzung nicht möglich machen (z. B. Sanitäreanlagen, Raumausstattung/ Möblierung etc.). Eine entsprechende Betriebserlaubnis ist notwendig. In der Regel werden soziale Einrichtungen heute nicht so gebaut, dass ungenutzte Raumreserven zur Verfügung stehen. Die Räume für Kinder in einem Seniorenheim müssten dort zusätzlich geplant/ gebaut werden, um den spezifischen Anforderungen gerecht zu werden.

Bestehende Räume umzubauen ist häufig sehr aufwändig und teuer, eine Kosten-Nutzenrechnung müsste im Einzelfall erfolgen.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Die Verwaltung erarbeitet Vorschläge, wie die Umsetzung aussehen kann, damit die Stadtverordneten eine Grundlage für eine abschließende Entscheidung haben. Über die Ergebnisse wird zeitnah nach den jeweiligen Gremiensitzungen im Internet informiert.

Vorschlag 3.1: Ruftaxi einführen statt leere Busse fahren lassen oder Linien streichen

Früher gab es für den Nachtbusverkehr ein Ruftaxi. Minderjährige Jugendliche, die nach Frankfurt und Hanau abends aus gegangen sind (z.B. ins Kino), konnten es nutzen um nach Hause zurück zu kommen. Bezahlt hat man die RMV-Kosten. Die Stadt hat das abgeschafft weil es zu stark genutzt wurde. Man setzte darauf nachts Bus fahren zu lassen. Allerdings wurde das Angebot nicht so gut angenommen wie das Ruftaxi. Weil es zu viel kostet leere Busse fahren zu lassen werden diese Buslinien nun nach und nach eingestellt. Minderjährige die noch keinen Führerschein haben sind jetzt wieder darauf angewiesen sich von wenig älteren Freunden mitnehmen zu lassen die noch nicht lange den Führerschein haben, riskant fahren und vielleicht auch noch getrunken haben. Vor der Einführung des Ruftaxis/Nachtbusses gab es schon einige tödliche Unfälle deswegen. Aber die Fehler werden wieder neu gemacht weil das für die Verantwortlichen weit weg ist und sie das von früher nicht mehr wissen.

Wichtig für Maintal, weil:

... es tödliche Unfälle von Jugendlichen vermeiden hilft und Maintal als Wohnort auch für Jugendliche attraktiv macht, da das Angebot vor Ort nicht vorhanden ist, so daß sie gezwungen sind, nach Hanau oder Frankfurt auszuweichen. Außerdem werden nicht alle Jugendlichen von ihren Eltern rum gefahren. Gerade die ärmeren Schichten, die immer mehr zunehmen, sind auf den Nachtbus angewiesen.

Kommentare aus der Internetdiskussion

30.08.2013 - 06:12	Andreas Frölich	Dieser Vorschlag ist eine sehr gute Präzisierung des Satzes "Ein Alternativangebot für den n64 sollte geprüft werden (z. B. Anruf-Sammel-Taxi)" in meinem Vorschlag "Kostensenkung/Erlössteigerung an Stelle der vorgesehenen Angebotsreduzierung beim Stadtverkehr".
02.09.2013 - 14:55	Redaktion Frank...	Sehr geehrter Herr Tron, aufgrund der Komplexität des Themas können wir nur eine erste Einschätzung zu Ihrem Vorschlag abgeben. Ihr Vorschlag ist rechtlich unbedenklich und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal. Zu den finanziellen Auswirkungen können wir Stand heute keine Aussagen machen, da diese nicht zuletzt von der Streckenführung, der Taktung und dem Grad der Benutzung abhängig sind und entsprechende Planungen dazu nicht existieren. Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung Hinweis: Diese Antwort erfolgte in Abstimmung mit der Stadtverkehr Maintal GmbH.
07.09.2013 - 18:39	Lautsprecher	Unwichtig für Maintal, nur um einige Jugendliche zu bespaßen, die keinen Mopedführerschein oder Eltern ohne KFZ haben. Man muß sich auch mal selbst helfen können und nicht alles auf die Allgemeinheit abwälzen oder einfach mal verzichten können. Allerdings stellt sich mir schon die Frage, warum das Ruftaxi (bei der großen Nachfrage) nicht wieder eingeführt wurde, die könnten doch dann gutes Geld verdienen. Zum RMV-Preis geht das natürlich nicht, das wäre ein Zuschußgeschäft. Allen Führerscheinneulingen eine "tödliche" Fahrweise zu unterstellen ist ungerecht und unrealistisch. Außerdem geht der Vorschlag am Thema vorbei, da es in erster Linie um den Bürgerhaushalt und nicht um eine komfortablere Freizeitgestaltung von Jugendlichen geht.
08.09.2013 - 13:34	Otto Einsporn	Das Thema sollte unter einem übergeordneten Ziel gut diskutiert werden. Das Forschungsvorhaben "Flächendeckende Verkehrsberuhigung", Folgerungen für die Praxis, der drei Bundesministerien für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, für Verkehr und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, herausgegeben 1992, nennt als Kapitel - Definition und Ziele, - Konzepte, - Beteiligung Betroffener, - Maßnahmen, - Rechtsfragen, - Finanzierung und ist es Wert, als Übergeordnetes Ziel diskutiert zu werden.
08.09.2013 - 13:34	Otto Einsporn	Das Thema sollte unter einem übergeordneten Ziel gut diskutiert werden. Das Forschungsvorhaben "Flächendeckende Verkehrsberuhigung", Folgerungen für die Praxis, der drei Bundesministerien für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, für Verkehr und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, herausgegeben 1992, nennt als Kapitel - Definition und Ziele, - Konzepte, - Beteiligung Betroffener, - Maßnahmen, - Rechtsfragen, - Finanzierung und ist es Wert, als Übergeordnetes Ziel diskutiert zu werden.
15.09.2013 - 14:39	herrmann@kuvasz.de	Das Ruf-Taxi gab es in Maintal schon einmal. Im Vorschlag fehlt eine Kosten-Nutzen Analyse.
23.09.2013 - 21:41	Jörg Schuschkow	Eine Kosten-Nutzen-Analyse kann ein Bürger, der einen Vorschlag macht, kaum leisten. Nicht mal die Stadtverwaltung war bei Abschaffung des damaligen Ruftaxis dazu fähig. Es wurde den Stadtverordneten nur gesagt, daß das Angebot zu stark genutzt wird und daher zu viel kostet.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde nicht mit Blick auf ein bestimmtes Gemeinwohlkriteriums diskutiert, sondern stattdessen „quer“ dazu. Von den Teilnehmenden wurde insbesondere auf folgende Punkte im Laufe der Diskussion hingewiesen:

- Es wurde unterstrichen, dass von diesem Vorschlag nicht nur Jugendliche, sondern auch anderen Gruppierungen wie Frauen, Berufstätige und Kulturnutzer/innen profitieren würden. Denn ein Ruftaxi kann — abgesehen von Zeiten, an denen keine Alternativen verfügbar sind — Orte erreichen, die ein Bus im Linienverkehr nicht erreicht werden können.
- Es wird ein Konzept gegen Missbrauch benötigt, da früher das Rufsystem aufgrund von häufigen Missbrauchs wieder abgeschafft wurde. Besonders wichtig wird daher angesehen, dass bei im Rahmen einer Wiedereinführung bereits im Vorfeld (Sondierung) mehr und weitere Taxiunternehmen einzubeziehen wären.
- Das vorhandene Ruftaxi zur Anbindung Friedhof ist nicht bekannt genug, allerdings ist es (sowieso) in seiner Nutzung zu beschränkt.
- Es ist eine Abwägung zwischen Ruftaxi und einer Grundtaktung der Busse notwendig. Zudem muss ein Konzept zur Anbindung Bahn / Anbindung U-Bahn (unterschiedliche Taktung) entwickelt werden. In diesem Zusammenhang, aber auch in der gesamten Diskussion zu diesem Vorschlag, wurde auf den *Vorschlag 3.4 Verkehrskonzept Gesamt Maintal* verwiesen, in dem die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes gefordert wird — das Ruftaxi bzw. Taktung der Busse müsste dort als ein Baustein betrachtet und im Kontext aller anderen Maßnahmen zum Verkehr betrachtet und beschlossen werden.
- Es gehe außerdem nicht nur um den Bau neuer Wege, sondern auch um die Instandhaltung vorhandener Wege, Beschilderungen und anderer Maßnahmen.

Mehr oder weniger alle Kriterien tangiert.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Aufgrund der Komplexität des Themas kann nur eine erste Einschätzung zu diesem Vorschlag abgegeben. Der Vorschlag ist rechtlich unbedenklich und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal.

Zu den finanziellen Auswirkungen kann Stand heute keine eindeutige Aussage getroffen werden, da diese nicht zuletzt von der Streckenführung, der Taktung und dem Grad der Benutzung abhängig sind und entsprechende Planungen dazu nicht existieren.

Zu Beginn des Jahrtausends gab es bereits einen Ruftaxiservice in Maintal. Die Kosten betragen damals rd. 50.000 € pro Jahr.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wird im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Gesamt Maintal geprüft und bewertet.

Vorschlag 3.2: Einführung eines Rufbusses für ältere und behinderte Mitbürger

Zunehmende Energie- und Transportkosten machen alternativen im Pendlerverkehr und zum Einkaufen immer attraktiver. Radfahren ist ein Umweltschonendes, kostengünstiges und im Nahverkehr ein schnelles Transportmittel. Die Stadt Maintal sollte ein Programm zum Ausbau und zur Pflege/Instandhaltung eines Maintaler Radwegnetzes erstellen und jährlich einen festen Investitionsbetrag zum Ausbau und zur Unterhaltung des Radwegnetzes in den städtischen Haushalt aufnehmen.

Wichtig für Maintal, weil:

Ein gutes Radwegnetz erhöht die Qualität Maintals als Arbeits- und Wohnort und ebenfalls als Ort zum Einkaufen. Langfristig sollte die Investition durch zu erwartende höhere Steuereinkommen für die Stadt Maintal auszahlen.

Kommentare aus der Internetdiskussion

16.09.2013 - 12:57	Klaus Klee	Zu diesem Thema gibt es gute Informationen in der Seniorenzeitung 60 AUFWÄRTS. Die Idee wurde anderenorts schon erfolgreich umgesetzt.
16.09.2013 - 16:15	herrmann@kuvasz.de	Was kostet ein solcher Rufbus? Ohne zu wissen, welche Kosten entstehen können, kann ich diesen vom Grunde her menschenfreundlichen Vorschlag nicht positiv bewerten.
16.09.2013 - 19:49	Zappafan	Tolle Idee! In Verbindung mit einer zentralen Stadtbücherei und einem zentralen Stadtladen würde allen Menschen, die nicht mehr so mobil sind, ermöglicht bequem dorthin zu kommen, und eben auch zum Arzt, zur Apotheke oder zum Einkaufen etc.
17.09.2013 - 10:41	Redaktion Frank...	Sehr geehrter Herr Hahn, aufgrund der Komplexität des Themas können wir nur eine erste Einschätzung zu Ihrem Vorschlag abgeben. Ihr Vorschlag ist rechtlich unbedenklich und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal. Zu Bedenken geben möchten wir, dass Ihr Vorschlag die Grenzen des ÖPNV überschreitet, da die Zielgruppe nicht mehr die Allgemeinheit ist. Stattdessen wäre hier die Einrichtung eines Bring- und Holdienstes für die von Ihnen bezeichnete Zielgruppe vorzunehmen. Die Kosten hierfür sind derzeit nicht zu beziffern. Daher können wir zu den finanziellen Auswirkungen Stand heute keine Aussagen machen. Die Kosten werden natürlich erheblich von der Streckenführung, der Taktung und dem Grad der Benutzung abhängig sein. Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung
17.09.2013 - 12:15	Klaus Klee	Vielleicht wäre der Vergleich sinnvoller, den eine Untersuchung Stadtbusfahrten/Rufbusfahrten und Ruftaxifahrten vor dem Hintergrund geringer Fahrgastzahlen zu verkehrsarmen Zeiten ergäbe. Gerade wurde wieder in der Stadtverordnetenversammlung über den Busverkehr debattiert, weil Kosten eingespart werden müssen. Momentan wurden gerade die Taktzeiten einiger Linien verändert. Wenn wir in Maintal schon kein tolles Nahverkehrsangebot zustande bringen, sollte es wenigstens besser auf die Bedürfnisse zugeschnitten sein. Vielleicht hat die Verwaltung für diese Alternative ja schon Informationen!?
18.09.2013 - 22:35	Feldzug	Zurück zur Sache. Für diese Dienstleistung gibt es in Maintal private Anbieter, die die Senioren zum Einkauf, Arzt, Bank usw. begleiten. Das wäre ja mal was für die Seniorenzeitung.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde nicht mit Blick auf ein bestimmtes Gemeinwohlkriteriums diskutiert, sondern stattdessen „quer“ dazu. Von den Teilnehmenden wurde insbesondere auf folgende Punkte im Laufe der Diskussion hingewiesen:

- Rufbus existiert (private PKW mit privaten Fahrern der Bürgerhilfe). Muss auf jeden Fall bekannter werden. Allerdings setzt die Inanspruchnahme eine Mitgliedschaft voraus.
- Vorhandenes Rufbuskonzept muss in ein Verkehrskonzept aufgenommen werden - auch hier Verweis auf *Vorschlag 3.4 Verkehrskonzept Gesamt Maintal*: Verbesserungen nötig? Wenn ja, wie und was muss verbessert werden?
- Es muss geklärt werden, was genau für Rufbussysteme gemeint sind. So könnte alternativ zu einem Rufbus, der gerufen wird, um eine Adresse anzufahren, auch über ein System diskutiert werden, das Linien nach Fahrplan fährt und auf Handzeichen das Ein- oder Aussteigen ermöglicht: dies müsste, wenn über eine Einführung nachgedacht würde, nach seiner rechtlichen und technischen Machbarkeit hin überprüft werden. In der Diskussion verweist ein Teilnehmer darauf, dass es beispielsweise in Bischofsheim genügend Haltestellen mit geringen Abständen vorhanden seien und Mobilität durch einen Taktabstand von 15 Minuten gewährleistet sei.
- Insgesamt gibt es Maintal zu viele Radial- und wenig Direktverbindungen, was die Attraktivität aufgrund recht langer Fahrtzeiten senken würde. Auch das sollte bei Neu- oder Rekonzeptualisierungen beachtet werden.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Sonstige Kommentare/Anregungen zum Vorschlag

Bewertung schwierig. Zielgruppe muss definiert werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Zur Einrichtung des vorgeschlagenen Hol- und Bringdienstes unter dem Dach der Stadt Maintal müssten zunächst entsprechende Fahrzeuge angeschafft werden. Aus Gründen der Verfügbarkeit des Service müssten, so zumindest unsere Einschätzung, zwei Rufbusse beschafft werden. Diese beiden Fahrzeuge müssten über automatische Türen und Stellflächen für Rollstühle und/oder Rollatoren verfügen. Die Investitionskosten würden sich auf rd. 150.000 € pro Fahrzeug belaufen.

Zu den Personalkosten können keine Aussagen getroffen werden, da diese maßgeblich von der Streckenführung, der Taktung und dem Grad der Inanspruchnahme abhängig sind.

Aus unserer Sicht besteht die Gefahr, dass ein Hol- und Bringdienst – zumindest bei der fraglichen Zielgruppe – in einen unmittelbaren Wettbewerb mit dem Stadtverkehr Maintal tritt. Von daher wird vorgeschlagen, dass sich ein Hol- und Bringdienst vom Angebot und vom Preis deutlich von dem Angebot des Stadtverkehrs Maintal unterscheidet.

Die Umsetzung des Vorschlages könnte auch dergestalt erfolgen, dass der im Einzelfall angebotene „Fahrdienst“ für Vereinsmitglieder, den der Verein Bürgerhilfe Maintal derzeit schon betreibt, finanziell durch die Stadt Maintal gefördert wird. Die Gestaltung des Angebotes wäre dann zwischen der Stadt Maintal und dem Verein auszuhandeln.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wird im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Gesamt Maintal geprüft und bewertet.

Vorschlag 3.3: Kostensenkung/Erlössteigerung an Stelle der vorgesehenen Angebotsreduzierung beim Stadtverkehr

Gemäß Beschlussfassung im Verkehrsausschuss sollen einschneidende Einschnitte im Angebot des Stadtverkehrs Maintal vorgenommen werden. Diese sollen dazu dienen, die drastische Reduzierung der Erlöszuscheidung der Kreisverkehrsgesellschaft teilweise auszugleichen. Die Angebotsreduzierung sollte nicht vollständig in dem vorgesehenen Umfang durchgeführt werden. Vielmehr sind mögliche Kostensenkungen durch Optimierung des Verwaltungsaufwandes beim Stadtverkehr (insbesondere durch Nutzung von Synergien mit der Maintal Beteiligungs GmbH) sowie durch Umlauf- und Schichtoptimierungen zu identifizieren und umzusetzen. Sollten diese nicht möglich sein, sind die Chancen aus einer möglichen Ausschreibung des Busverkehrs zu bewerten. Parallel dazu sind Erlössteigerungspotenziale aus stärkerer Nutzung des Busangebotes (z. B. durch Werbung, ggf. Änderung der Linienführung/Haltestellen, Schließung von Netzlücken, Beschleunigung von Verbindungen, Sonderregelungen im Tarif (z. B. Subventionierung durch Hessen-Center)), zusätzlichen Leistungen (Charterverkehr) und einer Neuverhandlung des Erlösaufteilungsschlüssels mit der KVG zu bewerten. Zudem sind das Angebotskonzept Region West sowie die (Takt-)Verknüpfungspunkte im Zug- und Busverkehr des Nahverkehrsplans des Main-Kinzig-Kreises zu berücksichtigen: Halbierung Takt MKK-22 nur gleichzeitig mit Verlängerung MKK-30 zum Bf Maintal Ost Ein Alternativangebot für den n64 sollte geprüft werden (z. B. Anruf-Sammel-Taxi).

Die Umsetzung des Ausschlussvorschlages in der beschlossenen Form birgt große Gefahren: 1. Die enthaltenen Maßnahmen gefährden die Einnahmen: Erfahrungen anderer Kommunen zeigen, dass die Brechung von Linien, die Streichung letzter Fahrten sowie fehlende Anschlüsse die Nachfrage sinken lassen. Bei geringerer Nutzung sinkt die Erlöszuscheidung durch die KVG weiter, Abwärtsspirale (Rumpfangen droht). 2. Ein Standortvorteil Maintals im Rhein-Main-Gebiet entfällt. 3. Ziele des Stadtleitbildes können nicht erreicht werden. 4. Mobilität für die Bürger, die kein Auto haben sinkt. 5. Ansätze/Ziele des Nahverkehrsplanes des MKK werden tw. nicht umgesetzt. 6. Keine Rückfahrmöglichkeit für Jugendliche aus FFM von der Hanauer Landstr. ohne Auto.

Kommentare aus der Internetdiskussion

27.08.2013 - 09:13	Redaktion Frank...	Hallo Herr Frölich, ein sehr komplexer Vorschlag, auf den wir in der Kürze der Zeit nicht im Detail eingehen können. Der Vorschlag ist rechtlich zulässig und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal, in Verbindung mit der Stadtverkehr Maintal GmbH. Die finanziellen und personellen Auswirkungen können wir Stand heute nicht beziffern, da dies naturgemäß erst bei der Umsetzung Ihres Vorschlages möglich sein wird. Viele Grüße Frank KrauseFB Hauptverwaltung Hinweis: Diese Antwort erfolgte in Abstimmung mit der Stadtverkehr Maintal GmbH
28.08.2013 - 16:39	Klaus Klee	Da in Zukunft die Verluste der Verkehrsbetriebe einen Teil der Gewinne der Maintalwerke ausgleichen, ergeben sich Steuervorteile. Auch die sollten zur Verbesserung des Angebotes genutzt werden.
08.09.2013 - 14:18	Otto Einsporn	Das Thema sollte unter einem übergeordneten Ziel gut diskutiert werden. Das Forschungsvorhaben "Flächendeckende Verkehrsberuhigung", Folgerungen für die Praxis, der drei Bundesministerien für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, für Verkehr und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, herausgegeben 1992, nennt als Kapitel - Definition und Ziele, - Konzepte, - Beteiligung Betroffener, - Maßnahmen, - Rechtsfragen, - Finanzierung und ist es wert, als übergeordnetes Ziel diskutiert zu werden
15.09.2013 - 15:27	herrmann@kuvasz.de	Der Vorschlag enthält konkrete Punkte der Optimierung, die man vernünftig Begutachten kann.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung zum Vorschlag 3.3

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde nicht mit Blick auf ein bestimmtes Gemeinwohlkriteriums diskutiert, sondern stattdessen „quer“ dazu. Von den Teilnehmenden wurde insgesamt der Vorschlag unterstützt, dass man sich nicht in eine Abwärtsspirale begeben darf, indem Angebotsreduzierung, sprich Attraktivitätseinschränkungen zu weniger Fahrgästen führen um dann weiter das Angebot zu reduzieren. Man sollte also insgesamt gucken, wie der ÖPNV attraktiver und wirtschaftlicher gestaltet werden kann - auch und gerade mit Blick auf alle anderen Verkehrsarten in Maintal - auch hier wurde wieder auf den *Vorschlag 3.4 Verkehrskonzept Gesamt Maintal* verwiesen, bevor einseitig nur mit Blick auf den Stadtverkehr der Stadt Maintal Maßnahmen ergriffen werden. Von den Teilnehmenden wurde im Laufe der Diskussion noch auf folgende Punkte hingewiesen:

- Ausrechnung der Mindestbelegung pro Bus zur Wirtschaftlichkeit der Stadtbusse macht keinen Sinn, da die Gelder sowieso nach anderen Kriterien zugewiesen werden.
- Es wurde Festgehalten, dass Fahrgaststeigerungen und Erfolge bei Kundengewinnung sich nur mittelbar auswirken: alle fünf Jahre gibt es im Rahmen des Verkehrsverbundes Zählung der Fahrgäste. Die Zählung wirkt sich indirekt auf die Verteilung auf die Stadt Maintal aus. (Verteilungsschlüssel). Hier ist also, wenn man Verbesserungen vorsieht, ein langer Atem gefragt.
- Kosten von Bischofsheim nach Enkheim zu teuer (4,40€). Ungünstige Lage Maintal im RMV. Tarifmodell ungünstig für Maintal.
- Wirtschaftlichkeit des ÖPNV könnte zum Beispiel durch Werbung in Bussen erhöht werden?
- Verkauf von Bussen / Einsatz von abgeschrieben Fahrzeugen. Ältere Busse oder sonstige Sparmaßnahmen sollten ernsthaft in Betracht gezogen werden, bevor man an die Einschränkung des Fahrplans denkt (gemäß Vorschlag)
- Leasing: Bei aktuellen Zinssätzen macht Leasing keinen Sinn.
- Für den Fall, dass der Stadtverkehr Maintal insolvent würde: Übernahme des Stadtverkehrs durch RMV würde die Einflussnahme der Stadt Maintal beeinträchtigen (Gefahr im Hintergrund), zum Beispiel Reduzierung auf 1 Stundentakt als Grundversorgung, oder Ausdünnung von Tagesrandzeiten

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Vorschlag 3.3: Kostensenkung/Erlössteigerung an Stelle der vorgesehenen Angebotsreduzierung beim Stadtverkehr

Stellungnahme der Verwaltung

Die Veränderung des Fahrplans mit der Reduzierung von schwach genutzten Umläufen wurde mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2013 vorgenommen um eine Einsparung i.H.v. rd. 140.000 € p.a. zu erzielen. Voraussichtlich wird dieses Ziel erreicht werden. Aufgrund einer kommunalverfassungsrechtlichen Auseinandersetzung zwischen Stadtverordnetenversammlung und Magistrat gab es ein Vermittlungsgespräch beim Hessischen Städte- und Gemeindebund. Dabei wurde ein Vorschlag erarbeitet, wonach der aktuelle Fahrplan bis zum jährlichen Fahrplanwechsel im Dezember 2015 beibehalten und die Zwischenzeit zur Erarbeitung eines neuen Fahrplans genutzt wird. Der Magistrat und die Stadtverkehr Maintal GmbH (SVM) halten dies für eine sinnvolle Vorgehensweise. Die Stadtverordnetenversammlung hat bisher noch keine endgültige Entscheidung über den genannten Vorschlag getroffen, nach der geltenden Beschlusslage wird ein Verwaltungsgerichtsverfahren zur Klärung der streitigen Rechtsfrage durchgeführt. Für die Erarbeitung eines neuen Fahrplans sind im Haushalt 2014 Mittel für externe Unterstützung vorhanden. Durch die fehlende Haushaltsgenehmigung können jedoch derzeit keine Aufträge erteilt werden. Trotzdem wird unter Federführung der SVM eine Analyse des aktuellen Fahrplans mit der Ermittlung eines Optimierungspotentials erfolgen. Die Ergebnisse und entsprechende Optimierungsvorschläge sollen bis zum Ende des Jahres 2014 vorliegen.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Dem Bürgerhaushaltsvorschlag 3.3 „Kostensenkung/Erlössteigerung an Stelle der vorgesehenen Angebotsreduzierung beim Stadtverkehr“ wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass dessen Inhalte bei der Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses zu Dr.-Nr. 1212/2014 vom 21.7.2014 (Überschrift: Aussetzung des Stadtverordnetenbeschlusses zu Dr. - Nr. 967/2013 und Erstellung eines Konzeptes „Maintalbus 2016“) auf Umsetzbarkeit geprüft und entsprechend in das Konzept eingearbeitet werden.

Begründung: Wie in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellt wurde, soll ein neuer Fahrplan erarbeitet werden. Dies wurde durch den oben genannten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung dahingehend konkretisiert, dass ein Konzept zur Neugestaltung / Überarbeitung des Maintaler Stadtbusverkehrs auszuarbeiten ist. Dabei können auch die Inhalte des Bürgerhaushaltsvorschlages 3.3 auf Umsetzbarkeit geprüft werden und ggfls. in das Konzept einfließen.

Vorschlag 3.4: Verkehrskonzept Gesamt Maintal

Derzeit wird in vielen Bereichen Maintals viel gebaut. Es werden Straßen saniert, Markierungen erneuert und neue Wege erschlossen. Allerdings fehlt aus unserer Sicht ein schlüssiges Gesamtkonzept. Gerade der außerstädtische Durchgangsverkehr könnte in allen Stadtteilen besser kanalisiert werden. Darüber hinaus gibt es ein Radwegekonzept, Änderungswünsche an der Stadtbusstreckenführung, Verkehrsberuhigungskonzepte usw. All das sollte in einer übergreifenden Arbeitsgruppe (bestehend aus Stadtverwaltung, Fachleuten, Politik und Bürgern) zusammengeführt werden um die Infrastruktur der Stadt zu schonen, die knappen Mittel wirkungsvoll zu verwenden und Maintal für die hier lebenden Bürger attraktiver zu gestalten.

Wichtig für Maintal, weil:

Verkehr betrifft uns alle, sei es als Fußgänger, Radler, Autofahrer oder Gast im Stadtbus. Wenn dann noch die Lebensqualität steigt UND Kosten gesenkt werden können darf man dieses Thema nicht vernachlässigen.

Kommentare aus der Internetdiskussion

21.09.2013 - 07:55	Klaus Klee	Diesen Vorschlag gibt es schon unter einer anderen Bezeichnung. Hier erfolgt wieder eine Zersiedelung von Voten und Kommentaren.
21.09.2013 - 09:20	Petra	Ich spreche im Namen der Gruppe, der ich angehöre. Das mag so erscheinen, wir hatten das allerdings beim Durchsehen der Vorschläge berücksichtigt. Wir arbeiten seit Jahren bereits an einem Konzept und haben diesbezüglich Erfahrung. Daher sind wir der Meinung, dass unser Vorschlag in eine differenziertere Richtung geht als der ähnlich lautende Vorschlag, der u.E. nicht so konkretisiert war. Viele Grüße
21.09.2013 - 15:01	herrmann@kuvasz.de	Im Stadtleitbild ist in ähnlicher Form dieses Thema schon aufgenommen worden.
23.09.2013 - 21:04	igfb	Als Mitglied des Forums welches das Stadtleitbild erarbeitet hat darf ich erwidern das dem nicht so ist. Es wurde zwar darauf hingearbeitet die Verkehrssituation zu verbessern, ein Gesamtkonzept das alle Aspekte der Mobilität in ganz Maintal betrachtet und in Beziehung setzt gibt es leider nicht. Es ist bei - durchaus guten, sinnvollen und erfolgreichen - Einzelaktionen und verkehrsrgruppspezifischen Maßnahmen geblieben.
23.09.2013 - 21:10	igfb	Hallo Herr Klee, einen solchen Vorschlag gibt es so noch nicht sonst hätten wir ihn in dieser Form nicht eingebracht. Wir haben zwar in Maintal schon viel erreicht (Verkehrsberuhigung Goethestraße, Tempo 40 Berliner Straße, Fahrradwegekonzept), einen gesamtheitlichen Ansatz sehe ich allerdings nicht. Das Einsparpotential für Maintal würde sich daraus ergeben Synergien zu nutzen und Projekte aufeinander abzustimmen. Letztlich geht es in diesem Forum ja um die Finanzmittel der Stadt. Bitte erläutern sie mir noch was sie unter "Zersiedelung von Voten" verstehen. Danke.
27.09.2013 - 14:29	Redaktion Jörg Wuff	Sehr geehrter, sehr geehrte „igfb“, der Vorschlag fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich unbedenklich. Derzeit besteht kein Verkehrskonzept für die Gesamtstadt. Die Aufstellung eines Gesamtverkehrskonzepts ist sehr aufwändig und muss alle Verkehrsarten berücksichtigen. Aufgrund der Kürze der Zeit sind die finanziellen und personellen Auswirkungen nicht ermittelbar. Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuffi.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde nicht mit Blick auf ein bestimmtes Gemeinwohlkriterium diskutiert, sondern stattdessen „quer“ dazu. Der Vorschlag wurde einhellig unterstützt, weil auch bei allen anderen Vorschlägen zum Thema Verkehr deutlich wurde, dass man zur Weiterentwicklung des Verkehrs in Maintal eine höhere Flughöhe einnehmen müsse, indem man einzelne unabhängige Verbindungen in *einen* Kontext stellt. Es gibt bereits viele gute Konzepte aus anderen Städten und Projekten aber auch aus Maintal selbst, die in eine Gesamtbetrachtung gestellt werden sollten. U.a. verwies ein Teilnehmender auf das Konzept „Flächendeckende Verkehrsberuhigung“ – Konzept des Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtisches und weitere verkehrsberuhigende Konzepte als Bausteine für ein Gesamtkonzept für Maintal. Weiterhin wurden dazu folgende Punkte festgehalten:

- Erstellung eines Konzepts für Maintal durch die Verwaltung möglich, Umsetzung durch die Verwaltung rechtlich jedoch nicht an jeder Stelle möglich - hier ist man auf die Zusammenarbeit und Zuarbeit weiterer Akteure angewiesen (z.B. Bundesstraßen)
- Grundkonzept erstellen: soll als fließender / lernender Prozess verstanden werden.
- Bündelung der Kräfte/Vorschläge des Bürgerhaushalts: Nicht nur Konzepterstellung, sondern eine (schrittweise) Umsetzung soll im Vordergrund stehen.
- Kostentransparenz im Konzept / Bürgerhaushalt zum Thema Verkehr gewährleisten. (Verkehrsrelevante Kosten sollten gebündelt dargestellt werden)

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag zielt darauf ab, ein integriertes Verkehrskonzept für alle Verkehrsarten in Maintal zu erstellen. Für die Erstellung eines Verkehrskonzeptes sollten zunächst die Ziele und Leitlinien definiert werden, hierzu werden für die Prozessbegleitung rd. 45.000 € erforderlich.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2013 beschlossen. Die Vorschläge werden derzeit von der Stadtverwaltung umgesetzt. Über die Ergebnisse der Umsetzung wird auf www.buergerhaushalt-maintal.de fortlaufend berichtet.

Das Gesamtverkehrskonzept soll unter Berücksichtigung folgender Vorschläge erstellt werden:

- 1.1 (Ausbau und Instandhaltung eines Radwegnetzes für Maintal)
- 1.2 (Bürgersteig Breulgasse, Engstelle beseitigen)
- 1.3 (Optimierung Fahrradweg Hochstadt Bahnhof),
- 1.4 (Radweg Bischofsheim),
- 1.5 (Kennedystraße),
- 3.1 (Ruftaxi einführen),
- 3.2 (Einführung eines Rufbusses),
- 3.5 (Weniger Ampeln),
- 8.4 (Abbau Fußgängerampel Backesweg/Breitscheidstraße) und
- 8.5 (Straßenbeleuchtung) sollen bei der Aufstellung eines Verkehrskonzeptes bewertet werden.

Vorschlag 3.5: Weniger Ampeln!

Es sollte überlegt werden, ob man einige Ampelkreuzungen durch Kreiseln ersetzen könnte. Dies hätte zur Folge, dass der Verkehr insgesamt flüssiger läuft (wie oft steht man an der Ampel, obwohl man das einzige Auto an der Kreuzung ist?), und dass die Kosten für die Ampelanlage (Strom, Wartung, Reparatur etc.) wegfallen würden. Ein gutes Beispiel ist in Frankfurt-Enkheim die ehemalige Ampelanlage Kreuzung Vilbeler Landstraße/Viktor-Slotosch-Straße/Barbarossastraße. Dort wurde letztes Jahr die Ampel ersetzt durch einen Kreiseln, was deutlich schneller geht und das lästige Warten wegfallen ließ. In Dörnigheim könnte ich das mir z.B. -bei der Kreuzung Kennedystraße/Kesselstädter Straße/Berliner Straße (Aral-Tankstelle), -bei der Kreuzung Berliner Straße/Bahnhofstraße/Brauchbachstraße und -beim Ortseingang von Frankfurt kommend an der Ecke vor dem Dorm-Hotel vorstellen

Wichtig für Maintal, weil:

Senkung der Kosten von Ampelanlagen und flüssigerer Verkehr

Kommentare aus der Internetdiskussion

28.08.2013 - 16:22	Terraner	Eine gute Idee mit den Kreiseln. Da gibt's sicher noch weitere Ideen.
28.08.2013 - 19:25	Ernst J. Neumeier	Der Vorschlag ist gut gemeint, schließlich ließen sich eine Reihe weiterer Kreuzungen dafür finden. Allerdings ist der Vorschlag nicht zu Ende gedacht. Alle Kreisel (Beispiel Hochstadt, Bischofsheimer Str./ Luisantring) und sonstige Verkehrsinseln auch ohne Ampeln, wie z.B. Hochstadt-Umgehungsstr./Hanauer Str. sind bepflanzt und benötigen deshalb Pflege, die die Kosten der bereits vorhandenen Ampelanlagen überschreiten dürften. Mit freundlichen Grüßen Ernst J. Neumeier
29.08.2013 - 07:46	Klaus Klee	Für diese Zwecke sind im Ausland bereits Minikreisel von 2 bis 3 Metern Durchmesser im Einsatz, die gepflastert sind und nahezu keine Pflege brauchen. Solche Lösungen verringern den Platzbedarf für Kreisel und funktionieren reibungslos.
29.08.2013 - 21:56	Ernst J. Neumeier	Hallo Herr Klee, die Kreisel im Ausland haben eine andere planerische Qualität, weil in Frankreich z.B. die Kreisel seit ca. 40 Jahren und in Spanien seit ca. 25 Jahren konsequent in die Straßenführungen eingeplant wurden. Da wir uns aber mit dem Haushalt auseinandersetzen, sollte immer eine Kosten-Nutzen-Analyse erstellt werden, wenn es um Veränderungen und Umbaumaßnahmen geht. Hieran fehlt es in Maintal. Im Übrigen wird zur Zeit "Am Kreuzstein" ein Kreisel gebaut, der noch nicht einmal eine Ampel ersetzt. Auch war die Kreuzung bisher nicht besonders unfallträchtig. Aber da in der Straße ja der Kanal erneuert wurde, kam jemand auf die Idee: da bauen wir doch gleich einen Kreisel ein. Auch hier hat sich offensichtlich niemand um die Mehrkosten Sorgen gemacht! Genau das ist das Problem der Stadt Maintal. Mit freundlichem Gruß Ernst J. Neumeier
30.08.2013 - 13:21	Redaktion Jörg Wuff	Sehr geehrte/r MRK_TE, wir haben Ihren Vorschlag geprüft: Er ist rechtlich unbedenklich. Er liegt in nicht allein der Zuständigkeit der Stadt Maintal, teilweise ist das Land Hessen und der Kreis an der Maßnahme beteiligt. Der Knotenpunkt Kennedystraße/Kesselstädter Straße/Berliner Straße (Aral-Tankstelle), wurde mit GVFG Mitteln geplant und gebaut und darf in den nächsten 15 Jahre nicht geändert werden, sonst müssen die erhaltenen Fördermittel an Land Hessen zurück gezahlt werden. Beteiligte sind das Land Hessen und die Stadt Maintal. Die Kennedystraße am Ortseingang von Frankfurt kommend an der Ecke vor dem Dorm-Hotel ist Eigentum des Landes Hessen, Umbaumaßnahmen sind nur mit deren Einverständnis und entsprechenden Nachweisen der Funktionsfähigkeit durchzuführen. Berliner Straße/Bahnhofstraße/Brauchbachstraße, liegt in der Zuständigkeit der Stadt Maintal. Für alle Maßnahmen sind zunächst Knotenpunktuntersuchungen und Nachweise der Funktionsfähigkeit notwendig. Wenn die Ergebnisse den Umbau zu Kreisverkehrsplätzen bestätigen, können Kreisverkehrsplätze an den Knotenpunkten angeordnet werden. Hierzu müssten konkretere Planungen beauftragt werden, die Kosten sind hierfür noch nicht zu beziffern, jedenfalls würden die Kosten die Einsparung (Strom, Wartung, Reparatur etc.) wesentlich übersteigen. Mit freundlichen Grüßen i.A. Jörg Wuff, Fachdienst Stadtentwicklung und Umwelt

05.09.2013 - 11:57	H. Kaupp	Man sollte sich ganz genau überlegen, welche Kreuzungen man in Kreisel umbaut. Kreisel sind repräsentativ und würden in die Landschaft passen. Meiner Meinung erföhre das Stadtbild damit eine Aufwertung. Natürlich gehört dieser Punkt eben auch in die Kosten-Nutzen-Analyse, und gewinnt noch an mehr Gewicht einbezogen in ein Konzept, das für den Verkehr nur langfristig zu machen ist. Wir sollten uns darüber einig sein, dass die an anderer Stelle vorgeschlagene "flächendeckende Verkehrsberuhigung" ein grundsätzlich wünschenswerter Zug ist, auch für Maintal. An einer Ecke des Knotenpunktes Berliner Straße/Bahnhofstraße/Brauchbachstraße laufen sich die Fussgänger regelmässig über den Haufen, weil der Gehsteig zu klein ist. Die Zufahrt zum Parkplatz sollte über eine kleine Brücke über dem Bach ermöglicht werden, damit hier ein repräsentativer Platz vor dem Bahnhof entsteht.
07.09.2013 - 11:46	Gert Eimer	Zu den im Vorschlag genannten Vorteilen kommen optische Vorteile hinzu, da sich Kreisverkehre in der Mitte gestalten lassen. Aus der Kreuzung am Opeleck zum Beispiel liesse sich ein schöner Ortseingang gestalten. Leider sah die seinerzeitige langjährige Planung des Landes, das, glaube ich, zuständig war für den Ausbau der Kennedystraße, nicht zu.
07.09.2013 - 18:49	Lautsprecher	Super Idee. Der Verkehr würde nicht nur flüssiger und kostengünstiger, sondern zum Teil auch sicherer werden. Alle Einfahrenden müssten zunächst die Geschwindigkeit reduzieren (z.B. die Umgehungsstraße nach Hochstadt von Wachenbuchen aus kommend). Da hält sich sowieso niemand an die Geschwindigkeitsbegrenzung.
08.09.2013 - 13:59	Otto Einsporn	Das Thema sollte unter einem übergeordneten Ziel gut diskutiert werden. Das Forschungsvorhaben "Flächendeckende Verkehrsberuhigung", Folgerungen für die Praxis, der drei Bundesministerien für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, für Verkehr und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, herausgegeben 1992, nennt als Kapitel - Definition und Ziele, - Konzepte, - Beteiligung Betroffener, - Maßnahmen, - Rechtsfragen, - Finanzierung und ist es wert, als übergeordnetes Ziel diskutiert zu werden.
11.09.2013 - 21:23	Zappafan	Bei der Einrichtung von Kreiseln sollten nicht nur innerörtliche Kreuzungen berücksichtigt werden. Gerade die Querungen der Südumgehung von Hochstadt ließen sich sinnvoll durch Kreisel ersetzen. Ein Vorteil: Auf der Umgehungsstraße würde nicht ständig mit zu hoher Geschwindigkeit gerast, denn auf einen Kreisel muss man langsam zufahren und die Vorfahrt des Kreisverkehrs beachten. Wer sehen will, wie gut Kreisel funktionieren, muss nur über den Berg nach Bad Vilbel fahren, dort sind eine ganze Reihe von Kreuzungen durch Kreisel ersetzt.
15.09.2013 - 14:50	herrmann@k uvasz.de	Ob in allen diesen Fällen die Stadt Maintal verantwortlich ist, kann die Verwaltung prüfen. Im Grunde ist schon viel erreicht, wenn zu verkehrsarmen Zeiten diese Lichtzeichen einfach abgestellt werden.,
15.09.2013 - 14:52	herrmann@k uvasz.de	Es ist schon viel erreicht, wenn in verkehrsarmen Zeiten diese Lichtzeichen einfach abgestellt werden.
23.09.2013 - 23:18	igfb	Hallo Herr Neumeier, Ich habe die Planungen der Sanierung am Kreuzstein die vergangenen Jahren intensiv beobachtet und auch Vorschläge eingebracht. Hierzu einige Erläuterungen: 1. durch den Bau des überfahrbaren Kreisels fällt die dort vorher vorhandene Fußgängerampel weg. Dadurch spart die Stadt die Betriebskosten dieser entfallenen Anlage 2. Die erste Planung sah eine Vollsignalisierung der Kreuzung vor, also eine komplette Ampelanlage. Diese Vorhaben hat die Stadt -unter Mitwirkung einiger Anlieger- zugunsten eines wesentlich preisgünstigeren Kreisels- umplanen lassen. 3. An dieser Kreuzung sind schon viele -auch schon tödlich verlaufene- Unfälle vorgekommen. 4. Durch den zunehmenden Schwerverkehr (Durchgangsverkehr) auf dem Kreuzstein verschärft sich die Verkehrssituation zusehends. Insgesamt scheint ein Kreisel die beste und günstigste Verkehrstechnische Maßnahme zu sein. Über die konkrete Ausgestaltung gehen die Meinungen allerdings auseinander.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Folgende Punkte wurden zum Vorschlag durch die Teilnehmenden diskutiert:

- Thema Ampeln nicht nur auf die Alternative Kreisel prüfen, sondern eine generelle Prüfung sollte vorgenommen werden, ob Ampeln gebraucht würden oder nicht (mit Blick auf Sicherheit, Verkehrsaufkommen, Wartezeiten (Emissionen), usw.).
- Das Thema Kreisverkehre statt Ampeln bzw. Ampelüberprüfung sollte ebenfalls Bestandteil eines Gesamtkonzept sein und dort explizit behandelt werden — vgl. *Vorschlag 3.4 Verkehrskonzept Gesamt Maintal*
- Klärung der tatsächlichen Kostenersparnis bei Um- bzw. Neubau.
- Standorte der Ampelanlagen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen.
- Vorgehensweise: Wenn, dann sollte eine schrittweise Abschaltung von Ampeln erfolgen, also eine vorsichtige Vorgehensweise gerade mit Blick auf Sicherheit (die nach Abschaltung auch nachzuweisen wäre).
- Alternative Maßnahmen sollten überprüft werden wie z.B: ganze Straßenverläufe auf „Rechts-vor links“ umzustellen oder in „Shared spaces“ umzubauen

Hinweise aus der Diskussion:

- Ampeln werden von Verkehrsteilnehmern teilweise ignoriert (Nachtstunden)
- Nicht alle Ampelanlagen fallen in die Zuständigkeit der Stadt Maintal
- Konzept „Radfahrer- und fußgängerfreundliches Maintal“ der RuFF Gruppe (auch hier Verweis auf Vorschlag 3.4) sollte berücksichtigt und in Gesamtüberlegungen mit aufgenommen werden

Fazit: Der Vorschlag dient **X** eher dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag ist rechtlich unbedenklich.

Die Zuständigkeit liegt nicht allein bei der Stadt Maintal, teilweise ist das Land Hessen und der Main-Kinzig-Kreis an der Maßnahme beteiligt. Von den Lichtsignal- und Fußgängerschutzanlagen befinden sich 25 Anlagen im Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal. Weitere 14 Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet im Bereich der Bundes- und Landes- und Kreisstraßen werden durch die Straßenbauverwaltung des Landes Hessen (Hessen Mobil) betreut.

Der Knotenpunkt Kennedystraße/Kesselstädter Straße/Berliner Straße (Aral-Tankstelle), wurde mit GVFG Mitteln geplant und gebaut und darf in den nächsten 15 Jahre nicht geändert werden, sonst müssen die erhaltenen Fördermittel an Land Hessen zurück gezahlt werden. Beteiligte sind das Land Hessen und die Stadt Maintal.

Die Kennedystraße am Ortseingang von Frankfurt kommend an der Ecke vor dem Doorm-Hotel ist Eigentum des Landes Hessen, Umbaumaßnahmen sind nur mit deren Einverständnis und entsprechenden Nachweisen der Funktionsfähigkeit durchzuführen.

Der Standort Berliner Straße/Bahnhofstraße/Brauchbachstraße liegt in der Zuständigkeit der Stadt Maintal

Für alle Maßnahmen sind zunächst Knotenpunktuntersuchungen und Nachweise der Funktionsfähigkeit notwendig. Wenn die Ergebnisse den Umbau zu Kreisverkehrsplätzen bestätigen, können Kreisverkehrsplätze an den Knotenpunkten angeordnet werden. Hierzu müssten konkretere Planungen beauftragt werden.

Die Kosten hierfür sind nicht detailliert zu schätzen. Beispielsweise belaufen sich die Kostenschätzungen von Hessen Mobil aus dem Jahr 2010 für den Kreisverkehr an der L 3195/K 857/Hanauer Straße auf ca. 500.000,- €.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wird im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Gesamt Maintal geprüft und bewertet.

Vorschlag 4.1: Musikräume im Maintalbad

Sehr geehrte Damen und Herren, aufgrund vieler Faktoren ist es sehr schwer für Musiker geeignete Proberäume zu finden. Solche Faktoren sind beispielsweise Lautstärke, Nachbarn, eingeschränkte Zeiten, eingeschränkter Zugang, Sicherheit der Räumlichkeiten sowie fehlende finanzielle Mittel von jungen Nachwuchsmusikern. Aufgrund dieser vielen Faktoren waren wir froh einen geeigneten Raum in Zusammenarbeit mit dem Jugendcafé Milchbar gefunden zu haben. Leider werden diese Räumlichkeiten von der Stadt Maintal anderweitig benötigt und die Existenz des Jugendcafés ist somit nicht haltbar. Unser Vorschlag: Umzug statt Schließung. Die ehemaligen Saunabereiche im Maintalbad bieten dafür die optimalen Voraussetzungen. Durch einen überschaubaren Aufwand können dort Proberäume für mehrere Bands sowie das Jugendcafé erneut eingerichtet werden. Durch den zentralen Standort des Maintalbades ist ein perfekter Treffpunkt für Musiker und Jugendliche gegeben. Bei einer Gewährleistung der Nutzung der Räume über einen längeren Zeitraum sind wir gerne bereit bei dem Umzug und den Renovierungsarbeiten Eigeninitiative zu ergreifen. Dennoch hoffen wir auf finanzielle Unterstützung der Stadt Maintal. Mit freundlichen Grüßen die Band Turbplex und das Milchbarteam

Wichtig für Maintal, weil:

- neue Events mit Livemusik entstehen können (z.B. Konzertnacht im Maintalbad, Maintal Rockz, DJ-Abend im Jugendcafé).
- bereits bestehende Veranstaltungen (wie z.B. Straßenfeste, Pfingstturniere etc.) durch Livemusik schöner gestaltet werden können.
- der Stadt eine Vielfalt an Bands mit unterschiedlichen Musikstilen geboten wird.
- junge Talente gefördert werden.
- ein alternativer Treffpunkt für junge Menschen entsteht.
- Jugendlichen ein soziales Umfeld geschaffen wird.
- durch den Standort Lärmbelästigungen bei Anwohnern ausgeschlossen sind.

Kommentare aus der Internetdiskussion

22.09.2013 - 09:44	anndon	Gut für die Jugend
22.09.2013 - 10:11	Petra	Guten Morgen, das ist eine richtig klasse Idee ! Gerade der Ort bietet sich absolut dafür an. Gute Initiative und lohnenswert darüber nachzudenken. Danke !
22.09.2013 - 11:04	Eyk Seeland	Musik ist etwas Schönes! Musik berührt. Musik bewegt. Musik verbindet. Musik transportiert Emotionen. Musik weckt Empfindungen. Ob als angenehm oder störend empfunden, liegt sicher im Auge des Betrachters, oder besser- im Ohr des Hörenden. Jedoch ist und bleibt sie immer eins: Unverzichtbar! Wie besagt schon ein altes, überliefertes Sprichwort: "Wo man singt, da lass Dich nieder!" Entspräche das nicht der Wahrheit, so wäre es nicht überliefert worden. Doch wo kommt Musik her? Hier meine ich nicht das Radio, den CD Player oder irgendein anderes Wiedergabegerät. Nein! Musik ist, profan ausgedrückt, ein Produkt. Hergestellt von Menschen, die Musik lieben. Das Ergebnis eines Schaffensprozesses, der viele Faktoren in sich vereint. Enthusiasmus, Kreativität, Zielstrebigkeit, Können, konstruktive Gemeinsamkeit. Übrigens alles Attitüden, die geforderte Werte in unserer Gesellschaft sind. Doch so etwas ist nicht einfach da, oder fällt vom Himmel. So etwas muss sich entwickeln. Was sich entwickeln soll, braucht Raum. Spätestens jetzt ist klar, worauf ich hinaus will. Die Sache: Ein Jugend-Treffpunkt und Proberaum für lokale Musikbands wird geschlossen. Ein bestehender Raum, der, wie beschrieben, für die Entwicklung von Kreativität und Gemeinschaftsgefühl notwendig ist, wird einer anderen Bestimmung zugeführt. Eine Alternative wird vom Verfasser des Anliegens bereits vorgeschlagen. Meine Bitte: Es ist eine gute Idee, ein Jugendcafe mit Proberäumen für Bands im ehemaligen Saunabereich des Maintalbades einzurichten. Der Enthusiasmus der Betreiber wäre jedenfalls bereits geweckt und wie zu lesen, ein Umzug mit überschaubarem Aufwand zu bewältigen. Es ist wichtig, Engagement zu fördern. Es ist wichtig, zu zeigen, dass uns die Entwicklung der Jugend am Herzen liegt und ernst genommen wird. Es ist wichtig, den Raum für Kreativität und Gemeinschaft zu haben. Also, was spricht gegen einen Umzug ins Maintalbad? Es wäre ein idealer Platz! Gruss Eyk Seeland
23.09.2013 - 16:14	Redaktion Frank...	Sehr geehrte Frau, sehr geehrter Turbplex, eine erste Überprüfung Ihres Vorschlages hat ergeben, dass dieser in die Zuständigkeit der Stadt Maintal fällt und rechtlich zulässig ist. Die finanzielle Auswirkung hängt vom Standard der Umsetzung ab und ist derzeit nicht zu beziffern. Es ist jedoch davon auszugehen, dass ein Betrag im fünfstelligen Bereich nicht unrealistisch ist. Eine entsprechende Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung wäre erforderlich. Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung
23.09.2013 - 16:23	Tina	Ich finde die Idee auch wirklich gut ! Genau so etwas benötigt die Stadt !
24.09.2013 - 08:06	Turbo	Dieser Kommentar von Eyk Seeland = Daumen hoch. Ich wüsste nicht was noch fehlen sollte oder man irgendwie ergänzen müsste. Wenn man in diesem Forum ein wenig die Augen offenhält kann man viele Vorschläge zusammenlegen bzw. kombinieren. Siehe: http://www.buergerhaushalt-maintal.de/vorschlag/maintalbad-1?origin=B&sort_by=created Leben und Leben lassen ! Es kann so einfach sein. Happiness is so Simple
24.09.2013 - 10:27	Andreas Frölich	Ich finde den Vorschlag grundsätzlich gut und unterstütze ihn. Allerdings sollte man bei der Ortswahl vor einer endgültigen Entscheidung und Umsetzung noch Alternativen erwägen und prüfen: Die ins Auge gefasste Örtlichkeit im Maintalbad könnte, falls das Maintalbad attraktiver gestaltet werden soll, wieder Platz für einen neuen Saunabereich bieten (insbesondere aufgrund der Zugänglichkeit zur Schwimmhalle) - dann müsste wieder ein neuer Probenraum gesucht werden. Wer kennt alternativ geeignete Räume?
24.09.2013 - 11:22	Wolf-Rüdiger Fritz	Über einen entsprechenden Prüfauftrag über eine Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung müsste dies umsetzbar sein.
24.09.2013 - 13:57	Wolfi 66	In Maintal sollte das möglich sein, damit die Jugend gefördert wird und nicht nur auf der Straße chillt.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Grundsätzlich waren die Teilnehmer positiv gestimmt gegenüber einer Integration von Proberäumen für Musiker sowie des Jugendcafés Milchbar in die Saunaräume des Maintalbads.

Es könnte sogar zu Synergieeffekten kommen, da die Besucher des Schwimmbades oder des Jugendcafés die jeweilig andere Einrichtung auch nutzen könnten. Sommerkonzerte und Live-Events könnten die Besucherzahlen des Maintalbades ebenfalls erhöhen.

Zwar wurde die Kombination aus Jugendcafé und Schwimmbad als thematisch unpassend empfunden, aber die Möglichkeit einer räumlichen Trennung beider Einrichtungen (z.B. separate Eingänge) wurde als befriedigende Lösung empfunden. Da es außerdem nur wenige Orte innerhalb Maintals gibt, die den Ansprüchen an Proberäumen genügen, wurde der thematische Bruch hingenommen. Viele Teilnehmer sahen nämlich die Bereitstellung von Treffpunkten für Jugendliche und Kinder als äußerst wichtig an, genauso die kulturelle Bedeutung von Musik. Zwar sollte der Kostenrahmen möglicher Umbaumaßnahmen geprüft und eine Kosten-Nutzen-Rechnung entworfen werden, aber die positiven Effekte eines kulturellen Treffpunkts und der Attraktivitätssteigerung anderer Veranstaltungen wie Straßenfeste mit Live-Musik standen generell im Vordergrund.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Zunächst müsste ermittelt werden, welche Baumaßnahmen notwendig sind, um sicherzustellen, dass die Mindeststandards für folgende Bereiche eingehalten werden:

Nasszellen, Stromversorgung, Schallschutz – nicht zuletzt auch im Maintalbad- , Unfallverhütung, Arbeitsschutz.

Der Sicherheitsstandard der elektrischen Einrichtungen entspricht nicht den aktuellen Anforderungen. Es müssten höchstwahrscheinlich neue Leitungen verlegt und der Sicherungskasten erneuert werden.

Da die Einbauten aus der früheren Nutzung von einem ehemaligen (und veralteten) medizinischen und Sauna- Betrieb vorhanden sind, und daher mit der angestrebten Nutzung nicht übereinstimmen, müssten diese großflächig (darunter auch alte Wasser- bzw. Abwasserleitungen) entfernt werden. Damit würde auch eine andere nutzbare Grundfläche entstehen.

Ein vorhandenes Tauchbecken muss entfernt werden, da durch räumliche Abtrennung Feuchtigkeitsschäden entstehen können.

Die vorhandene Lüftungsanlage muss an den Bedarf angepasst werden und verursacht in jedem Fall hohe Stromkosten.

Wir regen an, ein Nutzungskonzept zu erarbeiten. Auf dieser Basis können dann die notwendigen Sanierungsmaßnahmen definiert und die Kosten beziffert werden.

Aus Sicht der Maintal Beteiligungs GmbH ist zu bedenken:

Da das Maintalbad in Kürze durch die Maintal Beteiligungs GmbH betrieben werden soll, muss diese die genannten Räumlichkeiten zu einem marktüblichen Mietzins an die Stadt Maintal vermieten, dies nicht zuletzt aus beihilferechtlichen aber auch aus wirtschaftlichen Gründen. Dieser Mietpreis ist zu ermitteln. Grundlage für die Ermittlung könnte der marktübliche Mietpreis für Gewerbeflächen sein. Dieser beträgt im Moment ca. 7 € bis 8 € pro m².

Aus Sicht der Kulturverwaltung ist der Vorschlag zu begrüßen, da dadurch das kulturelle Leben in Maintal bereichert wird, die Vielfalt der Angebote kann dadurch gesteigert werden.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Die Verwaltung erarbeitet Vorschläge, wie die Umsetzung aussehen kann, damit die Stadtverordneten eine Grundlage für eine abschließende Entscheidung haben. Über die Ergebnisse wird zeitnah nach den jeweiligen Gremiensitzungen im Internet informiert.

Vorschlag 4.2: Maintalbad erhalten

Bitte erhalten Sie das Maintalbad! (Unterschrift nicht lesbar)

Kommentare aus der Internetdiskussion

30.08.2013 - 12:36	Redaktion Frank...	Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr, der Vorschlag ist rechtlich zulässig und fällt in die Kompetenz der Stadt Maintal. Viele Grüße Frank Krause
15.09.2013 - 14:38	herrmann@kuvasz .de	Wie genau soll das Bad erhalten werden?
18.09.2013 - 11:15	Seppi	Die Vorschläge - Maintalbad erhalten - Arbeitsgruppe zum Maintalbad gründen - Maintalbad abschaffen sollten zu einem Vorschlag zusammengefasst werden über den abgestimmt werden kann
18.09.2013 - 18:08	Moderation LW	Sehr geehrter Seppi, eine Zusammenlegung ähnlicher Vorschläge durch die Moderation/Redaktion ist in der Praxis schwierig umsetzbar. Oftmals unterscheiden sich auch ähnliche Vorschläge in Details und eine Zusammenlegung zugunsten des einen oder des anderen Vorschlags käme immer einer Wertung durch die Moderation/Redaktion gleich. Wir haben uns daher dagegen entschieden und regen die Teilnehmer dazu an, vor der Einstellung eines neuen Vorschlags selbst zu prüfen, ob bereits ein entsprechender Vorschlag eingegangen ist. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Spaß bei der Beteiligung. Beste Grüße Laura Welsch (Moderation)
23.09.2013 - 12:46	paetzelt	Ich hoffe, dass diese Thema in die Endauswahl kommt. Auch hier zeigt sich wieder ein Kernproblem von Maintal: fehlende Individualität/Autonomie der Stadtteile: Viele Bischofsheimer fahren nach Enkheim ins Bad, manche Hochstädter und Wachenbuchener nach Hanau. Für wie viele Maintaler ist das Maintalbad überhaupt wichtig? Die Kosten sind doch beträchtlich. Mein Vorschlag: Privatisieren oder Schließen.
24.09.2013 - 17:20	igfb	Ist das Problem die fehlende Individualität / Autonomie oder doch eher das fehlende Gemeinschaftsgefühl der Maintaler? Wenn die Hochstädter / Bischofsheimer usw. sich als MAINTALER fühlen würden hätten wir viele Konflikte nicht. Die Frage ist auch warum fahren die Bischofsheimer nach Enkheim und die Hochstädter nach Hanau um zu schwimmen...

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Das Maintalbad wird als eine charakteristische Institution der Stadt Maintal gesehen, die die Identifikation mit der Stadt fördert. Als öffentlich zugängliche Einrichtung für alle Alters- und Bevölkerungsschichten wird das Maintalbad darüber hinaus als stark gemeinwohlorientiert angesehen. Es bietet beispielsweise Kinderschwimmkurse, welche von den Teilnehmern als unerlässlich eingeschätzt wurden. Würde das Maintalbad geschlossen werden, wären zu weite Wege für die Kinder zu bestreiten.

Einige Teilnehmer wiesen darauf hin, dass kommunale Bäder stets Zuschussbetriebe sind und auch zukünftig steigende Zuschussleistungen erfordern werden. Damit sollte herausgestellt werden, dass trotz möglicher Attraktivitäts- und Einnahmensteigerungen weiterhin hohe Kosten zur Erhaltung des Maintalbades entstehen werden. Die wahrgenommenen, positiven Effekte in Bezug auf das Gemeinwohl stehen, laut den Teilnehmern, jedoch im Verhältnis zu diesen Kosten.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags

Die Teilnehmer wiesen des Weiteren darauf hin, dass eine Kosten-Nutzen Rechnung aufgestellt werden sollte, um die derzeitige (finanzielle) Situation des Maintalbades besser bewerten zu können. Es wurden Vorschläge vorgebracht um die Attraktivität des Maintalbades zu erhöhen und somit auch das Kosten-Nutzen Verhältnis zu verbessern. Als Beispiel könnte das Konzept des Maintalbades als Schwimmbad um weitere Aspekte erweitert werden (siehe Vorschlag 4.1). Die zugehörigen Außenflächen des Maintalbades könnten außerdem für Sport-Veranstaltungen wie Fußballturniere genutzt werden. Das Maintalbad liegt in einer günstigen, zentralen Lage, weswegen ein weiteres Nutzungskonzept oder Einzelveranstaltungen auf dem Gelände des Maintalbades wahrscheinlich eine positive Besucherresonanz finden würden.

Ein weiterer Hinweis war die mögliche Veränderung der Preispolitik. Wenn mehr im Maintalbad angeboten wird, dann wäre auch ein höherer Preis gerechtfertigt. Einschränkend wurde aber die Funktion des Maintalbades als öffentliche Einrichtung mit bezahlbaren Preisen betont.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Es wird auf die Stellungnahme in der Internetdiskussion verwiesen (siehe oben).

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 24.02.2014 beschlossen.

Vorschlag 4.3: Neue Arbeitsgruppe für das Schwimmbad gründen, die aus Bürgern/innen besteht

Ziel: Attraktivität des Schwimmbades erhöhen, um höhere Besucherzahlen zu erreichen und so den jährlichen Verlust zu verringern. Zusammensetzung der Gruppe: Badbenutzer und sonstige interessierte Maintaler/innen. Arbeitsgrundlagen: aktuelle Besucher- und Einnahmenstatistik, Untersuchungsergebnisse und Handlungsempfehlung der vorliegenden Beraterstudie, Handlungsempfehlungen der bisherigen Arbeitsgruppe Schwimmbad. Kostenschätzung: wenn die zu erarbeitenden Vorschläge Ausgaben nach sich ziehen, müssen diese durch zu erwartende Mehreinnahmen gedeckt sein.

Wichtig für Maintal, weil:

Die Bürger/innen Maintals ihr Schwimmbad erhalten und verbessern wollen

Kommentare aus der Internetdiskussion

07.09.2013 - 12:44	Dirk Kirchmann	Ich finde den Vorschlag gut, weil die Stadtverwaltung Ihre Aufmerksamkeit zumindest tendenziell anderen Themen widmen dürfte, weil die Verluste aus dem Schwimmbad jetzt so schön mit dem Gewinn der MWG ausgeglichen werden können bzw. sollen. Wichtig wäre mir, dass die Arbeitsgruppe nicht nur mit Senioren (und Seniorinnen) im Rentenalter besetzt wird: Es sollten auch Vertreter des Vereinssports (wenn es solchen im Maintalbad gibt), Schüler, Jugendliche und (junge) Familien vertreten sein.
07.09.2013 - 20:39	lionshugo	Der Erhalt des Schwimmbades ist wichtig, damit alle Kinder in Maintal im Rahmen des Schulsports Schwimmen lernen können. Das ist besonders wichtig, wenn es in Zukunft immer mehr Ganztagschulen gibt.
08.09.2013 - 09:15	Klaus Klee	Der Fokus sollte auf dem Preis-/Leistungsverhältnis liegen, wobei sich die erforderliche Leistung an den Bedürfnissen der Bürger orientieren sollte. Vor allen Dingen erscheint es mir wichtig, dass das Angebot allen Altersgruppen gerecht werden muss. Reine Spaßbäder gibt es genug in unserer Region. Wir sollten uns auf die Grundfunktionen eines Bades im Sinne der gesundheitlichen Ertüchtigung und des Schwimmen lernens konzentrieren. Mehr Flexibilität bei der Sommer/Winter- und Winter/Sommerumstellung mit Hallenbadnutzung, vernünftigeren Wartungs- und Reparaturzeiträumen sowie weniger Schließungen aus innerbetrieblichen Gründen würden bereits die Attraktivität erhöhen. Wenn zu einer passgenauen Leistung auch noch die Preisangebote angemessen wären, wäre ein erstes Ziel erreicht. Dass ein Schwimmbad ausschließlich durch Eintrittsgelder betrieben werden kann, ist nirgendwo der Fall und die reinen Erlebnisbäder für gehobene Ansprüche sind auf eine spezielle Klientel abgestimmt, die man nicht mit den Durchschnittsbedürfnissen der Einwohnerschaft einer Stadt vergleichen kann.
09.09.2013 - 17:13	Redaktion Frank...	Sehr geehrter Herr Eimer, Ihr Vorschlag fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich zulässig. Die Entscheidung über die Bildung der Arbeitsgruppe obliegt der Stadtverordnetenversammlung. Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung
15.09.2013 - 14:25	herrmann@ kuvasz.de	Siehe Kommentar der Verwaltung.
17.09.2013 - 10:29	Wolf- Rüdiger Fritz	Wir hatten oder haben noch einen Schwimmbadbeirat mit "sachkundigen" Bürgern.
17.09.2013 - 19:06	igfb	Das ist der richtige Weg!! Nur durch die Steigerung der Attraktivität können mehr Einnahmen generiert und das Defizit verringert werden. Wenn es eine AG geben sollte werden wir uns aktiv beteiligen!
24.09.2013 - 12:30	Tron	Wenn sich bei dem Thema endlich wieder was bewegt ist das nur zu begrüßen.
24.09.2013 - 12:30	Tron	Wer überprüft denn deren Sachkunde?
24.09.2013 - 21:41	igfb	Der Schwimmbadbeirat besteht aus der Stadtverwaltung (vertreten durch Herrn Rohrbach), Vertretern der Parteien, Vertretern des Personals und interessierten, engagierten Bürgern. Die "Sachkunde" ist somit durchaus gegeben, in den meisten Fällen genügt der gesunde Menschenverstand. Eine Überprüfung durch Fachleute (gibt es die?) würde nur noch mehr Geld kosten das an anderer Stelle fehlt.

Vorschlag 4.3: Neue Arbeitsgruppe für das Schwimmbad gründen, die aus Bürgern/innen besteht

17.10.2013 - 12:07	Redaktion OM	Da im vorigen Vorschlag 4.2 bereits für die Erhaltung des Maintalbades gestimmt wurde, bezogen die Teilnehmer die oben genannten Argumente für das Gemeinwohl auch auf diesen Vorschlag. Was besonders betont wurde, war der Fokus auf die Beteiligung von Bürgern in der Arbeitsgruppe. Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags Ebenfalls wurde stark darauf hingewiesen, dass ein konkreter Arbeitsauftrag für die Arbeitsgruppe formuliert werden muss. So sollen konkrete Arbeitsergebnisse gesichert werden. Die Gruppe soll neben Bürgern darüber hinaus auch aus Fachleuten bestehen, die die Bürger unterstützen. Beispiele von anderen kommunalen Bädern sollten in der Arbeitsgruppe als Orientierung herangezogen werden. Außerdem sind Kooperationsmodelle, z.B. mit Trägervereinen zu prüfen oder auch der Verbund mit Unternehmen, z.B. Fraport, Norma, Drillisch, usw. Vereinskontakte sollten gesucht und gepflegt werden. Diese Ergänzungen sind nicht erschöpfend. Weitere Ideen sind gewünscht!
-----------------------	-----------------	---

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Da im vorigen Vorschlag 4.2 bereits für die Erhaltung des Maintalbades gestimmt wurde, bezogen die Teilnehmer die oben genannten Argumente für das Gemeinwohl auch auf diesen Vorschlag. Was besonders betont wurde, war der Fokus auf die Beteiligung von Bürgern in der Arbeitsgruppe.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags

Ebenfalls wurde stark darauf hingewiesen, dass ein konkreter Arbeitsauftrag für die Arbeitsgruppe formuliert werden muss. So sollen konkrete Arbeitsergebnisse gesichert werden. Die Gruppe soll neben Bürgern darüber hinaus auch aus Fachleuten bestehen, die die Bürger unterstützen. Beispiele von anderen kommunalen Bädern sollten in der Arbeitsgruppe als Orientierung herangezogen werden. Außerdem sind Kooperationsmodelle, z.B. mit Trägervereinen zu prüfen oder auch der Verbund mit Unternehmen, z.B. Fraport, Norma, Drillisch, usw. Vereinskontakte sollten gesucht und gepflegt werden.

Diese Ergänzungen sind nicht erschöpfend. Weitere Ideen sind gewünscht!

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Vorschlag 4.3: Neue Arbeitsgruppe für das Schwimmbad gründen, die aus Bürgern/innen besteht

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich zulässig. Die Entscheidung über die Bildung der Arbeitsgruppe obliegt der Stadtverordnetenversammlung.

Es wird ausdrücklich auf die Protokollnotizen aus der Gemeinwohlveranstaltung hingewiesen:

- Konkreter Arbeitsauftrag der AG,
- Fachleute und Bürger in die AG,
- Konkrete Beispiele anderer kommunaler Schwimmbäder mit einbeziehen, Kooperationsmodelle prüfen (Trägervereine...),
- Veranstaltungsplanung,
- Verbund mit Unternehmen z.B. Fraport, Norma, Drillisch, usw.,
- Vereinskontakte suchen und pflegen,
- Weitere Ideen sind gewünscht!

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2013 beschlossen. Die Vorschläge werden derzeit von der Stadtverwaltung umgesetzt. Über die Ergebnisse der Umsetzung wird auf www.buergerhaushalt-maintal.de fortlaufend berichtet.

Vorschlag 4.4: Öffnungszeiten und Themenabende im Maintalbad

Schön, dass wir ein Bad haben in Maintal! Ich würde es begrüßen, wenn die Öffnungszeiten am Sonntag verlängert werden. Gerade sonntags haben viele Menschen und Familien Zeit, die gute im Bad verbracht werden können. Um die Attraktivität des Bads zu steigern könnten Themenabende veranstaltet werden, wie z.B. Moonlight Swimming, karibischer Abend o.ä. Mit solchen Aktionen haben wir in meiner Heimatstadt sehr gute Erfahrungen gemacht und die Attraktivität deutlich gesteigert. Darüber hinaus könnten im Rahmen von einer Familienbadestunde große Wassergeräte zur Verfügung gestellt werden.

Wichtig für Maintal, weil:

...ein verlängerter Sonntag die Bürgerzufriedenheit erhöht und Potential hat, den Umsatz zu steigern.

Kommentare aus der Internetdiskussion

21.09.2013 - 10:11	kantoli	Baden ganze Jahr
21.09.2013 - 14:54	herrmann@kuvasz.de	Wenn die Eintrittspreise des Bades in ihrer Höhe die gesamten Kosten abdecken, kann man diese beschriebene Maßnahme durchführen.
23.09.2013 - 09:52	Redaktion Frank...	Sehr geehrte Frau, sehr geehrter Herr kantoli, Ihr Vorschlag fällt in die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich zulässig. Durch die Parallelöffnung von Hallenbad und Freibad müssen der Aufsichtsdienst und der Reinigungsdienst erheblich verstärkt werden. Dadurch steigen die Kosten für den Betrieb des Maintalbades - und damit das Defizit - weiter an. Ob diese Mehrkosten durch einen höheren Besucherzuspruch ausgeglichen werden können, ist zumindest zweifelhaft. Viele Grüße Frank KrauseFB Hauptverwaltung
23.09.2013 - 16:30	Redaktion Frank...	Sehr geehrte Frau, sehr geehrter Herr SH, Ihr Vorschlag fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal und ist rechtlich zulässig. Durch die Verlängerung der Öffnungszeiten an Sonntagen würden die benötigten Personalstunden für Badeaufsichts- und Reinigungspersonal steigen. Auch die vorgeschlagenen Themenabende wären zu finanzieren. Dadurch würden die Kosten für den Betrieb des Maintalbades - und damit das Defizit - weiter ansteigen. Ob der größere Besucherzuspruch die Mehrkosten ausgleichen würde, bliebe abzuwarten. Viele Grüße Frank KrauseFB Hauptverwaltung
24.09.2013 - 16:14	Gert Eimer	Der Vorschlag könnte von einer hier auch vorgeschlagenen Gruppe von Bürgern, die die sich um Attraktivitätsverbesserung kümmern soll, aufgenommen werden.
24.09.2013 - 21:34	Walzer22	zu einem familienfreundlichen Maintal auch Schwimmbadzeiten gehören, zu denen Familien Zeit haben.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Generell sollten, laut den Teilnehmern, die Öffnungszeiten des Maintalbades eher an die Benutzerbedürfnisse angepasst werden, z.B. an die von berufstätigen Bürgern oder Familien. Damit könnte sich eine bessere Auslastung des Maintalbades ergeben.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags

Man könnte ein Modellprojekt starten – ein Jahr lang werden die Öffnungszeiten des Maintalbades an den Sonntagen verlängert. Über die Zeit wird eine Statistik angefertigt, die die Effekte dieser Maßnahme aufzeichnet. Saisonbedingte Wirkungen stechen durch die lange Dauer des Projektes nicht hervor, sondern können über den Zeitverlauf beobachtet werden. Dabei ist eine Kosten-Nutzen Analyse anzufertigen, die die vermehrten Kosten (z.B. Personal) mit der möglichen Mehrauslastung des Bades darstellt und gegeneinander abwägt.

Neben verlängerten Öffnungszeiten am Sonntag wurde auch eine frühere Öffnung des Maintalbades, beispielsweise um 6 Uhr diskutiert (aber auch nur an einem bestimmten Wochentag). So hätten Berufstätige eher die Chance das Bad zu nutzen. Da das Maintalbad jedoch nur Tagesstatistiken führt und keine stündlichen Auslastungen aufzeichnet, ist eine Festlegung einer verfrühten Öffnung auf einen bestimmten Wochentag schwer zu tätigen.

Auch bei diesem Vorschlag wurde insgesamt auf eine Konzepterweiterung und Geländenutzung des Maintalbades hingewiesen. Man könnte sonntags auch Themenabende anbieten, die in Kooperation mit Vereinen, Firmen, Freizeitgruppen und anderen Kommunen stattfinden. So könnte der Sonntag für Besucher attraktiver werden. Generell wurde auch die Kooperation mit anderen Kommunen angesprochen.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal und ist rechtlich zulässig. Durch die Verlängerung der Öffnungszeiten an Sonntagen würden die benötigten Personalstunden für Badeaufsichts- und Reinigungspersonal steigen. Auch die vorgeschlagenen Themenabende wären zu finanzieren. Dadurch würden die Kosten für den Betrieb des Maintalbades - und damit das Defizit - weiter ansteigen. Ob der größere Besucherzuspruch die Mehrkosten ausgleichen würde, bliebe abzuwarten. Diese Frage sollte in der zu gründenden AG Maintalbad erörtert werden.

In Hinblick auf die Übernahme des Maintalbades durch die Maintal Beteiligungs GmbH möchten wir noch folgenden Hinweis geben:

Alle Aktivitäten und Veranstaltungen, die nicht mit dem originären Badebetrieb in Zusammenhang stehen, müssen zwingend verlustfrei gestaltet werden, da die Stadt Maintal dafür aus EU-beihilferechtlichen Gründen keine Zuschüsse an die MBG zahlen darf, auch eine Querfinanzierung über die Maintal Werke GmbH ist beihilferechtlich unzulässig. Daher müsste in diesen Fällen die Stadt Maintal als Veranstalterin auftreten und die Angebote auf eigene Rechnung durchführen.

Für eine Öffnungszeitenenerweiterung – wie sie in der Gemeinwohlveranstaltung diskutiert wurde - dienstags und freitags ab 6.00 Uhr und eine Verlängerung am Sonntag auf 18.00 Uhr (mithin eine Erhöhung um 8,5 Std. zusätzliche Öffnungszeiten pro Woche) werden folgende Personalstunden benötigt:

Wasseraufsicht als Schichtführer: 9,0 Stunden

Servicekraft für Hygiene, Kasse und Information: 11,5 Stunden

Daraus ergeben sich folgende zusätzliche Personalkosten:

Pro Woche: 437,25 €

Pro Jahr: 14.429,25 € (Grundlage 33 Wochen Wintersaison)

Um diese zusätzlichen Kosten zu decken, würden 6.711 zusätzliche Besucherinnen bzw. Besucher benötigt (bei einem durchschnittlichen Umsatz pro Besucher i.H.v. 2,15 €), mithin 24 zusätzliche Besucherinnen bzw. Besucher pro zusätzlicher Öffnungsstunde.

Eine Steigerung der Energiekosten durch den zusätzlichen Badebetrieb oder zusätzliche Kosten, die durch weitere Animationsmaßnahmen entstehen werden, sind nicht eingerechnet. Diese lassen sich derzeit nicht beziffern.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung mit Stimmgleichheit abgelehnt.

Begründung: Eine Erweiterung der Öffnungszeiten wurde aus Kostengründen abgelehnt. Eine Verschiebung der Öffnungszeiten ist vorstellbar. Hierüber soll die neuzugründende Projektgruppe Maintalbad beraten.

Vorschlag 4.5: Erhöhung der Bahnsteige am Bahnhof Maintal Ost

Erhebliche Unfallgefahr wg. zu hoher Ein/Austritte in/aus Waggonen. Zahlreiche Artikel/Leserbriefe seit Jahren belegen Vorfälle an Bahnsteigen. Viele ältere u. behinderte Passagiere, Reisende mit größerem Gepäck, Kinderwagen, Fahrrad usw. können Bahn nicht benutzen. Auch für unsportliche "Normalreisende" eine Gefahrenquelle. Lösung: Bahnsteigaufhöhung über 40,5m, 2 Waggonlängen (4 Türen) mit Spezialmodulen. Rest des Bahnsteigs weiterhin für übrige Waggonen oder niedrigflurige Wagen nutzbar. Bauzeit: 4Tage pro Bahnsteig Selbst wenn "Nordmainische" kommt und Problem beseitigt, dauert das noch mindestens 6 Jahre.

Gesamtkosten: Ca. 76.000 Euro Bedeutet für Zeitraum 6 Jahre: Pro Jahr 12.666 oder Pro Bürger pro Jahr 0,33 EU.

2 umfangreiche Präsentationen mit allen technischen Details der Behelfsstege und Einsatzbeispielen deutschlandweit wurden dem 1. Stadtrat zugeleitet und sind über "buergerhaushalt-maintal.de" erhältlich. Der Magistrat ist aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bahn AG, dem RMV und möglichen Sponsoren eine Kostenreduzierung/teilung zu erzielen.

Wichtig für Maintal, weil:

Die Sicherheit für Maintaler Bahnreisende erhöht wird. Unfälle vermieden werden. Auch solche Bürger wieder mit der Bahn fahren können, denen dies aufgrund der hohen Ein/Ausstiege derzeit unmöglich ist.

Kommentare aus der Internetdiskussion

27.08.2013 - 21:45	Andreas Frölich	Entscheidend ist, dass Bahnsteighöhe und FahrezugEinstieg aufeinander angepasst sind. Bis zur endgültigen Entscheidung über die zukünftige Gestaltung des Betriebs auf der nordmainischen Strecke (S-Bahn ja/nein) sollte über den RMV eine Übergangslösung eingefordert werden. Parallel / alternativ zur teilweisen Bahnsteigerhöhung sollte der kurzfristige Einsatz anderer Fahrzeuge mit niedrigerem Einstieg gefordert werden. Ggf. lassen sich die o. g. Kosten für die Stadt Maintal sparen.
02.09.2013 - 11:59	Redaktion Jörg Wuff	Hallo Herr Kegelmann, eine erste Einschätzung Ihres Vorschlags hat ergeben, dass :er rechtlich unbedenklich ist, die Zuständigkeit bei der Deutschen Bahn liegt, hier müsste eine einvernehmliche Regelung erfolgen, die Kosten der Maßnahme nochmals überprüft werden müssen und gegebenenfalls um eine Lösung für den Bahnhof Maintal West ergänzt werden. Vielen Dank und freundliche Grüße Jörg Wuff, i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt
04.09.2013 - 12:20	Lothar Kegelmann	Hallo Herr Wuff, danke für Ihren Kommentar. Die vergleichbare Einstiegs/Ausstiegshöhe in Maintal West ist 10 cm niedriger als in Maintal Ost. (37 cm anstatt 47 cm). Zahl der Passagiere geringer. Daher meine Priorität zunächst für Maintal Ost. Mit freundlichen Grüßen Lothar Kegelmann
11.09.2013 - 20:27	Zappafan	Das wurde schon vor vielen Jahren von der lokalen Agenda in Maintal vorgeschlagen. Es gab dafür auch Beispielfotos aus der Schweiz wo an der Bahnsteigkante eine Erhöhung geschaffen wurde so dass die Fahrgäste besser in den Zug gelangen können.
15.09.2013 - 14:57	herrmann@kuvasz.de	Siehe Kommentar der Verwaltung.
19.09.2013 - 09:37	anneliese.rackow	Kein Kommentar !

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Es wurde als unhaltbarer Zustand charakterisiert, dass beispielsweise Rollstuhlfahrer oder Eltern mit Kinderwagen keinen barrierefreien Zugang allein zum Bahnhof haben (geschweige denn den einfahrenden Zügen). Eine gemeinschaftliche Teilhabe an öffentlicher Mobilität war ein entscheidender Faktor bei der Diskussion.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags

Es wurde diskutiert, ob dieser Vorschlag tatsächlich in den Verantwortungsbereich der Stadt Maintal fällt und hier nicht eher die Deutsche Bahn in der Verantwortung steht. Die Gemeinwohlkriterien sollten eher von der Deutschen Bahn bewertet werden. Ein alternativer Vorschlag waren außerdem mobile Rampen.

Das Votum „für das Gemeinwohl“ steht ausdrücklich unter der Bedingung, dass die Stadt Maintal für die Barrierefreiheit des Bahnhofs Maintal Ost nicht finanziell aufkommen muss, sondern Druck auf die Deutsche Bahn zur Erfüllung dieser Aufgabe ausüben soll!

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Realisierung dieses Vorschlages liegt nicht in der Zuständigkeit der Stadt Maintal, sondern der Deutschen Bahn AG. Da für Maintal nachwievor der Ausbau der Nordmainischen S-Bahn geplant ist, wird einer Investition in die Maintaler Bahnhöfe seitens der DB AG keine Priorität eingeräumt. Auch die Genehmigung für eine solche Maßnahme müsste durch die DB AG erfolgen. Dies vorausgesetzt müssten die Kosten in Höhe von voraussichtlich 75.000,-€ allerdings durch die Stadt Maintal getragen werden.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Die Verwaltung erarbeitet Vorschläge, wie die Umsetzung aussehen kann, damit die Stadtverordneten eine Grundlage für eine abschließende Entscheidung haben. Über die Ergebnisse wird zeitnah nach den jeweiligen Gremiensitzungen im Internet informiert.

Vorschlag 5.1: Sanierung des Rathauses in Hochstadt und geplanter Neubau

Das Rathaus in Hochstadt wird mit allen Mitteln schlecht geredet und ein kompletter Neubau in der "neuen Mitte" ins Spiel gebracht. Danach soll dann das Rathaus abgerissen werden um dort eine Wohnbebauung zu ermöglichen. Bei diesem Vorgehen ist mit einem neuen Minusgeschäft für die Stadt zu rechnen, siehe Kalkulationen für das ehemalige Rathaus in Bischofsheim! Viel besser wäre es, ein reines Wohngebiet in der "neuen Mitte" zu entwickeln und die Erträge aus der Umwandlung des dortigen Ackerlandes in Bauland direkt in die Infrastruktur zu investieren (siehe meinen Vorschlag von heute). Bei der Sanierung des derzeitigen Rathauses ist zu beachten, dass der dortige "Neubau" noch nicht allzu alt ist und nach dem Stand der Bauvorschriften errichtet wurde. Die Sanierung würde sich in erster Linie auf den "Altbau" beziehen. Nach Auskunft der Stadt wären ca. 44 Arbeitsplätze betroffen. Nach üblichen Kalkulationen würden für diese Arbeitsplätze ca. 660 qm benötigt werden. Dieser Flächenbedarf lässt sich auf dem vorhandenen Gelände dadurch realisieren, dass der derzeitige Parkplatz (zum Röderberg hin) mit einem 2-geschossigen Neubau bebaut würde. Hier ließen sich durchaus ca. 800 qm Bürofläche realisieren, wenn gleichzeitig die Parkflächen in das Untergeschoß verlegt würden. Nach der Errichtung des Neubaus könnte die Verwaltung ohne teure Zwischenlösung umziehen. Der Altbau könnte für eine Cafeteria und/oder auch für Archivräume genutzt werden. Es würden die Abbruchkosten gespart.

Kommentare aus der Internetdiskussion

21.09.2013 - 15:56	herrmann@kuvasz.de	Dieser Vorschlag beinhaltet ein Geschäftsmodell, dessen Stärken und Schwächen zuerst geprüft werden müssen. Danach kann man die Güte des Vorschlages bewerten.
22.09.2013 - 23:27	Ernst J. Neumeier	Hallo Herr Kuvasz, was meinen Sie mit einem "Geschäftsmodell" ? Mein Vorschlag zielt alleine darauf ab, unnötige Aufwendungen zu vermeiden. In der Diskussion um ein neues Rathaus geht es doch darum, dass die Stadtverordneten auf ein komplett neues Rathaus in einer noch nicht näher definierten " neuen Mitte" errichtet werden soll. Dabei ist der jetzige Neubau des Rathauses gerade erst 22 Jahre alt! Auch wenn es noch einige Jahre bis zu einem Neubau dauern sollte, wäre er noch nicht als "altes Eisen" zu bezeichnen. Auch gilt es zu vermeiden, dass sich der Magistrat hier ein Denkmal errichten möchte. Dies gilt rein sachlich zumindest solange, wie die Stadt ihre Finanzprobleme nicht beseitigt hat. Oder sind Sie etwa auch für eine nochmalige Grundsteuererhöhung? Mit freundlichem Gruß Ernst Neumeier
24.09.2013 - 18:40	Anne130850	Wenn gespart werden soll in Maintal, dann gilt das auch für die Stadtverordneten - oder???? Ich denke nicht, daß hier schon wieder ein neues Rathaus gebaut werden muß. Wenn der Platz nicht reicht, dann baut das jetzige um - in evtl. kleinere Büros. Das müßte doch reichen!!!! Hier sollten auch mal kleinere Brötchen gebacken werden, nicht nur immer bei den Bürgern.
27.09.2013 - 09:16	Redaktion Jörg Wuff	Sehr geehrter Herr Neumeier, Ihr Vorschlag liegt bei der Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich unbedenklich bei Einhaltung aller baulichen und bauordnungsrechtlichen Vorschriften. Die personellen und finanziellen Auswirkungen können nicht beziffert werden. Folgende Punkte möchten wir von Seiten der Verwaltung noch anmerken: Nach Ihrem Vorschlag bleibt die Sanierungsnotwendigkeit des Altbaus weiter bestehen. Bei der Errichtung eines Neubaus auf dem Parkplatz würde die Parkfläche fast vollständig überbaut. Die erforderliche Tiefgarage ist sehr kostenintensiv beim Bau sowie bei Unterhaltung und Kontrolle. Zu befürchten ist, dass die Tiefgarage schlecht angenommen wird und der Parkdruck in der Umgebung des Rathauses zunimmt. Mit dem heutigen Bestandsbau, dem Altbau und einem Neubau auf dem Parkplatz würde ein Rathauskomplex entstehen, der in dieser Größe nicht benötigt wird. Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuff i.A. des Fachdienstes Gebäudeverwaltung

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde indirekt entlang des Kriteriums „Haushaltskonsolidierung“ diskutiert. Die Gruppe konnte den Vorschlag nicht eindeutig im Bezug auf das Gemeinwohl bewerten, da einige darin auftauchende Informationen in dieser Form nicht so angedacht sind. Somit wurde der Vorschlag anschließend auf Grundlage der zusätzlichen Hinweise der Verwaltung erörtert. Die Gruppe stellte dabei fest, dass der Vorschlag in dieser Form nicht dem Gemeinwohl diene. In den aktuellen Planungen der Stadt (s. u. Sanierung und Zentralisierung) erkannte die Gruppe hingegen eine Gemeinwohlorientierung.

Kriterium „Haushaltskonsolidierung“:

Die Gruppe erörterte indirekt, dass durch die Zentralisierung der Verwaltung Ausgaben der Stadt eingespart werden könnten, was wiederum positiv für die Allgemeinheit sei.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags

Hinweis der Verwaltung: Der Altbau des Rathauses soll saniert werden (z.B. energetisch), während der jetzige Neubau erhalten bleibt. Im Rathaus sollen schließlich alle Ämter der Stadt Maintal zusammengezogen werden (Zentralisierung), da aktuell bestimmte Stellen der Verwaltung nicht im Rathaus in Hochstadt sind. Dies führt zu einer effizienteren Raumnutzung und einer Mietkosteneinsparung von rund 65.000€. Nach Vergleich der Kostenkalkulationen zu den einzelnen Planungsvarianten hat sich diese Lösung als kostengünstigste Variante herausgestellt.

Hieran schloss sich der Hinweis eines Gruppenmitglieds an, dass diese Variante keine Dauerlösung sein könne, da die Anforderungen an die Verwaltung in Zukunft wachsen würden und sie sich deswegen vergrößern müsse. Dadurch werde erneut die Frage nach Verfügbarkeit von Büroräumen und Parkplätzen aufkommen.

Andere Gruppenmitglieder betonten, dass eine Zentralisierung nicht gut für die Identität der einzelnen Stadtteile sei. Bestimmte Ämter sollten somit aus politischen Gründen weiterhin im Stadtgebiet verteilt sein. Im Gegensatz dazu hob ein anderer Teil der Gruppe hervor, dass mit einer Zentralisierung Maintal mehr zusammenwachsen würde (Integration der Stadtteile) und der Bürger dadurch nur einen Weg für alle Behördengängen hätte.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag war in ähnlicher Form im Entwurf des Haushaltes 2013 enthalten und wurde per Stadtverordnetenbeschluss gestrichen.

Die verschiedenen Realisierungsvarianten wurden hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit untersucht. Dabei hat sich herausgestellt, dass dadurch bis zu 21.000,-Euro jährlich gespart werden könnten.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Beschlussvorschlag abgelehnt.

Begründung: Der Beschlussvorschlag widerspricht der aktuellen Beschlusslage (28 b II) der Stadtverordnetenversammlung.

28 b II SPD Seite 6.15,

Produkt 60101 Stadtentwicklung, Neues Investitionsobjekt

Hier: Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zum FDP Antrag Nr. 28 a

(Hinweis des Büro der Gremien: Ergänzungen bzw. Streichungen in fett)

Der Antrag der FDP wird wie folgt geändert:

Es wird ein neues Investitionsprojekt „Entwicklung städtische Infrastruktur“ eingeführt mit einem Ansatz von 75.000 € in 2013 und 125.000 € in 2014. Es wird eine Verpflichtungsermächtigung von 75.000 € erteilt. Die Leistungsbeschreibung zu diesem Investitionsprojekt lautet wie folgt:

„Es wird eine Planung der städtischen Infrastruktur aufgestellt, die die langfristige Entwicklung der kommunalen Liegenschaften berücksichtigt. Diese Planung soll sowohl die Gesamtentwicklung Maintals als auch der Stadtteile berücksichtigen **und ein entsprechende Handlungsempfehlungen beinhalten. Hierfür wird eine Zusammenarbeit mit der TU Darmstadt/Fachbereich Raumplanung und Stadtentwicklung im Rahmen eines studentischen Projekts angestrebt.** Die Planung wird mit einer intensiven Bürgerbeteiligung durchgeführt, vorzugsweise im Rahmen des Stadtleitbildprozesses. **Bisherige Ergebnisse der unterschiedlichen Arbeitsgruppen des Stadtleitbildprozesses sind bei den Planungen zu integrieren.** Gegenstand der Planung sollen insbesondere folgende Fragen sein:

- Entwicklung der Areale um die künftigen S-Bahnhöfe Maintal-West und Maintal-Ost
- **Anpassung des städtischen ÖPNV-Angebotes, Bau eines P+R Parkhauses**
- Konzeption für die Ansiedlung der städtischen Verwaltung an einem gemeinsamen Standort, **Prüfung der Eingliederung städtischer Gebäude in der Neckarstraße, DRK, u.ä.**
- Entwicklung der Sportinfrastruktur in Dörnigheim unter Berücksichtigung des Areals um das Maintalbad oder **anderer geeigneter Standorte in Dörnigheimer Gebiet** und der Verwertung frei werdender Flächen bestehender Sportstätten
- Entwicklung einer Konzeption für ein überörtlich vermarktbares Kultur- und Veranstaltungszentrum unter Berücksichtigung Einbindung bestehender Einzelplanungen für

die Entwicklung der einzelnen Ortsteile

- **Integration privater Nutzungsf lächen für bspw. Wohnen, Gewerbe, Büro, Gastronomie, etc.**
- **Prüfung möglicher Förderungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung**
- Erstellen eines – langfristigen – Realisierungszeit- und Finanzierungsplans zur Umsetzung der entwickelten Planung Über den Planungsfortschritt wird halbjährlich **im Haupt- und Finanzausschuss, sowie** im Bauausschuss berichtet. **Ein Zwischenbericht erfolgt in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11.11. 2013.**

Im Hinblick auf die Finanzierung wird der Magistrat beauftragt ein tragfähiges Finanzierungskonzept zu erarbeiten. Bis zum Vorliegen der Ergebnisse dieser Planung und der Beschlussfassung hierüber werden keine neuen Einzelplanungen in Angriff genommen. Die Mittel werden gesperrt und nach Vorlage des Planungskonzeptes durch die HuFiA freigegeben.“

Vorschlag 5.2: Mögliche Kostenreduzierung beim geplanten Um- oder Neubau des Anbaues des Rathauses in der Größenordnung bis zu über €300.000 pro Jahr/ Nutzen des 100%tigen oder teilweise Arbeiten von Zuhause/ Gemeinsam genutzter Schreibtisch im Rathaus

Je nach Variante gilt es, bis 48 Mitarbeiter für die Dauer der Bauzeit in anderen Räumlichkeiten unterzubringen. In der Verwaltung Maintals arbeiten Mitarbeiter in einem Arbeitsplatz Zuhause. Man kann während der geplanten Bauphase versuchen, die anfallenden Mietkosten und die Belastung der Mitarbeiter mindern. Es gilt zu prüfen, ob teilweise von Zuhause und/oder an einem von mehreren Personen genutzten Schreibtisches, zeitlich versetzt gearbeitet werden kann. Beispiel: Gewöhnlich muss ein konventioneller Büroarbeitsplatz mit Kosten in der Größenordnung von €12000 pro Jahr veranschlagt werden. Die Kosten eines Home Office liegen in der Größenordnung von €5000. Daraus ergibt sich eine mögliche Einsparung von €7000 per Arbeitsplatz und Jahr. Für (theoretisch) 48 Arbeitsplätze sind das €336.000 pro Jahr. Der gemeinsame Schreibtisch ist mit Bürostuhl, Telefon, kompletten PC und Anschlüssen für das Notebook ausgestattet. Die persönlichen Sachen des Mitarbeiters sind in abschließbaren Rollschränken gelagert, die im Bedarfsfall an den Tisch gerollt werden. So kann eine Verdichtung der vorhandenen Bürofläche nicht nur als Provisorium, sondern langfristig als kostensparende Methode genutzt werden. In den Unternehmen, die mit diesen 3 Alternativen wirtschaften, konnten erfreuliche Kosteneinsparungen realisiert werden. Auch geplante Neubauprojekte wurden durch diese Maßnahmen ersatzlos gestrichen.

Wichtig für Maintal, weil:

„Stuttgart 21, Elbphilharmonie, Neubau des Berliner Flughafens Willy Brand & Investitionsdesaster der ThyssenKrupp AG in Brasilien und den USA“ Diese Überschriften führen zwangsläufig zu der bangen Frage, wie realistisch die Investitionen im Fall des Anbaues ermittelt wurden. Ist es mit Hilfe dieses Vorschlages vielleicht möglich, eine solche Baumaßnahme gar nicht erst durchführen zu müssen? Dann vermeidet man die Gefahr der brachialen Kostensteigerung und schont das arg angegriffene Eigenkapital Maintals.

Vorschlag 5.2: Mögliche Kostenreduzierung beim geplanten Um- oder Neubau des Anbaues des Rathauses in der Größenordnung bis zu über €300.000 pro Jahr/ Nutzen des 100%tigen oder teilweise Arbeiten von Zuhause/ Gemeinsam genutzter Schreibtisch im Rathaus

Kommentare aus der Internetdiskussion

17.09.2013 - 11:42	Klaus Klee	Innovativer Vorschlag, der schon in vielen Firmen erfolgreich umgesetzt wird.
17.09.2013 - 12:20	herrmann@kuvasz.de	Maintal ist als Mitglied u.a. im Klimabündnis eine Selbstverpflichtung eingegangen, seine CO2 Emissionen zu reduzieren. Eine Umbaumaßnahme produziert während der Bauzeit zusätzlich CO2, was der oben erwähnten Selbstverpflichtung zuwiderläuft. Dies ist eine zusätzliche Motivation, die im Vorschlag dargestellten kostengünstigen Maßnahmen umzusetzen.
17.09.2013 - 12:56	FtoT	Sehr gute Idee.
18.09.2013 - 13:27	Ernst J. Neumeier	Die vorübergehende Unterbringung der 48 Mitarbeiter/Innen kann auch dadurch vermieden werden, dass zunächst auf dem freien Gelände neben dem Altbau ein kompletter Neubau erstellt wird. Eine Bürofläche von ca. 700-800 qm ließe sich dort sicherlich realisieren, wenn gleichzeitig die dortigen Parkplätze in das Untergeschoss verlegt werden. Nach der bezugsfertigen Errichtung könnten die MA problemlos umziehen und der Altbau könnte saniert werden oder auch nur als Archivräume genutzt werden, was kostengünstig wäre.
18.09.2013 - 17:19	Redaktion SC	Sehr geehrter Herr Herrmann, Ihr Vorschlag ist rechtlich zulässig und liegt im Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal. In der Kalkulation wurde das Thema „Home office“ aber nicht berücksichtigt, weil die aktuelle Erfahrung zeigt, dass diese Möglichkeit nur in sehr beschränktem Umfang genutzt wird bzw. genutzt werden kann. Grundsätzlich ist aber auch zu beachten, dass es hier um mindestens 44 Arbeitsplätze geht, die zum Teil derzeit schon im Altbau vorhanden sind bzw. durch Verlagerung aus gemieteten Büroräumen hinzu kommen. Dies lässt sich definitiv nicht über Heimarbeitsplätze abdecken. Der Altbau des Rathauses ist zudem grundlegend sanierungsbedürftig. Investitionen müssen also zeitnah erfolgen. Dabei hat sich gezeigt, dass der Ersatz des Anbaus durch einen angemessenen Neubau, dessen Raumprogramm natürlich noch exakt zu definieren sein wird, eine günstige und vor allem nachhaltigere Alternative darstellt. Viele Grüße Sabrina Christen (Redaktion) i.A. Erster Stadtrat, Ralf Sachtleber

Vorschlag 5.2: Mögliche Kostenreduzierung beim geplanten Um- oder Neubau des Anbaues des Rathauses in der Größenordnung bis zu über €300.000 pro Jahr/ Nutzen des 100%tigen oder teilweise Arbeiten von Zuhause/ Gemeinsam genutzter Schreibtisch im Rathaus

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Dieser Vorschlag wurde erneut auf Grundlage weiterer Hinweise durch die Verwaltung diskutiert. Eine Verortung des Gemeinwohls war nur allgemein möglich.

Allgemeine Diskussion zur Gemeinwohlorientierung:

Die Gruppe diskutierte, dass die im Vorschlag beschriebene Ausweitung der Heimarbeit (Home Office) u.U. die Erreichbarkeit der Mitarbeiter reduziere und damit zur Verschlechterung der Service-Leistungen der Stadt führen könnte. Daraufhin stellten die Gruppenmitglieder fest, dass die geringere Erreichbarkeit der Mitarbeiter nicht gemeinwohlfördernd sei. Zudem wurde in der Gruppendiskussion deutlich, dass durch die Heimarbeit eine Kostenersparnis nicht eindeutig festgestellt werden könne (eher geringe Mehrkosten). Abschließend wurde in der Gruppe die Frage laut, ob durch Heimarbeit im Rathaus überhaupt Platz gespart werden könne. Vor diesem Hintergrund hielt die Gruppe fest, dass der Vorschlag nicht dem Gemeinwohl diene.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags

Hinweis der Verwaltung: Zum einen ist es nicht geplant, wie im Vorschlag beschrieben, externe Räume zur Überbrückung der Bauphase anzumieten. Stattdessen werden die Abteilungen „zusammenrücken“ und sich auf die vorhandenen Räume verteilen. Zum anderen gibt es bereits die Möglichkeit zur Heimarbeit und sie wird teilweise genutzt. Die Verwaltung hob aber dabei hervor, dass einerseits Heimarbeit nur begrenzt einsetzbar sei, da viele Arbeiten im Büro und vor Ort erledigt werden müssten (z.B. Bauberatung nicht zuhause möglich). Andererseits müssten auch entsprechende Strukturen zu Hause geschaffen werden.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Vorschlag 5.2: Mögliche Kostenreduzierung beim geplanten Um- oder Neubau des Anbaues des Rathauses in der Größenordnung bis zu über €300.000 pro Jahr/ Nutzen des 100%tigen oder teilweise Arbeiten von Zuhause/ Gemeinsam genutzter Schreibtisch im Rathaus

Stellungnahme der Verwaltung

In der Kalkulation wurde das Thema „Home office“ nicht berücksichtigt, weil die aktuelle Erfahrung zeigt, dass diese Möglichkeit nur in sehr beschränktem Umfang genutzt wird bzw. genutzt werden kann. Grundsätzlich ist aber auch zu beachten, dass es hier um mindestens 44 Arbeitsplätze geht, die zum Teil derzeit schon im Altbau vorhanden sind bzw. durch Verlagerung aus gemieteten Büroräumen hinzu kommen. Dies lässt sich definitiv nicht über Heimarbeitsplätze abdecken. Der Altbau des Rathauses ist zudem grundlegend sanierungsbedürftig. Investitionen müssen also zeitnah erfolgen. Dabei hat sich gezeigt, dass der Ersatz des Anbaus durch einen angemessenen Neubau, dessen Raumprogramm natürlich noch exakt zu definieren sein wird, eine günstige und vor allem nachhaltigere Alternative darstellt.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wurde am 24.02.2014 von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

Begründung: Die Umsetzung ist rechtlich bedenklich und organisatorisch schwierig. Weiter wird auf den Prüfbericht der Verwaltung verwiesen:

Neben der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Kasten oben) ist weiterhin auszuführen, dass die Einrichtung eines Telearbeitsplatzes (ugs. „Heimarbeitsplatz“) nur im gegenseitigen Einvernehmen im Rahmen einer vertraglichen Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer/in zulässig ist. Die Zuweisung eines Telearbeitsplatzes an Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer gegen deren ausdrücklichen Willen ist nicht zulässig.

Für die Einrichtung von freiwilligen Telearbeitsplätzen für MA der Stadtverwaltung Maintal existiert seit Mai 2013 eine Dienstvereinbarung mit dem Personalrat, in der die Rahmenbedingungen für „Heimarbeitsplätze“ festgelegt sind. Die Telearbeitsplätze, die seitdem auf Basis dieser Dienstvereinbarung eingerichtet wurden, sind jedoch auf wenige Einzelfälle beschränkt.

Das zeitlich versetzte Arbeiten zur besseren Ausnutzung von Büroräumen bzw. Mobiliar wird schon jetzt in geringem Umfang praktiziert. Zeitlich versetztes Arbeiten erscheint – ausschließlich vor dem genannten Hintergrund und dann auch nur, wenn man andere Aspekte (betriebsinterne Kommunikation, Präsenzplichten während der Öffnungszeiten u.ä.m.) außer Acht lässt, - bei Teilzeitkräften bzw. Vollzeitkräften, die zeitweise einen Telearbeitsplatz zuhause haben, sinnvoll.

Bei Teilzeitkräften, deren Beginn und Ende der Arbeitszeit identisch ist, existiert die genannte Möglichkeit jedoch nur eingeschränkt, da das Direktionsrecht des Arbeitgebers bei diesen MA

Vorschlag 5.2: Mögliche Kostenreduzierung beim geplanten Um- oder Neubau des Anbaues des Rathauses in der Größenordnung bis zu über €300.000 pro Jahr/ Nutzen des 100%tigen oder teilweise Arbeiten von Zuhause/ Gemeinsam genutzter Schreibtisch im Rathaus

in Hinblick auf die Festlegung des Beginns und des Endes der Arbeitszeit rechtlich eingeschränkt ist. Bei Teilzeitkräften sind Veränderungen bei Beginn und Ende der Arbeitszeit nur im gegenseitigen Einvernehmen möglich. Rechtlich können diese Veränderungen nur über den Weg einer Änderungskündigung – die wiederum arbeitsgerichtlich angefochten werden kann – erzwungen werden.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass alle genannten Fragestellungen grundsätzlich der Mitbestimmung des Personalrates unterliegen, ausgenommen hiervon sind – je nach Fallkonstellation – einvernehmliche Regelungen in Einzelfällen.

Aus den vorgenannten Gründen ist eine Umsetzung dieses Bürgervorschlages nicht möglich.

Vorschlag 5.3: Einrichtung eines öffentlichen Parks in Maintal

Wir, der 10. Jahrgang der Erich Kästner-Schule, schlagen vor, dass ein öffentlicher Park in Maintal, z.B. in der Grünen Mitte eingerichtet wird, mit folgenden Kriterien: Trimm-Dich-Pfad
Grillmöglichkeit große Wiese zum Spielen Sitzmöglichkeiten abgegrenzte Hundeauslauffläche
Pavillon Springbrunnen Mülltonnen

Wichtig für Maintal, weil:

...es Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche und Familien bietet und Personen aus anderen Städten anzieht.

Kommentare aus der Internetdiskussion

10.09.2013 - 15:07	KhKaiser	Ich finde diesen Vorschlag sehr gut. Das erscheint mir eine sinnvolle Investition in die Zukunft Maintals. Damit kann man die Stadt attraktiver gestalten. Gerne 5 Stimmen, aber ich kann nur 1 vergeben. KhK
11.09.2013 - 20:01	Zappafan	Das ist eine gute Idee um die grüne Mitte Maintals aufzuwerten und einer Stärkeren Nutzung zuzuführen. Allerdings sollte auch berücksichtigt werden, dass Teile der grünen Mitte aus Sicht des Naturschutzes besonders schützenswert sind.
12.09.2013 - 11:38	Klaus Klee	Zuvor müsste allerdings geklärt werden, dass von der riesigen begrünten Müllkippe südlich der Bahnlinie keine plötzlich auftretenden Gefahren mehr ausgehen können. Für einen nahezu unbedenklichen Bereich rund um den Surfsee wurde vor einigen Jahren bereits ein Nutzungskonzept entwickelt. Das müsste man nur aus der Schublade holen und überarbeiten.
15.09.2013 - 14:13	herrmann@kuvasz.de	Es ist den Bürgern als Sponsoren freigestellt diese schönen Dinge zu finanzieren, aufzustellen und zu unterhalten.
16.09.2013 - 16:32	Redaktion Jörg Wuff	Liebe Schüler und Schülerinnen der 10. Klasse der EKS, vielen Dank für Euer Engagement und den Vorschlag! Vorab möchten wir erwähnen, dass es bereits viele Bemühungen gab, verschiedene Sport- und Freizeitnutzungen in der Grünen Mitte zu etablieren. So gab es unter anderem bereits im Jahr 2002 eine Zukunftswerkstatt mit Jugendlichen. Danach wurden im Ergebnis der Zukunftswerkstatt ein Grillplatz, ein Schuttschirm, eine Vogelbeobachtungskanzel und weitere kleine Maßnahmen gebaut. Allerdings ist nach einigen Jahren vieles dem Vandalismus zum Opfer gefallen. Zur Fragestellung „wie weiter mit der grünen Mitte“; ob eine Realisierung eines Sportparks mit Fußballfeldern, Laufbahn, Abenteuerspielplatz und vielem Weiteren erfolgen soll, wurde eine politische Arbeitsgruppe gebildet, die Ergebnisse liegen noch nicht vor. Hier unsere Kurzeinschätzung:-Zuständig für alle Maßnahmen ist die Stadt Maintal.-Rechtlich ist der Vorschlag nicht unbedenklich da die Freiflächen und Gewässer in der Grünen Mitte einen hohen ökologischen Wert haben. Alle Grünflächen sind Teil des Landschaftsschutzgebietes, bauliche Maßnahmen sind nur möglich mit Genehmigung, die eine Befreiung vom Landschaftsschutzgebiet beinhaltet. Ein weiteres Hindernis ist die Eigentumsituation da sich der überwiegende Teil der Flächen in Privateigentum befindet.-Kosten: Neben den Kosten für Planung, Baumaßnahmen und evtl. Gutachten entstehen auch Kosten für evtl. erforderliche Grundstücksankäufe. Damit die vorgeschlagenen Einrichtungen auch dauerhaft genutzt werden können, fallen zudem Kosten für die Unterhaltung der Einrichtungen und Flächen an. Zu den Kosten können wir aufgrund der Vielzahl der Maßnahmen und da noch keine Planungen vorliegen, zurzeit keine Aussagen machen. Freundliche Grüße Jörg Wuff, i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde entlang der Kriterien „Lebensqualität“ und „Umwelt-/Naturschutz, Nachhaltigkeit“ diskutiert. Grundsätzlich bewertete die Gruppe die Gemeinwohlorientierung positiv.

Kriterium „Lebensqualität“:

Die Gruppe betonte, dass ein solcher Park für Kinder und Jugendliche attraktiv sein kann.

Kriterium „Umweltschutz-/Naturschutz, Nachhaltigkeit“:

Die Mitglieder der Gruppe nahmen an, dass für die Umsetzung eines solchen Parks die „grüne Mitte“ in den Blick kommen werden wird. Diesbezüglich diskutierte die Gruppe, dass der Erhalt der Natur in der „grünen Mitte“ bereits in anderen Planungen Priorität hatte. Ein Park mit den im Vorschlag angesprochenen Anlagen, würde dieser Idee widersprechen. Es kann dazu in der Gruppe die Frage auf: Wie diese Eingriffe (z.B. in Form von Grillhütten) vorgenommen werden? Mitglieder der Gruppe hoben hervor, dass ein Park auch eine weitere Begrünung des Areals zur Folge haben könnte. Abschließend hielt die Gruppe fest, dass die „grüne Mitte“ nicht für eine solche Parkanlage geeignet sei.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags:

Die Gruppe wies darauf hin, dass der Vorschlag bezüglich des genauen Stadtorts des Parks noch konkretisiert werden müsse. Im Bezug auf den Standort „grüne Mitte“ hob die Gruppe hervor, dass bereits einige im Vorschlag angesprochene Einrichtungen existieren würden (Planungswerkstatt 2001). In der Gruppe entstand auch der Alternativvorschlag einen Bolzplatz an Stelle eines Parks zu errichten. Die Verwaltung hob hervor, dass es dem Vorschlag um einen Park im Allgemeinen gehe, dessen Standort nicht genauer feststeht und nicht unbedingt die „grüne Mitte“ betreffe. Ferner sah die Gruppe ein Hunderauslaufverbot im Bereich der „grünen Mitte“ kritisch.

Eher ja 5/9

Eher nein 2/9

Enthaltung 2/9

Wenn irgendwo in Maintal ein Park entsteht, dann im Einklang mit der Natur!

Fazit: Der Vorschlag dient **X** eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag einen öffentlichen Park zu schaffen, wurde zunächst hinsichtlich des Bedarfs geprüft. Die Stadt Maintal verfügt in jedem Stadtteil über öffentliche Grünflächen:

Wachenbuchen:

Im Stadtteil Wachenbuchen gibt es einen Landschaftsspielplatz am Ortausgang an der Bachstraße und einen Festplatz südlich der Ortslage. Der Landschaftsspielplatz ist großzügig angelegt und verfügt über Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten. Der Festplatz in Wachenbuchen soll ebenfalls durch Grill- und Aufenthaltsmöglichkeiten aufgewertet werden.

Hochstadt:

Im Stadtteil Hochstadt gibt es einen Festplatz und dort Sitz- und Spielmöglichkeiten (Multifunktionsspielfeld), hergerichtet durch eine Stadtleitbildprojektgruppe bestehend aus Hochstädter Jugendlichen. Des Weiteren gibt es einen Waldspielplatz (südlich der L3195) mit einer Dirt-Bike-Strecke, die ebenfalls von Jugendlichen selbst gestaltet wurden. Zusätzlich entsteht derzeit ein weiteres Freizeitgelände (nicht öffentlich) als Kinder- und Jugendfarm.

Bischofsheim:

Im Stadtteil Bischofsheim gibt es den Spiel- und Freizeitbereich an der Goethestraße (Flugzeugspielplatz) mit verschiedenen Verweil- und Spielmöglichkeiten, die Grünanlage in der Rhönstraße sowie einen Sport- und Freizeitbereich am Fechenheimer Weg und am Gänseweiher. Die freie Landschaft um den Ortsteil ist überall gut zu erreichen.

Dörnigheim:

Im Stadtteil Dörnigheim befindet sich der größte zusammenhängende öffentliche Park in Maintal, das Mainufer. Eine Planungsgruppe im Stadtleitbildprojekt befasst sich derzeit mit einer Umgestaltung und Aufwertung dieses Bereichs. Eine Fläche angrenzend an die Bebauung im Südring am Main ist bereits als Park angelegt. Hier befindet sich auch der Frauenhain. Auch innerorts sind kleinere öffentliche Grünflächen (z.B. an der Brüder-Grimm- Straße, Westendstraße) vorhanden.

Außenbereiche:

Der Bereich der „Grünen Mitte“ ist als Erholungsraum von drei Stadtteilen aus (Hochstadt, Bischofsheim und Dörnigheim) gut zu erreichen. Die unterschiedlichen Naturräume (Seen, Feldgehölze, offene Wiesen oder Sukzessionsflächen, Wald) sind durch weite Sichtbeziehungen und offen zugängliche Flächen insgesamt parkähnlich (Landschaftspark) nutzbar.

Der Streuobstwiesenbereich von Hochstadt und Bischofsheim ist gut mit Wegen und Sitzgelegenheiten ausgestattet. Viele Menschen nutzen diesen großen Naturraum zur Naherholung und können sich dort auf öffentlichen Flächen auch aufhalten (Wege und kleine Plätze, Bänke).

Beurteilung der Flächenressourcen:

Die bebauten Ortslagen sind gut in die Landschaft eingebunden, die umliegenden Flächen sind zum großen Teil als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen oder werden landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzt, so dass nur in geringem Umfang Flächen für die Schaffung eines

öffentlichen Parks geeignet wären. Außerdem verfügt die Stadt Maintal nicht über größere, zusammenhängende Flächen in ihrem Eigentum, die hierfür in Frage kämen.

Vorgeschlagen wurden mehrere bewegungsorientierte Elemente (Trimm-Dich-Pfad, Hunderauslauf,...). Diese Freizeitaktivitäten benötigen eine große Fläche um die diversen Nutzungen sinnvoll und konfliktfrei ausüben zu können. Eine hinreichend große Freifläche ist innerhalb der Ortslagen unserer Stadtteile nicht vorhanden und auch nicht in städtischem Eigentum. Im Rahmen der geplanten neuen Sport- und Freizeitanlage in der „Grünen Mitte“ sind allerdings Flächen für den vereinsungebundenen Sport vorgesehen.

Finanzen:

Die finanziellen Möglichkeiten sind derzeit begrenzt, so dass weder für den Erwerb von Flächen, die Neuanlage, noch für die Unterhaltung einer öffentlichen Parkfläche, zusätzlich zu der in Planung befindlichen Sport- und Freizeitanlage, Mittel zur Verfügung stehen. Vielmehr werden derzeit Umgestaltungen in den bestehenden Grünflächen vorgenommen, um den Pflegeaufwand zu reduzieren.

Konsequenzen:

Die Stadt Maintal verfügt über eine Vielzahl von öffentlichen Grünflächen mit verschiedenen Angeboten. Für die Neuanlage einer öffentlichen Parkanlage über die geplanten Projekte hinaus wird derzeit kein Bedarf gesehen. Die vorhandenen Freiflächen und Grünanlagen sind im Innen- wie auch im Außenbereich als Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten für die Entwicklung der Jugendlichen ausreichend dimensioniert. Ein Verzicht auf die Umsetzung dieses Vorschlags wird sich somit nicht nachteilig auf die Lebensqualität in Maintal und Entwicklung der Jugendlichen auswirken.

Für die Gestaltung bereits vorhandener Flächen könnten unter Beteiligung von Jugendlichen Konzepte nach dem Vorbild der Stadtleitbildgruppe in Hochstadt erarbeitet und sukzessive umgesetzt werden.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

1. Dem Bürgerhaushaltsvorschlag 5.3 „Einrichten eines öffentlichen Parks“ wird nicht zugestimmt. Es wird kein Bedarf für die Neuanlage einer öffentlichen Parkanlage über die geplanten Projekte hinaus gesehen.
2. Für einzelne, vorhandene öffentliche Grünflächen sollen nach dem Vorbild der Stadtleitbildgruppe „Hochstadt ein Ort für die Jugend“ Beteiligungsprojekte zur Aufwertung und Umgestaltung entwickelt werden.

Begründung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung.

Vorschlag 5.4: Naturschutz

Die Stadt Maintal verzichtet auf jegliche Eingriffe, die zu einer Verminderung von Flächen für den Natur- und Landschaftsschutz führen könnten. Sie erstellt eine Planungsvorlage wie zukünftig kurz-, mittel und langfristig solche Gebiete erweitert werden können.

Wichtig für Maintal, weil:

Maintal mit seiner Lage im Ballungsgebiet Rhein-Main ist großen Umweltbelastungen ausgesetzt. Dem sollte mit einem vorausschauenden Konzept Alternativen entgegengesetzt werden, zumal die Belastungen wie z.B. durch den immer noch wachsenden Flugverkehr, weiteren Flächenverbrauch und damit der Bodenversiegelung weiter zunehmen werden. Dazu müssen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch die nachfolgenden Generationen Ausgleichsmaßnahmen in die Wege geleitet werden.

Kommentare aus der Internetdiskussion

17.09.2013 - 20:23	herrmann@kuvasz.de	Es gibt den Flächennutzungsplan, der solche Dinge regelt.
18.09.2013 - 15:00	Wolfi 66	Ich stimme diesem Vorschlag zu, da immer noch die "Grüne Mitte" im Raum steht. Hier sollte ein Sportzentrum usw. entstehen, soweit mir bekannt ist ,ist dieses Thema noch nicht ganz vom Tisch. Auch hier würde in ein Naherholungsgebiet eingegriffen, Flächen versiegelt und zusätzlicher Schmutz und Lärm verursacht.
19.09.2013 - 11:30	B.F.	Zum Schutz der Bürger und der Umwelt dringend erforderlich
19.09.2013 - 17:04	Redaktion Jörg Wuff	Sehr geehrter Klaus, der Vorschlag auf jegliche Eingriffe , die zu einer Verminderung von Flächen für den Natur- und Landschaftsschutz führen zu verzichten und sie zukünftig noch zu erweitern, entspricht den Grundsätzen der geltenden Gesetze (Baugesetzbuch, Bundesbodenschutzgesetz) und den Zielen der Stadt Maintal. Im Regionalen Flächennutzungsplan (RegFNP) ist die maximale Entwicklung der Bauflächen dargestellt und in diesem Rahmen werden sich künftige Eingriffe bewegen. Der Regionale Flächennutzungsplan ist ein Instrument der Bauleitplanung und wird vom Regionalverband Rhein-Main aufgestellt. Erstes Ziel vor Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich (hier: geplante Bauflächen im RegFNP) für die Stadt Maintal ist, die Innenentwicklung. Hier sind aufgelassene Flächen im Innenbereich (z.B. ehem. Pardesgelände) für neue Nutzungen zu entwickeln. Auch durch das Bebauen von Baulücken oder mit weiteren Verdichtungsmaßnahmen können weitere Eingriffe vermieden werden. Das Landschaftsschutzgebiet Stadt Maintal ist erst 2011 in Kraft getreten und beinhaltet bereits gegenüber den vorherigen Schutzgebietsflächen eine Erweiterung des Landschaftsschutzgebietes . Die Erweiterung fand unter Mitwirkung der Verwaltung statt und berücksichtigt die besondere Lage der Stadt Maintal im Ballungsraum. Alle Bereiche mit besonderer naturräumlicher Ausstattung sind im Zuge der Neuausweisung in das Schutzgebiet aufgenommen worden. Ihr Vorschlag ist somit rechtlich unbedenklich. Er ist zum Teil in der Zuständigkeit der Stadt Maintal, hinsichtlich der Regionalen Flächennutzungsplanung in der Zuständigkeit des Regionalverbands Rhein-Main Über die finanziellen und personellen Auswirkungen kann in der Kürze keine Aussage getroffen werden. Freundliche Grüße Jörg Wuff, i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt
20.09.2013 - 15:21	Rudi54	Welche "Altlasten" aus dem Plaumann-Giftmüll-Skandal sich u.a. in der "Grünen Mitte" befinden kann man nachlesen bei http://klee-klaus.business.t-online.de/altlasten_in_maintal.htm
20.09.2013 - 15:22	Rudi54	Welche "Altlasten" aus dem Plaumann-Giftmüll-Skandal sich u.a. in der "Grünen Mitte" befinden kann man nachlesen bei http://klee-klaus.business.t-online.de/altlasten_in_maintal.htm
24.09.2013 - 09:41	Klaus	Wir haben in Maintal immer wieder erlebt, dass Teile von Landschaftsschutzgebieten in Bauland umgewandelt wurden (z.B. an der Weidenkaute). Auch in der jüngsten Sitzung des Stadtparlaments lag ein Antrag auf eine Bebauung des Gebiets Klingelände Ost vor. Im Bauaufstellungsbeschluss wurde vom Magistrat verschwiegen, dass Teile davon als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen sind. Beim Antrag des Bebauungsplans, kam dann der Kommentar, es wäre kein Problem diesen Status aufzuheben, da wirtschaftliche Interessen vorliegen. Erst als u.a. etliche Naturschutzverbände prinzipiellen Widerspruch einlegten und die WAM diese Bedenken im Ausschuss vortrug, nahm man mit Ausnahme der CDU Abstand von diesem Vorhaben. Der Antrag des Magistrats ist dann weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit im Block abgelehnt worden. Um in Zukunft solche Vorhaben generell abzublocken, wurde mein Antrag jetzt für den Bürgerhaushalt gestellt.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde im Hinblick auf das Kriterium „Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit“ in der Gruppe diskutiert. Dabei wurde der Vorschlag grundsätzlich positiv bewertet.

Kriterium „Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit“:

Die Gruppe diskutierte besonders stark die im Vorschlag enthaltene Frage wie stark Natur- und Landschaftsschutz im Bezug auf bestimmte Bauvorhaben oder andere Projekte berücksichtigt werden sollte. Dabei betonte ein Teil der Gruppenteilnehmer, dass eine zu starke Betonung des Natur- und Landschaftsschutzes u. U. dem Gemeinwohl entgegenstehen könnte, da dadurch etwa die Stadtentwicklung behindert werden könnte. Andererseits hoben die Gruppenmitglieder hervor, dass der Naturschutz selbst dem Gemeinwohl diene. Daran anknüpfend äußerte die Gruppe die Befürchtung, dass auch eine geringe Bebauung von Schutzgebieten etwa in Form von Parkanlagen, die Tür für die Reduktion des Landschaftsschutzes öffnen könne.

Abschließend stellte die Gruppe fest, dass generell der Landschafts- und Naturschutz stärker bedacht werden sollten. Vor dem Hintergrund der Gruppendiskussion betonte die Gruppe, dass das Wort „jegliche“ aus dem Vorschlag zu streichen sei und eine fallbezogene Berücksichtigung des Natur- und Landschaftsschutzes erfolgen sollte. In dieser Form entspricht der Vorschlag dem Gemeinwohl. Zudem müsse der bestehende Landschaftsschutz in den Blick genommen werden.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags:

Während der Gruppendiskussion kam zur Sprache, dass teilweise der Natur- und Landschaftsschutz ausgenommen wurde und Ausgleichsgebiete hinzugefügt wurden. Zudem wurde festgestellt, dass der Vorschlag einer Parkanlage in der grünen Mitte widersprechen würde (s. Vorschlag 5.3).

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Zur Umsetzung einer entsprechenden Planungsvorlage bedarf es einer Landschaftsrahmenplanung. Die Kosten hierfür können mit rd. 20.000 € beziffert werden, da eine Bestandsaufnahme bereits vorliegt und die ökologischen Ausgleichsflächen bereits erfasst wurden. Diese Informationen müssten in eine Entwicklungsplanung (Landschaftsrahmenplan) umgesetzt werden.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung mit Mehrheit abgelehnt.

Begründung: Durch den Vorschlag könnten die städtebaulichen Aspekte in den Hintergrund treten. Zudem würde die bauliche Entwicklung Maintals erheblich eingeschränkt werden.

Vorschlag 5.5: Übernahme der Verwertung lukrativer Wertstofffraktionen (Altmittel, Altkleider usw.) in die Regie der Stadt

Auswirkungen: Die Wertschöpfung aus der Abfallwertung und die Gewinne bleiben in Maintal.
Einnahmen: z.Z. nicht quantifizierbar

Kommentare aus der Internetdiskussion

28.08.2013 - 10:13	Klaus Klee	Das Thema überschneidet sich mit dem Wertstoffhof. Würde der Vorschlag umgesetzt werden, so käme Aufwand auf die Stadt Maintal zu. Bei Altkleiderspenden kollidieren die Interessen mit gemeinnützigen Einrichtungen und Maintal würde dem lukrativen Geschäft mit all seinen negativen Auswirkungen in den Entwicklungsländern nur Geschäftemacher unterstützen.
15.09.2013 - 15:45	herrmann@kuvasz.de	In den Abfallsammelstellen wird getrennt gesammelt. Die Damen und Herren der Verwaltung kennen sicher die Kosten und Erlöse, die beim Betreiben der Sammelstellen anfallen.
21.09.2013 - 20:04	Klaus Klee	Heute habe ich erfahren, dass die Stadt Maintal eine Vereinbarung mit einem Schrotthändler hat, der den Schrott der Sammelstellen kostenlos abholt. Es ist mir unverständlich, dass dies ein Verwaltungsvorschlag ist. Was soll ich davon halten?

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung zum Vorschlag 5.5

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde entlang des Kriteriums „Haushaltskonsolidierung“ diskutiert. Grundsätzlich stimmte die Gruppe der Gemeinwohlorientierung in diesem Punkt zu. Die Gruppendiskussion entwickelte sich anschließend eher entlang der Frage, ob noch andere Einnahmequellen dieser Art bestehen würden, die die Stadt berücksichtigen könnte.

Kriterium „Haushaltskonsolidierung“:

Der Vorschlag würde der Stadt ermöglichen mit der Altmetallsammlung Einnahmen zu generieren. Durch eine Ausschreibung der Stadt könnte dieser Prozess in Gang gebracht werden. Die Gruppe erkannte, dass durch diese Einnahmen die Abfallgebühren u.U. gesenkt werden könnten. Vertreter der Verwaltung wiesen jedoch darauf hin, dass die Möglichkeit einer Senkung beziehungsweise deren Höhe momentan nicht genau abgeschätzt werden könne. Einige Gruppenteilnehmer wiesen darauf hin, dass dieses Vorhaben zusätzliche Container bedeuten könnte, was wiederum das Stadtbild beeinträchtigen könnte. Abschließend hielt die Gruppe fest, dass durch die Stadt geprüft werden müsse, ob sich der Aufwand finanziell lohne.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags:

Darüber hinaus stellte die Gruppe gemeinsam Überlegungen an, was andere derartige Einnahmequellen sein könnten.

Papiertonne: Diese wird von der Stadt abgeholt. Durch die Abholung entstehen Kosten während durch die Verwertung Einnahmen entstehen.

Kleinmüllplätze: Diese werden von Fa. Spahn als Vertragspartner der Stadt betrieben. Hier wurde von der Gruppe der Vorschlag unterbreitet, ob Kleinmüllplätze zurück in städtische Hand kommen sollten, um Einnahmen zu generieren.

Elektroschrott: Dies ist aktuell kostenneutral, da Entsorgungskosten mit dem Erwerb von Neugeräten finanziert werden. Somit eher keinen Perspektive.

Eher ja 3/9

Eher nein 2/9

Enthaltung 4/9

Prüfung ob sich der Aufwand lohnt. Kosten-Nutzen-Rechnung

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Vorschlag 5.5: Übernahme der Verwertung lukrativer Wertstofffraktionen (Altmetall, Altkleider usw.) in die Regie der Stadt

Stellungnahme der Verwaltung

Derzeit wird Altmetall durch eine beauftragte Firma an den Abfallsammelstellen und an der Haustür abgeholt. Diese Leistung erbringt keine Erträge, da die Abholung vor Ort durch den Erlös aus den Altmetallen getragen wird.

Die Altkleidersammlung findet derzeit in Containern auf den Abfallsammelstellen statt, die durch gemeinnützige Einrichtungen aufgestellt wurden.

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit die Leistung (Einsammlung und Verwertung Altmetall und Altkleider) öffentlich auszuschreiben. Über mögliche Erlöse kann jedoch derzeit keine Aussage getroffen werden.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Die Verwaltung erarbeitet Vorschläge, wie die Umsetzung aussehen kann, damit die Stadtverordneten eine Grundlage für eine abschließende Entscheidung haben. Über die Ergebnisse wird zeitnah nach den jeweiligen Gremiensitzungen im Internet informiert.

Vorschlag 6.1: Einführung eines Fundraisers

Es gibt vielfältige Förderprogramme mit denen städtische Projekte finanziert werden können. Um diese Fördermittel und auch Sponsorengelder zu akquirieren ist die Einführung einer professionell besetzten Fundraising-Stelle in der Verwaltung (ggf. auch durch sachkundigen Bürger) notwendig. Auswirkung: Durch die Akquirierung von Sachmitteln und Geldern können mehr Projekte umgesetzt bzw. eigene Haushaltsmittel eingespart werden.

Kosten: ca. 50.000 € pro Jahr

Einsparung: nicht abschätzbar

Kommentare aus der Internetdiskussion

26.08.2013 - 16:56	Klaus Klee	Dass dieses Thema endlich kompetent bearbeitet werden muss, ist längst überfällig. Es ist aber zu prüfen, in welche vorhandene Funktion das passt. Man kann Mitarbeiter auch entsprechend schulen! Eine Alternative wäre auch ein ehrenamtlich tätiger Bürger, der dabei hauptberufliche Kontakte nutzt.
27.08.2013 - 21:59	Andreas Frölich	Das Thema ist sehr wichtig; aufgrund der Vielfalt der möglichen Fördermittelgeber/Formen der Förderung sollte jedoch nicht eine mit zusätzlichen Kosten verbundene Stelle geschaffen werden. Vielmehr sollten ausgewählten Mitarbeitern in der Verwaltung potenzielle fachlich zugehörige Fördergeber zugeordnet werden. Dann kommen die akquirierten Mittel in voller Höhe dem Haushalt zugute.
27.08.2013 - 23:34	Ernst J. Neumeier	Ich denke, das wäre auch eine lohnende Aufgabe für den 1. Stadtrat, der sich sicherlich auch der Mithilfe des einen oder anderen Mitarbeiters bedienen kann. Dann würden aber nicht einmal zusätzliche Kosten anfallen.
12.09.2013 - 11:44	Gerhard Fink	Es ist sehr interessant, dass dieser Vorschlag ausgerechnet aus der Stadtverwaltung kommt. Im vergangenen Jahr habe ich diesen Vorschlag im Rahmen meiner Ausbildung zum "Ehrenamtslotsen" gemacht. Da kam aus der Verwaltung die Antwort, dass die Gewinnung von Sponsoren ausschließlich Sache des Bürgermeisters sei um keinen unnötigen Verdacht aufkommen zu lassen.
13.09.2013 - 13:14	FtoT	Kostenpunkt 50.000 Euro. Das Geld könnte man einsparen und gleich der Verwaltung zur Verfügung stellen.
15.09.2013 - 13:04	Klaus Klee	Hallo Herr Fink, den letzten Satz kann ich gar nicht glauben. Das hieße doch, dass nur der Bürgermeister über jeden Verdacht erhaben gehalten wird. Was haben denn die anwesenden Verwaltungsmitarbeiter dazu gesagt? Gruß Klaus Klee
15.09.2013 - 15:36	herrmann@kuvasz.de	Der Vorschlag ist sinnvoll. Der in den 70iger und 80iger Jahren des 20. Jahrhunderts dem Werra- Meißner Kreis führende Landrat war für das Erkennen und Nutzen all dieser diversen Fördermittel in ganz Hessen bekannt. Ob eine besondere Stelle geschaffen werden muss, oder die Stellenbeschreibung des Arbeitsplatzes in der dafür verantwortlichen Abteilung nur angepasst werden muss, klärt sicher die Verwaltung.
17.09.2013 - 10:44	Seppi	Ein "Fundraiser" für 50.000 € wird vorgeschlagen bei dem der sich daraus ergebende Gewinn "nicht abschätzbar" ist. Gleichzeitig soll der "Klimamanager" abgeschafft werden, obwohl er doch Einsparpotentiale bei den Energiekosten auch der städtischen Gebäude ausloten soll. Die Stelle des Klimamanagers führt somit zu einer Einsparung bei den Energiekosten. Diese sind wohl eher bezifferbar als die Ergebnisse des Fundraisers.
17.09.2013 - 11:50	Erhard Rohrbach	Sehr geehrter Herr Fink, falls die Aussage so getroffen wurde, ist sie unzutreffend. Es gibt eine Anweisung, dass Spendenanfragen an Maintaler Firmen mit mir abzustimmen sind, da ich regelmäßig Firmenbesuche vornehme und diese Anliegen dann selbst vortrage. Die Aufgabe eines Fundraisers geht jedoch wesentlich weiter. Insbesondere gilt es nationale oder EU-Fördertöpfe zu ermitteln und daraus Zuschüsse für städtische Vorhaben zu erhalten. Mit freundlichen Grüßen Erhard Rohrbach
17.09.2013 - 18:04	Klaus	Dieser Vorschlag kommt wirklich aus der Verwaltung??? Ist es nicht die Aufgabe des hauptamtlichen Magistrats, zu organisieren so sparsam wie möglich zu wirtschaften? Dazu gehört auch, sich intensiv um Fördermittel zu informieren und die für unsere Stadt zu mobilisieren. Gibt es dazu keine städtischen Zuständigkeiten? Das Thema ist ja nicht neu. Und wie gesagt, dass dies nicht schon längst innerorganisatorisch in der Stadtverwaltung angegangen wurde, ist mehr als verwunderlich. Fördertöpfe gibt es schon seit fast undenklichen Zeiten.
23.09.2013 - 12:59	paetzelt	Sehr guter Vorschlag, erfolgreiche Unternehmen haben das schon längst erkannt und erzielen heute schon einen beachtenswerten Anteil ihrer Einnahmen aus Brüssel. Ich würde den Posten erweitern um "Energiemanager" und "Gemeindekooperation". A.Pätzelt

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde nicht mit Blick auf ein bestimmtes Gemeinwohlkriterium diskutiert, sondern stattdessen „quer“ dazu. Der Vorschlag wurde positiv diskutiert. Von unterschiedlichen Teilnehmenden wurde insbesondere auf folgende Punkte (teilweise kontrovers) diskutiert:

- Fundraiser sollte entsprechende Fortbildung erhalten und entsprechende Abschlüsse haben
- Es wurde geäußert, dass die Kosten für einen Fundraiser vermutlich höher als veranschlagt liegen – evtl. sogar das Doppelte, weil es hoch qualifizierte Leute sind
- In jedem Fall wäre eine Erhöhung des Stellenplans notwendig oder entsprechende Prioritätensetzungen notwendig (sprich: auf andere Arbeitserledigungen müsste verzichtet werden)
- Die Stelle sollte intern ausgeschrieben werden.
- Welche Ergebnisse werden erzielt? Erfolgskriterien müssen definiert und in festzulegenden Zeiträumen gemessen / überprüft werden. Zudem muss geprüft werden, welche Kompetenzen von anderen Personen gegebenenfalls zu verlagern wären, um eine Zentralisierung der Fundraiser-Aktivitäten zu ermöglichen. Hinweis der Verwaltung: Erfolgsmessung: Es werden vermehrt Projekte gefördert und danach wird sich gerichtet.
- Wichtige Aufgabe: Es geht um Expertenfachwissen. Kommunikation der Verwaltung mit der Politik. Politik sollte stets über mögliche „Fördertöpfe“ durch die Verwaltung informiert werden, damit entsprechende Beschlüsse — zum Beispiel ein Projekt durchzuführen, das gefördert werden könnte — auf die Tagesordnung kommen und beschlossen werden können.
- Fundraiser braucht spezielle Unterstützungsmöglichkeiten z.B. PC-Software.
- Mögliche Aufgaben: Spendenakquise, Förderprogramme bündeln
- Attraktive Gestaltung der Stelle für städtisches Personal
- Hinweis der Verwaltung: zunächst befristete Stelle; kann aber keinesfalls nur nebenbei gemacht werden; denn es müssen bewilligungsfähige Anträge erstellt werden: Hinweis aus der Verwaltung: aus der Verwaltung sollen dazu Vorschläge für Projekte kommen
- Genaue Stellenbeschreibung zu formulieren ist notwendig

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Zur Bearbeitung dieses Prüfungsauftrages hat sich innerhalb der Stadtverwaltung eine Arbeitsgruppe aus den Fachbereichen „Finanzen, Beteiligungen und Steuern“, „Hauptverwaltung“, „Kinder, Familie und Jugend“ sowie „Soziales“ gebildet. Dieser Bericht umfasst das Ergebnis der Arbeitsgruppe.

Der fragliche Beschluss lautet:

Der Magistrat wird beauftragt,

- a. darzulegen, welches Anforderungsprofil für die Stelle eines Fundraisers für Maintal erforderlich ist.
- b. über positive Beispiele bzw. Erfahrungen anderer Kommunen oder Institutionen, die über einen Fundraiser verfügen, zu berichten.
- c. über die Höhe der Vergütung einer solchen Stelle für Maintal zu berichten.
- d. die Aufgaben eines Fundraisers für Maintal zu konkretisieren.
- e. darzulegen, unter welchen Bedingungen die erforderlichen Aufgaben eines Fundraisers von der eigenen Verwaltung wahrgenommen werden können.

Zu a.:

Die zu suchende Person müsste über eine hohe Grundqualifikation im Verwaltungsbereich, im Finanzbereich, im betriebswirtschaftlichen oder im pädagogischen Bereich (hier mit einer einschlägigen Zusatzqualifikation in den anderen genannten Bereichen) verfügen; darüber hinaus über eine Weiterqualifikation zur EU-Fundraiserin bzw. zum EU Fundraiser verfügen (diese Qualifikation kann bspw. bei der emcra-Akademie, Berlin, oder bei EuroConsults, Berlin, erworben werden); sehr gute Englischkenntnisse sind erwünscht; ein offenes und verbindliches Auftreten haben; über eine gute schriftliche und mündliche Kommunikationsfähigkeit verfügen; begeisterungsfähig sein; über ein sehr gutes Verhandlungsgeschick verfügen; Zielorientierung besitzen; Frustrationstolerant sein...

Zu b.:

Es ist uns nicht gelungen belastbare Beispiele von anderen Kommunen zu finden. Eine Vergleichbarkeit der Stadt Maintal mit privaten Institutionen wie Vereinen, Verbänden oder NGO scheidet aufgrund von unterschiedlichen rechtlichen Gegebenheiten von vornherein aus.

Zu c.:

Der Deutsche Fundraising Verband und die Fundraising Akademie gehen beide von einer Mindesteingruppierung in die Entgeltgruppe 10 TVÖD aus. Je nach konkreter Aufgabenentwicklung kann die Eingruppierung bis zur Entgeltgruppe 13 reichen.

Zu d.:

Aufgaben einer Fundraiserin bzw. eines Fundraisers wären insbesondere: „Fördertöpfe“ für bestimmte Projekte von UN, EU, Bund, Land, Stiftungen, Kirchen, Initiativen u.ä. finden; Beantragung und Abrechnung von Fördermaßnahmen; Beratung der jeweiligen Fachabteilung während der Durchführung von Fördermaßnahmen; Ständige Erkundung und Beobachtung der Förderlandschaft; Aufbau eines privaten Sponsoring; Zunächst die Erarbeitung einer Richtlinie der Stadt Maintal für privates Sponsoring und die Weiterleitung an die Stvv zur Beschlussfassung;

Privates Sponsoring im rechtlich zulässigen Rahmen durchführen, insb. durch Aufbau eines entsprechenden Netzwerkes von potentiellen Sponsoren durch Kontaktsuche, -aufbau und -pflege;

In diesem Zusammenhang muss auf Folgendes aufmerksam gemacht werden: Einhellige Auskunft von Deutscher Fundraising Verband und Fundraising Akademie war, dass eine Fundraiserin bzw. ein Fundraiser i.d.R. eine Vorlaufzeit von mindestens einem Jahr benötigt, bevor erste finanzielle Erfolge sichtbar werden. Diese Einschätzung wurde bei einer Lehrveranstaltung zum Thema „Spenden, Sponsoring, Fundraising“ von der Referentin Frau Annette Kuhn, selbstständige Marketingberaterin und Fundraiserin, bestätigt.

Zu e.:

Die Arbeitsgruppe spricht sich mehrheitlich dafür aus, dass für die Aufgabe „Fundraising“ kein eigenes Personal eingestellt wird. Stattdessen wird empfohlen, dass die Stadt Maintal für bestimmte Projekte externe Dienstleister (siehe auch <http://www.fundraisingverband.de/service/mitgliederverzeichnis/dienstleister.html>) mit den Aufgaben des Fundraising betrauen soll.

Außerdem erscheint es sinnvoll, dass die Stadt Maintal einen Rahmenvertrag mit einem externen Dienstleister abschließt, der regelmäßig die Förderlandschaft beobachtet. Dieser wäre dann vertraglich verpflichtet, die Stadt Maintal rechtzeitig über neu aufgelegte Fördermöglichkeiten von bestimmten Projekten zu informieren.

Ganz grundsätzlich gibt die Arbeitsgruppe Folgendes zu bedenken: Die durch das Fundraising akquirierten Fördermaßnahmen sollen Projekte lediglich „anschieben“. Damit ist das Fundraising für die inhaltliche Arbeit durchaus ideengebend und bereichernd. Regelaufgaben der Stadt Maintal können durch einzelne Projektfördermaßnahmen jedoch nicht finanziert werden. Im Gegenteil ist bei vielen Projekten davon auszugehen, dass diese nach dem Wegfall der Förderung entweder durch den städtischen Haushalt weiterfinanziert oder eingestellt werden müssen. Weiterhin ist zu beachten, dass jede erfolgreiche Maßnahme aus dem Fundraising automatisch bei den jeweils zuständigen Fachabteilungen zusätzliche Personalkapazitäten – die derzeit erkennbar nicht vorhanden sind – für die Vor- und Nachbereitung sowie bei der Durchführung und Begleitung der Projekte binden wird.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

1. Dem Bürgerhaushaltsvorschlag 6.1 „Einführung einer Fundraisingstelle“ wird nicht zugestimmt.
2. Stattdessen wird der Magistrat aufgefordert, dass er bei geeigneten Vorhaben prüft, ob und in welchem Umfang externe Dienstleister mit Aufgaben des Fundraising zur vollständigen oder teilweisen Finanzierung dieser Projekte beauftragt werden sollen.
3. Mit einem externen Dienstleister ist ein Rahmenvertrag zur Beobachtung des Fördermarktes abzuschließen. In dem Dienstleistungsvertrag muss die Verpflichtung des Dienstleisters festgeschrieben sein, dass dieser die Stadt Maintal umgehend über neu aufgelegte Projektfördermöglichkeiten informiert.
4. Ein eventuell abzuschließender Vertrag mit einem externen Dienstleister wird dem Haupt- und

Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Begründung:

Wie in der Stellungnahme der Verwaltung bereits dargestellt wurde, ist es bei einer Stadtverwaltung in der Größenordnung von Maintal nicht zu erwarten, dass sich die Schaffung einer Fundraisingstelle, durch die immerhin Arbeitgeberkosten zwischen rd. 89.400 € (EG 10 TVöD) und 97.000 € (EG 13 TVöD) entstehen würden (Quelle und Basis: KGSt-Materialien Nr. 4/2013 – Kosten eines Arbeitsplatzes (Stand 2013/2014)), über einen längeren Zeitraum lohnt. Dies wäre nur dann der Fall, wenn es der Stelleninhaberin bzw. dem Stelleninhaber gelingen würde, in jedem Jahr Projektförderungen in der Höhe einzuwerben, dass damit mindestens die Arbeitgeberkosten für die Stelle gedeckt wären. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage ist nicht zu erwarten, dass die städtischen Gremien über einen langfristigen Zeitraum in jedem Jahr Projekte dieser Größenordnung beschließen werden. Sinnvoll erscheint hingegen die projektbezogene Einbindung von externen Dienstleistern, mit denen ein entsprechender Dienstleistungsvertrag zur Akquise von Fördergeldern für bestimmte Maßnahmen abgeschlossen werden würde. In diesen Fällen wäre dann auch genau messbar, ob und in welcher Höhe sich der Einsatz des Fundraising gelohnt hat. Da viele Fördermöglichkeiten nicht offensiv beworben werden und stattdessen oft erst durch aufwendige Recherchen entdeckt werden können, erscheint es sinnvoll, einen Vertrag mit einem professionellen Dienstleister abzuschließen, der regelmäßig prüft, ob und welche neuen Fördermöglichkeiten durch EU, Bund, Land oder sonstige Organisationen aufgelegt werden. Wenn die Stadt Maintal früh von interessanten Fördermöglichkeiten erfährt, dann könnten zielgerichtete Projekte frühzeitig „auf den Weg gebracht“ und rechtzeitig entsprechende Förderanträge gestellt werden.

Vorschlag 6.2: Nutzen von einkäuferischem Fachwissen für die Beschaffung und die Unterstützung der dezentralen Einkaufsstellen

Bei einem Einkaufsvolumen von > 1.2 Mio Euro im Jahr für normale Beschaffungsvorgänge und einem Betrag "X" für Investitionen (Feuerwehrausrüstung, Möbel, Fahrzeuge des Bauhofs etc.) kann ein ausgebildeter Einkäufer oder eine Beschaffungsfachkraft Konzepte mit hohem Einsparpotenzial erarbeiten (Bedarfszusammenlegungen, Rahmen- und Serviceabkommen, jährliche Ausschreibungen, Vorortlieferungen, verkürzte Bestellverfahren etc.)
Je nach Beschaffungsgut und -art könnten entsprechend einschlägiger Erfahrungswerte Einsparungen von 8-10% - in besonderen Fällen auch mehr - erzielt werden.
Die Qualifikation kann über Schulungen erreicht werden.

Wichtig für Maintal, weil entsprechend der Auskunft im Modul "Fragen und Antworten" das Beschaffen mehrheitlich dezentralen Verwaltungsstellen obliegt, die nicht mit Beschaffungsfachkräften besetzt sind. Auch scheint keine übergreifende Transparenz über alle Bedarfe und Bedarfsträger sowie deren Beschaffungsgewohnheiten zu bestehen.

Kommentare aus der Internetdiskussion

28.08.2013 - 18:12	Redaktion Frank...	Hallo Herr Klee, der Vorschlag ist rechtlich unbedenklich und liegt in der Organisationshoheit der Stadt Maintal. Der Vorschlag kann bei entsprechender Gestaltung des Stellenplans und des Personalkostenhaushalts umgesetzt werden. Die dadurch entstehenden Personalkosten würden bei einer Vollzeitkraft zwischen 60.000 € und 70.000 € betragen. Ob die Einsparungen die anfallenden Mehrkosten abdecken oder übersteigen, lässt sich zum derzeitigen Zeitpunkt jedoch nicht beziffern. Viele Grüße Frank Krause
28.08.2013 - 19:07	Klaus Klee	Hallo Herr Krause, vielen Dank für die Beurteilung des Vorschlags. Ich wies jedoch darauf hin, dass die dafür erforderlichen Kenntnisse bei Vorliegen eines kaufmännischen Berufs auch über Schulungen erlangt werden können. Wenn man es jedoch besonders gut umsetzen will, sind zusätzliche Personalkosten unumgänglich. Besonderes Talent für das Metier ist allerdings die Voraussetzung. Hier gilt aber die gleiche Regel wie in der Wirtschaft: Ein Einkäufer muss sich rentieren und zumindest das Doppelte seiner Kosten hereinspielen. Meiner Meinung nach reicht es, wenn eine talentierte Person der Verwaltung gut geschult wird. Diese Kosten dürften sich in Grenzen halten. Freundliche Grüße Klaus Klee
28.08.2013 - 19:11	Ernst J. Neumeier	Der Hinweis der Verwaltung zeigt einmal mehr, dass es an einem ernsthaften Willen Einsparungen zu erzielen, ganz offensichtlich fehlt. Hier wird zunächst unterstellt, dass eine Vollzeitkraft für die Tätigkeit erforderlich wäre ohne zu prüfen, ob diese Aufgabe auch mit einer Teilzeitstelle zu erfüllen wäre. Ferner wird der Hinweis des Vorschlagenden (der sich offensichtlich in dem Metier auskennt) übergangen, dass die Qualifikation für diese Tätigkeit auch über Schulungen erreicht werden kann. Falls dann vorhandene Mitarbeiter sich dafür qualifizieren, würden nur die Schulungskosten als Mehraufwand entstehen, der aber durch die erzielbaren Einsparungen bei weitem nicht ins Gewicht fällt. Außerdem wird die Tatsache ignoriert, dass an den anderen Verwaltungsstellen durch die zentrale Bearbeitung auch Arbeitszeit eingespart werden kann. Ich wünsche mir deshalb etwas mehr Offenheit in der Verwaltung für sachlich fundierte Vorschläge zum Wohle der Stadt. Ansonsten ist der Prozess des Bürgerhaushaltes von vorneherein zum Scheitern

Vorschlag 6.2: Nutzen von einkäuferischem Fachwissen für die Beschaffung und die Unterstützung der dezentralen Einkaufsstellen

		verurteilt!
29.08.2013 - 06:11	Andreas Frölich	Da ich in diesem Bereich beruflich tätig bin, sehe ich wie Herr Klee große Einsparungsmöglichkeiten in diesem Bereich, insbesondere wenn bislang noch keine Einkaufshebel systematisch genutzt werden. Ergänzend zu den von Herrn Klee genannten Punkten möchte ich noch die Reduzierung von Nachträgen bei Bauvergaben nennen. Mein Vorschlag: Vor einer Umsetzung kann man mit einer ABC-Analyse prüfen, wo die größten Einsparpotenziale zu erwarten sind und biete hierzu meine Unterstützung an. Man kann dann pilothaft bei einzelnen Beschaffungen Einkaufshebel anwenden. Bei Erfolg sehe ich es auch so, dass die Stelle eines zentralen Beschaffers nicht neu geschaffen werden muss, sondern durch Umschichtungen von Tätigkeiten geschaffen werden sollte.
29.08.2013 - 13:10	wawi	Eine neue Stelle zu schaffen ist wahrscheinlich die teuerste Lösung. Eine Analyse der derzeitigen Situation und in den einzelnen Fällen könnte ergeben, dass eine speziell geschulte Fachkraft aus der Verwaltung, die zumindest eine Kontrollfunktion hat zur Kostenreduzierung führt.
29.08.2013 - 13:13	Moderation MR	Lieber Herr Neumeier, bitte achten Sie darauf, einen konstruktiven Dialog zu wahren. Gerade bei der schriftlichen Kommunikation ist es wichtig, darauf zu achten, dass auch Kritik so formuliert wird, dass Sie nicht anderen Personen Dinge unterstellt, die für diese beleidigend sind. In diesem Zusammenhang sollten die Bemühungen der Verwaltung, zu jedem Vorschlag eine Einschätzung abzugeben, wertgeschätzt werden. Bitte denken Sie auch daran, dass die Verwaltung aus Menschen besteht. Verallgemeinerungen wie "Der Hinweis der Verwaltung zeigt einmal mehr, dass es an einem ernsthaften Willen Einsparungen zu erzielen, ganz offensichtlich fehlt." sind daher schwierig. Beste Grüße, Michelle Ruesch (Moderation)
29.08.2013 - 13:25	Redaktion Frank...	Hallo Herr Klee, vielen Dank für Ihren Diskussionsbeitrag. Ich stimme Ihnen dahingehend zu, dass sich die Kosten für die Schulung einer geeigneten Person, die schon Beschäftigte bzw. Beschäftigter der Stadtverwaltung ist, sicherlich nicht allzu hoch sein werden. In Hinblick auf die laufenden Personalkosten gebe ich allerdings zu bedenken, dass eine Person aus der Verwaltung, der diese Aufgabe zukünftig übertragen würde, dann Arbeiten, die sie derzeit erledigt, nicht mehr wahrnehmen könnte. Ob und in welcher Höhe durch die Zentralisierung des Beschaffungswesens Synergieeffekte eintreten, durch welche die dann benötigten Personalkapazitäten geschaffen würden, kann derzeit nicht beurteilt werden. Stand heute habe ich daran erhebliche Zweifel. Derzeit kann ebenfalls nicht beurteilt werden, ob die Aufgabe "zentrale Beschaffung" in Vollzeit oder in Teilzeit bewältigt werden könnte, wobei die Beantwortung dieser Frage natürlich auch stark von der Ausgestaltung des Aufgabengebietes abhängen wird. Meine Einschätzung ist - Stand heute -, dass eine personalaufwandsneutrale Umsetzung Ihres Vorschlages nicht möglich ist. Für die Erledigung der o.g. Arbeiten müsste daher nach meiner Einschätzung Ersatzpersonal rekrutiert werden. Die Größenordnung der Personalkosten, die durch eine entsprechende qualifizierte Person entstehen würden, habe ich Ihnen anhand des Beispiels einer Vollzeitkraft (39 Wochenstunden) dargestellt. Für den Fall, dass die Aufgabe von einer Teilzeitkraft bewältigt werden könnte, würde sich der Personalkostenanteil natürlich entsprechend reduzieren. Viele Grüße Frank Krause

29.08.2013 - 16:56	Klaus Klee	Hallo Herr Krause, an eine Zentralisierung der Beschaffung habe ich nicht gedacht, weil das auf jeden Fall Personalkosten verursacht. In vielen Unternehmen werden Bedarfe dezentral beschafft, jedoch besteht dort über Artikelgruppen bei allen beschaffungsstellen eine größtmögliche Transparenz oder entsprechende organisatorische Voraussetzungen (Nutzung eines Beschaffungsmoduls innerhalb der EDV, Analysen etc.) für ein Beschaffungskontrolling, aus dem Rahmenvereinbarungen, spezielle Empfehlungen und abgestimmte Beschaffungshandlungen resultieren. Ich schließe mich dem Angebot von Herrn Fröhlich an, ebenfalls meine Fachkenntnisse auf dem Gebiet zur Verfügung zu stellen. Schulungsunterlagen liegen bereit. Warum soll sich deren Nutzen nicht auch in der Stadtverwaltung entfalten?! Mit freundlichem Gruß Klaus Klee
29.08.2013 - 18:22	Redaktion Frank...	Hallo Herr Klee, vielen Dank für Ihre Antwort und die damit verbundene Klarstellung. Ich habe Ihren Vorschlag in der Tat dahingehend verstanden, dass die Beschaffung möglichst zentralisiert werden sollte. Ich hoffe, dass ich Sie nun richtig verstanden habe, dass Sie u.a. die Einführung von standardisierten Warenkörben, Mengen- und Vertragsbündelungen beim Einkauf, z. B. durch den konsequenten Abschluss und regelmäßige Überprüfung von Rahmenverträgen, Elektronisches, möglichst internetgestütztes, Bestellwesen, für die gesamte Stadtverwaltung meinen? Ihr Vorschlag würde also bedeuten, die Rahmenverträge werden zentral abgeschlossen und die datentechnische Infrastruktur wird zentral aufgebaut und gepflegt, während die Bestellungen als solche jedoch dezentral durch die jeweiligen Organisationseinheiten der Stadtverwaltung erfolgen? Viele Grüße Frank Krause
29.08.2013 - 21:27	Ernst J. Neumeier	Sehr geehrte Frau Ruesch, Sie haben natürlich Recht damit, dass meine Kritik an dem Verwaltungshinweis vielleicht zu sehr verallgemeinert hat. Aber wo ist denn Ihr Hinweis auf die Unterstellung der Verwaltung, dass für den Vorschlag von Herrn Klee eine Vollzeitkraft herangezogen wird? Der Text von Herrn Klee mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Qualifikation durch Schulung, ging ja eindeutig in Richtung auch anderer Maßnahmen. Insofern war mein Appell darauf gerichtet, die Verwaltung möge allgemein etwas sensibler und auch überlegter auf die Vorschläge eingehen. Denn nur dann werden den Vorschlägen auch Erfolge zum Wohle der Stadt beschieden sein. Zum konstruktiven Dialog verweise ich meine Ausführungen zu den alternativen Möglichkeiten der Umsetzung des Vorschlages. Ein anderer Kommentator hat dies ebenfalls aufgegriffen. Mit freundlichen Grüßen Ernst J. Neumeier
30.08.2013 - 07:56	Klaus Klee	Hallo Herr Krause, so war es gemeint. Über die so entstehende Bündelung und die Transparenz der Lieferantenverhältnisse werden auch übergreifende qualitative Beurteilungen möglich. Nicht vernachlässigen sollte man auch, dass Verkäufer heute sehr gut geschult sind und deshalb auch auf gut vorbereitetes Beschaffungspersonal treffen sollte. Viele Grüße Klaus Klee
30.08.2013 - 09:48	Redaktion Frank...	Hallo Herr Klee, vielen Dank für Ihre Antwort. Der Vorschlag ist rechtlich unbedenklich und er ist organisatorisch umsetzbar, dieses liegt auch im Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal. Ein gewisses Maß an Fachkompetenz und Personalressourcen ist natürlich auch in diesem Fall von der Stadt Maintal bereitzustellen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass bei Beschaffung der Stadt Maintal zwingend die Regelungen des öffentlichen Vergaberechts zu beachten sind. Dieser personelle Aufwand dürfte sich jedoch in Grenzen halten. Außerdem wäre denkbar, die Beschaffungen im Rahmen einer interkommunalen Kooperation, z.B. mit unserer Nachbarstadt Hanau - die vor einigen Jahren für ihre Beschaffungen die stadteigene "Hanau Einkauf GmbH" gegründet hat - durchzuführen. Damit wären vermutlich noch bessere Preise erzielbar. In welcher Höhe sich ein Einspareffekt ergeben würde, lässt sich heute nicht prognostizieren. Viele Grüße Frank Krause
15.09.2013 - 14:48	herrmann@kuvasz.de	Es ist der Stadt Maintal unbenommen, qualifizierte Trainer für Einkäufer im rechten Maße einzusetzen. Die Einkäufer müssen in der Lage sein, das für die Stadt optimale Verhältnis von Preis und Leistung eines Angebotes zu erkennen. Das nennt man strategischen Einkauf. Das billigste kommt zu 90% zu teuer.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde nicht mit Blick auf ein bestimmtes Gemeinwohlkriterium diskutiert, sondern stattdessen „quer“ dazu. Dieser Vorschlag wurde sehr positiv von der Gruppe aufgenommen und diskutiert. Unter anderen wurden folgende Punkte angesprochen bzw. Hinweise gegeben:

- Man sollte aufpassen, dass Bürokratie durch eine Zentralisierung / kaufmännische Bündelung des Einkaufs nicht zunehmen
- Es muss standardisierte Listen mit Produkten geben, um mehr Marktmacht der Stadt Maintal ausnützen zu können
- PC-Programm zur Unterstützung für die Berechtigten mit Berücksichtigung der Budgets, Händlervergleiche – auch hier: Wettbewerb und evtl. Rabatte nutzen
- Vermeidung von Jahresschlusskäufen (Hinweis der Verwaltung: gibt es in Maintal bereits heute nicht mehr), denn betroffene Budgets verfallen nicht und werden auch nicht gekürzt
- Fachstellen- und organisationseinheitenübergreifende Bedarfsbündelung notwendig
- Hinweis der Verwaltung: Es wäre zu prüfen, inwieweit interkommunale Einkäufe z.B. durch Kooperation / Nutzung von Dienstleistungen der Hanauer Einkaufs GmbH möglich sind, um bei Einkäufen entsprechend Rabatte zu bekommen
- Hinweis der Verwaltung: zentrale Bestellung von Büromaterial (Fachdienst Zentrale Dienste) zur Stärkung der Marktmacht weiter ausbauen
- Schulung / Fortbildung von Personal notwendig
- Hinweis: In manchen Bereichen müssen Angebote ausgeschrieben werden, hier gibt es keinen Einkauf im klassischen Sinne
- Verbesserung der Koordinierung zwischen den Abteilungen wäre gut, zum Beispiel, dass alle die gleiche Druckerei nutzen, um auch hier Rabatte zu erzielen

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Vorschlag 6.2: Nutzen von einkäuferischem Fachwissen für die Beschaffung und die Unterstützung der dezentralen Einkaufsstellen

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 16.12.2013 die Umsetzung des oben genannten Bürgerhaushaltsvorschlages 6.2 beschlossen.

Zu diesem Bürgerhaushaltsvorschlag hat der Vorschlagende, der in seiner beruflichen Laufbahn jahrzehntelang im Einkauf von Großunternehmen beschäftigt war, am 3.2.2014 im Maintal-Forum folgende Aussage getätigt:

„Auch auf die Gefahr, dass jetzt einige Forumteilnehmer wieder denken: „Schon wieder der Klee...“, möchte ich zum Thema Bürgerhaushalt heute mal exemplarisch aufzeigen, was ich unter aktiver Bürgerbeteiligung beim Bürgerhaushalt verstehe. Hierzu benutze ich meinen eigenen Vorschlag "Nutzen von einkäuferischem Fachwissen für die Beschaffung und die Unterstützung externer Einkaufsfunktionen“, der von der Stadtverordnetenversammlung bereits zur Umsetzung frei gegeben wurde. Denn er zeigt den Weg, den Vorschläge nehmen sollten und wie vorhandenes Wissen aus der Bürgerschaft eingesetzt werden kann.

Während der Informationsphase erfragte ich das Einkaufsvolumen der Stadt Maintal. Aus dem Haushaltsplan ließ sich ein Überblick herausziehen, der dann auch im Informationsmodul eingestellt wurde. Eine Nachfrage klärte, welche Personen oder Personengruppen Aufträge an Lieferanten erteilen bzw. Beschaffungen vornehmen. Davon konnte abgeleitet werden, dass die Beschaffungsfunktionen dezentral auf alle Fachbereiche verteilt sind und nur in zwei Bereichen Beschaffungen von Personen mit besonderer Fachkenntnis eingekauft wird. Ein spezielles Beschaffungsmodul der EDV gibt es nicht, weshalb sich Beschaffungsmarktkennntnisse zersiedeln. Daraus ergab sich folgerichtig der oben genannte Vorschlag. Während der Diskussionsphase wurden irrtümliche Interpretationen ausgeräumt. Inzwischen soll der Vorschlag umgesetzt werden. Eigentlich typisch wäre nun gewesen, kostenintensiv externe Hilfe in Anspruch zu nehmen, um ein Konzept erarbeiten zu lassen. In diesem Fall bot ich jedoch meine langjährige Erfahrung auf dem Sektor Logistik, Materialwirtschaft und Einkauf zur Umsetzung des Vorschlages an, was inzwischen bereitwillig angenommen wurde. In der nächsten Woche erfolgt ein Abstimmungsgespräch, bei dem ein Konzept und verschiedene Maßnahmen vorgestellt werden, die einen begrenzten Kreis von Verwaltungsmitarbeitern in die Lage versetzen kann, ähnlich gut geschult Lieferantenvertretern gegenüberzutreten, wie diese mit ihnen umgehen. Mehrere meiner langjährig erprobten Schulungsprogramme werden dabei vorgestellt und der passende Personenkreis darauf abgestimmt. Die Schulungen erfolgen dann kostenlos und es ist eigentlich nur Arbeitszeit und Interesse zu investieren.

Die Summe aller richtig umgesetzten Erfahrung werden zu einem wesentlich besseren Einkaufsergebnis führen. Jeder Euro, der nicht ausgegeben wird und jede kostenlose Zusatzleistung der Lieferanten verbessern die finanzielle Situation Maintals. In Großunternehmen weitete man die Schulungen auf alle Mitarbeiter aus, die Verhandlungen verschiedenster Art zu führen haben, denn man merkte schnell, dass es den Vorsprung aufzuholen galt, den gut geschulte und kompetente Verhandlungspartner

Vorschlag 6.2: Nutzen von einkäuferischem Fachwissen für die Beschaffung und die Unterstützung der dezentralen Einkaufsstellen

bereits nutzten. Eine gute Informationsstruktur, gute psychologisch und taktisch geschulte Mitarbeiter der Verwaltung und eine starke Motivation eröffnen neue Möglichkeiten... .“

Am 12.2.2014 fand eine Besprechung zwischen Herrn Klee, Frau Pauly und Herrn Krause zur Umsetzung des Bürgerhaushaltsvorschlages 6.2 statt. Im Rahmen dieses Gespräches stellte Herr Klee sein Schulungskonzept für die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Stadtverwaltung Maintal, die regelmäßig mit Beschaffungen betraut sind, vor. Nachdem das Konzept ausgiebig diskutiert war, wurde beschlossen, dass die von Herrn Klee angebotene Schulung verwirklicht werden soll. Sie wird an zwei Tagen (jeweils vormittags) am 6.5.2014 und 13.5.2014 für ausgewählte Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Rathaus stattfinden.

Die Erkenntnisse aus der Schulung sollen zeitnah evaluiert werden. Aus den Ergebnissen der Evaluation können sich weitere Maßnahmen ergeben, welche, ist derzeit noch nicht absehbar.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Dem Bürgerhaushaltsvorschlag 6.2 „Nutzen von einkuferischem Fachwissen für die Beschaffung und die Unterstützung der dezentralen Einkaufsstellen“ wird zugestimmt. Der Magistrat wird aufgefordert, im Rahmen der Personalentwicklung regelmäßig mindestens eine Veranstaltung im Kalenderjahr zur Schulung von Einkuferinnen bzw. Einkufern der Stadtverwaltung durchzuführen.

Begründung:

Wie in dem als Anlage beigefügten Prüfungsbericht bereits dargestellt wurde, fand im Mai 2014 eine Schulungsveranstaltung für ausgewählte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt. Referent war der Vorschlaggeber. Eine Erkenntnis war, dass die Durchführung dieser Schulungsmanahme lediglich einen Einstieg in das Thema darstellen konnte, daher sollten sich weitere Maßnahmen anschließen. Dies können Schulungsveranstaltungen, Erfahrungsaustausche und Workshops zum Thema Beschaffung in der öffentlichen Verwaltung, d.h. unter Berücksichtigung der Besonderheiten des öffentlichen Vergaberechts, sein.

Vorschlag 6.3: Verzicht auf Papierunterlagen für die Gremien

Die Sitzungsunterlagen, das sind die Beschlussvorlagen und Anlagen für die Sitzungen des Magistrates, der Ausschüsse und der Stadtverordnetenversammlung werden nicht mehr in Papierform sondern nur noch digital zur Verfügung gestellt. Ein vor Jahren von der Stadt Maintal angeschafftes Ratsinformationssystem bietet den Mandatsträgern die Möglichkeit, ausnahmslos auf alle Sitzungsunterlagen zuzugreifen. Lediglich das gesetzlich vorgeschriebene Einladungsschreiben wird in Papierform zugestellt.

Auswirkungen: Umstellung der Arbeitsweise bei den Stadtverordneten

Einsparung: ca. 5.500 € pro Jahr

Kommentare aus der Internetdiskussion

26.08.2013 - 16:44	Klaus Klee	Das ist ja bereits Fakt und führte zur Verlagerung der Kosten auf die Fraktionen. Zweimal sparen - geht nicht!
27.08.2013 - 07:34	KhKaiser	Der Vorschlag ist grundsätzlich zu begrüßen. Beinhaltet der Verwaltungsvorschlag auch die Komponente, dass a) Stadtverordnete gegebenenfalls hierfür möglicherweise erst einen PC/Laptop anschaffen müssen; b) die Internet Versorgung in den Stadtteilen von sehr.unterschiedlicher Qualität ist?
27.08.2013 - 18:00	Jennifer Gutberlet	wenn die technischen Voraussetzungen stimmen, dann sehr gerne.
28.08.2013 - 10:26	Klaus Klee	Dann müsste auch sichergestellt werden, dass die Stadtverordneten grundsätzlich elektronische Arbeitsmittel benutzen.
15.09.2013 - 16:39	herrmann@kuvasz.de	I.O..
23.09.2013 - 22:07	Jörg Schuschkow	Den Versuch gab es ja schon. Die Probleme sind folgende: 1. Bereitstellung von Strom- und Internet-Anschlüssen an allen Sitzungsorten An allen Sitzungsorten der Fraktionen und der Ausschüsse müßten Internet-Anschlüsse, ja zumindest Stromanschlüsse für alle Teilnehmer zur Verfügung gestellt werden. Das ist bisher nicht gewährleistet und mir konnte bisher niemand sagen, wie das gewährleistet werden soll. 2. Versorgung der Stadtverordneten mit Laptops / Computern Es gibt durchaus Stadtverordnete, die verfügen nicht einmal über einen Computer. Von Laptops, die man zu Sitzungen mitnehmen könnte, ganz zu schweigen. Schwierige Themen kann man aber nur diskutieren, wenn man die Unterlagen dazu hat. Ansonsten verlagert man den Zwang zum Ausdruck der Unterlagen auf die Stadtverordneten, was nicht Sinn der Sache wäre. Außerdem müßte man ihnen dafür dann eine Dokumentenpauschale zur Verfügung stellen, da es dem einzelnen nicht zugemutet werden kann, auf eigene Kosten die Unterlagen auszudrucken. Selbst eine Anschaffung von Laptops über Fraktionsmittel ist übrigens nicht zulässig. Wollte die Stadt aber alle 45 Stadtverordneten ca. alle 5 Jahre mit Laptops versorgen, würde man nichts sparen, sondern drauflegen. 3. Die Möglichkeit, per Internet an die Unterlagen auch heran zu kommen Ich wohne in Hochstadt und habe eine schlechte Internetleitung der Telekom. Ich kann zwar zum Download der Unterlagen meinen Rechner über Nacht laufen lassen, aber dann bricht das Programm mit einer Fehlermeldung ab, weil mein Zugriff auf das System wohl zu lange dauert. (Alles schon probiert und mit der Verwaltung besprochen. Es gibt keine Lösung.) Einzelne Dateien lassen sich auch nicht herunter laden, sondern systembedingt nur das ganze Paket. Und das bei jeder kleinen Änderung durch neue Anträge usw. Mein Vorschlag, das ganze dann auf CD zu brennen, kostet nach Aussage der Verwaltung genauso viel wenn nicht mehr, als würde man Papier verteilen. Fazit: Wenn die Probleme gelöst werden, sehr gerne. Aber eine Einsparung wird das nicht bringen.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde nicht mit Blick auf ein bestimmtes Gemeinwohlkriterium diskutiert, sondern stattdessen „quer“ dazu. Es gab eine lebhafte Diskussion, wobei sich zwei Sichtweisen herauskristallisierten: zum Einen wurde darauf hingewiesen, dass gerade Mandatsträger sich mit der Nutzung neuer Medien auskennen sollten, da sie ja auch Verantwortung für die Stadt Maintal übernehmen sich daher aktuellen Entwicklungen (Internet, Computer, Soziale Medien) nicht verschließen könnten. Zum anderen wurde darauf hingewiesen, dass die Annahme eines Mandates nicht von der Mediennutzung und -kompetenz abhängig gemacht werden dürfe. Ein Mandat müsse davon unabhängig frei für jederman/frau sein. Zumal ja auch in der Bevölkerung es immer noch einen gewissen Teil von Menschen gäbe, die aus welchen Gründen auch immer, neue Medien/Internet nicht nutzen würden und auch diese bräuchten Vertreter/innen im Rat.

Folgende Punkte wurden im Verlauf der Diskussion angesprochen, diskutiert:

- Hinweis der Verwaltung: gesetzliche Verpflichtung: nur Einladung und Tagesordnung für die Sitzungen in Papierform zu versenden
- Einerseits: Politik sollte mit der Zeit gehen – hoher symbolischer Wert
- Andererseits: Mandat muss offen sein
- Laptop ist eine private Anschaffung der Stadtverordneten: man keinen zwingen, dass er diese Ausgabe aus eigener Tasche tätigen muss
- De facto: teilweise keine Kompetenz oder Nutzung bei Vertreter/innen vorhanden - das muss berücksichtigt werden.
- Darüber hinaus gibt es keine Netzversorgung: der Zugang zum Netz kann nicht — wie bei der Anschaffung von Laptop usw. auch — zur Privatsache des Abgeordneten / der Abgeordneten gemacht werden. Es gibt keine technischen Mittel für die Stadtverordneten → Verlagerung der Kosten (z.B. Ausdrucken) in den Privathaushalt
- Empfehlung: ja – statt Zwangsumsetzung

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Sonstige Kommentare/Anregungen zum Vorschlag

Alle Beteiligten enthalten sich

Stellungnahme der Verwaltung

Im Jahr finden ca. 7 Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der vorbereitenden Ausschüsse statt.

Es werden pro Sitzung - je nach Umfang der Tagesordnung und der beigefügten Unterlagen zwischen 3000 und 7000 Blatt Papier benötigt. Hinzukommen noch die Lohnkosten, Kopierkosten (s/w, farbig), und die Kosten für entsprechend große Versandtaschen.

Gemäß § 58 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung ist gesetzlich geregelt, dass eine Einladung und die Tagesordnung unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung den Stadtverordneten zugestellt werden muss. Die Zustellung kann schriftlich oder elektronisch erfolgen.

Die Übersendung weiterer schriftlicher Unterlagen ist gesetzlich nicht gefordert. Sie sind ein zusätzlicher Service der Stadtverwaltung. Diese zusätzlichen Unterlagen werden schon jetzt auf elektronischem Weg im Ratsinformationssystem bereitgestellt und können von allen Stadtverordneten weltweit eingesehen werden.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung mit Mehrheit abgelehnt.

Begründung: Die Stadtverordneten sollen nicht gezwungen werden ihre Unterlagen nur elektronisch einsehen zu können. Stattdessen sollen die Stadtverordneten die technischen Möglichkeiten freiwillig nutzen können.

Vorschlag 6.4: Verkleinerung der Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung wird auf die gesetzliche Mindestgröße gem. §38 Abs.2 HGO von 45 auf 37 Stadtverordneten reduziert.

Auswirkungen: keine

Einsparung: ca. 6.600 € pro Jahr

Kommentare aus der Internetdiskussion

26.08.2013 - 16:41	Klaus Klee	Guter Vorschlag! Nicht alle Stadtverordneten gehören zu den besonders Aktiven und werden nur zu Abstimmungszwecken benötigt. So würden sich die hinteren Reihen etwas lichten. Allerdings wären die Ausschüsse schwieriger zu besetzen.
27.08.2013 - 18:05	Jennifer Gutberlet	Was hat das mit dem Haushalt zu tun? Hier ist doch wohl eher eine Änderung der Satzung nötig.
28.08.2013 - 17:10	Terraner	Gute Idee.
29.08.2013 - 17:07	Klaus Klee	Alles, was Geld kostet, hat mit dem Haushalt zu tun. Wie Einsparungen erzielt werden, ist allerdings ein Frage des einzuhaltenden Weges. Die Beurteilung, wie viele Stadtverordnete das Parlament haben soll, ist doch bisher eher eine politische Entscheidung.
29.08.2013 - 18:04	Tron	Wo kommen denn die 6.600 € im Jahr her? 8 StV weniger heißt bei 10 Sitzungen der StVV und 26 € je Sitzung 2.080 €.
29.08.2013 - 21:15	KhKaiser	2013 wird es 6 reguläre und wahrscheinlich 2 Sondersitzungen geben. Hinzu kommen Ausschusssitzungen und Fraktionssitzungen zur Vorbereitung. Je Sitzung erhält eine Stadtverordneter eine Aufwandsentschädigung von 26€. Sicher kann man Papier, etc. Noch hochrechnen, um auf die besagte Zahl zu kommen. Berücksichtigen muss man, dass eine Änderung der Maintaler Satzung sich frühestens nach der nächsten Kommunalwahl 2016 auswirkt. Auch wichtig : für die Teilnahme an Arbeitsgruppen erhält kein Stadtverordneter eine Aufwandsentschädigung. Und: Stadtverordnete erhalten keine Fahrtkosten Erstattung. Fahrtkosten sind pauschal mit der Aufwandsentschädigung abgedeckt.
06.09.2013 - 11:47	Tron	Okay dann wird die Summe verständlicher. Danke für die Antwort.
15.09.2013 - 16:34	herrmann@kuvasz.de	Auf kommunaler Ebene wurde die 5% Grenze abgeschafft. Dieser Vorschlag läuft Gefahr, eine vom Gesetzgeber gewollte Entscheidung zu mehr Vielfalt in der Kommunalpolitik auszuhebeln.
18.09.2013 - 09:27	Klaus Klee	Auf so manche politische Vielfalt kann ich persönlich verzichten.
23.09.2013 - 21:50	Jörg Schuschkow	Ich habe es als Mitglied einer großen Fraktion auch mitbekommen, daß viele Fraktionsmitglieder sehr gut in der Fraktion mitarbeiten, diskutieren und Vorschläge einbringen, sich aber eben im öffentlichen Gremium nicht trauen, nach vorne zu treten. Das heißt aber nicht, daß sie nicht wertvolle Mitglieder der Fraktion sind, auch wenn das von außen nicht zu sehen ist. Eine gewisse Selbstbeschränkung ist da auch nötig, denn wenn alle 45 Stadtverordneten immer zu jedem Thema ihre Meinung sagen würden, hätten wir demnächst dreitägige Sitzungen.
23.09.2013 - 21:50	Jörg Schuschkow	Dieser Vorschlag wurde bereits zweimal von verschiedenen Stadtverordnetenversammlungen abgelehnt. Der Vorschlag würde dazu führen, auf weniger Stadtverordnete noch mehr Arbeit zu verteilen. Sitzungswochen, in denen man von 5 Abenden 2 Abende in der Fraktion verbringt und 2 weitere in Ausschüssen sind nicht wirklich förderlich für das Familienleben. Als Fraktionsvorsitzender kann ich sagen, daß es schwer ist, Menschen überhaupt zu motivieren, einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung anzustreben. Dabei hängt unsere Demokratie von politisch aktiven Bürgerinnen und Bürgern ab. Wenn ich die Hürden nun noch höher mache, bringt das sicher nicht mehr Bürgerinnen und Bürger dazu, ein Mandat anzustreben. Wenn die 17 Bürgerinnen und Bürger, die diesen Vorschlag bisher positiv bewertet haben, selber bei der nächsten Wahl antreten, können Sie ihre Meinung ja in die Stadtverordnetenversammlung tragen. Aber dann eben auch an der Arbeit teilhaben.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde nicht mit Blick auf ein bestimmtes Gemeinwohlkriterium diskutiert, sondern stattdessen „quer“ dazu. Es gab eine lebhaft Diskussions, wobei folgende Vor- und Nachteile geäußert wurden:

- *Hinweis der Verwaltung: Auswirkung erst für 2016*
- *Vorteil: Kosteneinsparung*
- *Mögliche Nachteile: Ehrenamtsbelastung nimmt zu, mehr Ältere und eher weniger Jüngere in der Politik, ggf. negative Auswirkung auf Qualität der Arbeit*
- *Eher neutral mit Blick auf Auswirkungen auf die Mehrheitsverteilung, die wohl nicht zu erwarten sind.*

Umgang mit diesen Vorschlag:

- Der Vorschlag sollte zur Abstimmung ohne Fraktionszwang mit offenem Ausgang gestellt werden.
- Hinweis der Verwaltung: Vorschlag soll(te) mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Sonstige Kommentare/Anregungen zum Vorschlag

5 Enthaltungen

Stellungnahme der Verwaltung

In Deutschland setzen sich kommunale Vertretungskörperschaften von Städten in der Größenordnung von Maintal wie folgt zusammen:

Baden-Württemberg: 32

Bayern: 40

Brandenburg: 36

Mecklenburg-Vorpommern: 37

Niedersachsen: 38

Nordrhein-Westfalen: 44

Rheinland-Pfalz: 40

Saarland: 45

Sachsen: 30

Sachsen-Anhalt: 40

Schleswig Holstein: 35

Thüringen: 36

In allen Bundesländern - außer in Hessen - gibt es keinen Magistrat (Gemeindevorstand). Dort sind die „Räte“ das einzige kommunalverfassungsrechtlich verankerte Gremium (Ortsbeiräte o.ä. ausgenommen). In Maintal beträgt die Anzahl der ehrenamtlichen Mandatsträger aus Stadtverordnetenversammlung und Magistrat derzeit 51.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Dieser Bürgerhaushaltsvorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung nicht entschieden, da ein gleichlautender Antrag einer Stadtverordnetenfraktion vorher zur Abstimmung stand. Dieser wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Vorschlag 6.5: Streichung des Projektes "Klimamanager", weil keine zwingende Notwendigkeit besteht und die Aufgabenbeschreibung erkennen lässt, dass es sich nicht um eine Gemeinwohlaufgabe handelt.

Im Haushalt 2013 bis 2015 sind für jedes Jahr 65.000,- € für einen Klimamanager als Aufwand vorgesehen. Hierzu hat die Verwaltung in ihrer Antwort vom 3.9. auf meine Anfrage vom 29.8. mehrere Aufgaben für diese Stelle aufgeführt. Bei diesen Aufgaben handelt es sich aus meiner Sicht um theoretische Erörterungen für die keine zwingende Notwendigkeit besteht. Insbesondere die "Energieberatung für Privatpersonen und Unternehmen" ist keine Aufgabe, die die Stadt zu Lasten der Allgemeinheit zu leisten hat. Die Mehrheit der Bürger/Innen kann hieraus keinen Nutzen ziehen, sondern muss die Kosten tragen, aus denen einige Wenige eventuell einen Nutzen ziehen. Dies widerspricht eindeutig dem Gemeinwohlprinzip.

Es handelt sich nach meiner Ansicht um ein Luxusprojekt, das die Stadt sich leisten könnte, wenn sie im Geld schwimmen würde. Falls aber als Argument herangezogen wird, dass die städtischen Immobilien eine wärmetechnische Sanierung benötigen, so kann ich darauf verweisen, dass die Verwaltung hierzu kostenlose Vorschläge von Fachfirmen erhalten kann, die nach einer Sichtung durch die Fachabteilung zur Genehmigung vorgelegt werden können. Auch die Tatsache, dass für diese Planstelle eventuell Zuschüsse des Ministeriums gewährt werden, rechtfertigt nicht den Mehraufwand für die Stadt, der in jedem Falle entstehen wird, weil die Zuschüsse regelmäßig nur einen Bruchteil des Aufwandes betragen.

Bei Schaffung einer neuen Planstelle werden die Kosten auch über 2015 hinaus bestehen.
Wichtig für Maintal, weil ...

ca. 195.000,- Euro an Kosten für die nächsten Jahre eingespart werden können für Aufgaben die zur Zeit nicht zwingend notwendig sind.

Vorschlag 6.5: Streichung des Projektes "Klimamanager", weil keine zwingende Notwendigkeit besteht und die Aufgabenbeschreibung erkennen lässt, dass es sich nicht um eine Gemeinwohlaufgabe handelt.

Kommentare aus der Internetdiskussion

17.09.2013 - 10:36	Seppi	Der "Klimamanager" soll abgeschafft werden, obwohl er doch Einsparpotentiale bei den Energiekosten auch der städtischen Gebäude ausloten soll. Die Stelle des Klimamanagers führt somit zu einer Einsparung bei den Energiekosten. Gleichzeitig wird ein "Fundraiser" für 50.000 € gefordert bei dem der sich daraus ergebende Gewinn "nicht abschätzbar" ist.
17.09.2013 - 11:29	Erhard Rohrbach	Sehr geehrter Herr Eimer, die Bürgerhäuser und die Maintalhalle sind sehr gut ausgelastet, die Vereine nutzen die Häuser sehr intensiv für den Trainingsbetrieb sowie Veranstaltungen. Die Häuser dienen damit in erster Linie der Sport- und Kulturförderung und bilden das Rückrat eines regen Vereinslebens und des bürgerschaftlichen Engagements. Geringe Potentiale (nach meiner Einschätzung: unterer fünfstelliger Betrag) bestehen lediglich noch im Bürgerhaus Bischofsheim. Mit freundlichen Grüßen Erhard Rohrbach
17.09.2013 - 11:39	Klaus Klee	Meiner Meinung nach wimmelt es im Markt nur so vor Klimaberatern, die ihre Produkte verkaufen wollen. Außerdem ist die Stadt Mehrheitseigentümer eines Energieversorgers, der ebenfalls beraten kann. Was macht denn diese Person anders als andere Klimaberater, deren Beratung bereits in Produktpreisen eingeschlossen sind? Wir werden doch keine Leistungen erbringen wollen, die zum Lieferumfang von Produzenten gehören!? Notfalls kann man die konkrete Beratung honorieren, um in der vergabe frei zu sein. Zunächst meine ich auch, dass so etwas überdacht werden sollte.
17.09.2013 - 15:00	herrmann@kuvasz.de	In Sachen Energieberatung bestehen vielfältige Angebote. Eine sinnvolle Synchronisation der Anbieter untereinander ist zielführend.
17.09.2013 - 16:18	Rudi54	Wie soll man hier "Bewerten" ? Ist es wichtig für Maintal - dass der Klimamanager abgeschafft wird oder ist es wichtig für Maintal einen zu haben ? Was klicke ich an, wenn ich für den Klimamanager bin ? Ich stelle die Frage bewusst mal hier als Kommentar, da je meine Meinung "Pro" Klimamanager hierher gehört.
17.09.2013 - 18:28	Klaus Klee	Hier wird immer die Frage bewertet und nicht der generelle Sachverhalt. Lehnt man den vorschlag ab, dann Daumen nach unten wählen.
17.09.2013 - 19:58	Moderation PS	Hallo Rudi54, wenn Sie für den Klimamanager sind, dann wählen Sie, wie von Herrn Klee beschrieben, das Symbol mit dem Daumen nach unten. Möchten Sie sich jedoch gegen einen Klimamanager aussprechen, dann wäre der Daumen nach oben die richtige Wahl. Beste Grüße, Petra Schröter (Moderation)
19.09.2013 - 13:25	Redaktion Jörg Wuff	Sehr geehrter Herr Neumeier, gerne nehmen wir zu Ihrer Anmerkung hinsichtlich des Projektes Klimamanager bzw. Klimamanagerin Stellung und präzisieren unsere Antwort vom 03.09.2013. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 22.04.2013 ein integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Maintal beschlossen, mit dem Grundlagen für einen langfristig angelegten Wandel der kommunalen Energiepolitik (u.a. Senkung des Energieverbrauchs, Steigerung der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien) geschaffen und nicht zuletzt die ebenfalls beschlossenen Mindestzielvorgaben für den Klimaschutz zur Reduzierung der CO ₂ -Emissionen erreicht werden sollen. Da für die Umsetzung solcher Klimaschutzkonzepte in Maintal, wie in vielen anderen Kommunen nicht die notwendigen personellen Ressourcen zur Verfügung stehen, fördert das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Schaffung der Stelle eines Klimamanagers bzw. einer Klimamanagerin zur fachlich-inhaltlichen Unterstützung (in unserem Fall voraussichtlich mit 85 % Förderquote). Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob z.B.

Vorschlag 6.5: Streichung des Projektes "Klimamanager", weil keine zwingende Notwendigkeit besteht und die Aufgabenbeschreibung erkennen lässt, dass es sich nicht um eine Gemeinwohlaufgabe handelt.

		die Erarbeitung eines Wärmeversorgungskonzeptes für Maintal bzw. eines Quartierskonzeptes für ein bestimmtes Quartier im Stadtgebiet als „Gemeinwohlaufgabe“ verstanden werden kann. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass Kommunen als untere Verwaltungsebene beim Thema Klimaschutz eine Schlüsselrolle zukommt, auch wenn Klimaschutz keine kommunale Pflichtaufgabe ist. Zahlreiche Kommunen setzen erfolgreich Klimaschutzmaßnahmen um, da diese Leistungen neben dem ökologischen vielfach auch einen ökonomischen Nutzen haben, nicht zuletzt als lokale Wirtschaftsförderung. Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuff, i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt
20.09.2013 - 14:57	Ernst J. Neumeier	Sehr geehrter Herr Wuff, besten Dank für Ihre ausführliche Begründung. Natürlich ist Klimaschutz immer "etwas Gutes". Deshalb war es für die StVV auch leicht einem solchen Antrag zuzustimmen. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass der Haushalt in den nächsten 3 Jahren mit ca. 195.000,- Euro belastet wurde. Eine gezielte Energieberatung sollte aber immer für ein konkretes Objekt erfolgen. Nur dann kann sie effektiv sein. Sie ist auch jederzeit bei unterschiedlichen Firmen abrufbar. Der Aufgabenkatalog des "Klimamanagers" ist aber auf theoretische Aufgaben ausgerichtet, die oftmals bereits überholt sind, wenn sie zu Zuge kommen sollen. Ferner ist die Aufgabe: "Beratung von Privatleuten und kleinen Unternehmen" nicht auf die Mehrheit der Bürger abgestellt, weil diese in der eindeutigen Mehrzahl Mieter sind und keinen Einfluß darauf haben, was die Vermieter unternehmen. Im Übrigen ist die Plattform des Bürgerhaushaltes als Forum gedacht, damit die Bürger ihre Meinung zum Ausdruck bringen können, was ich mit dem Vorschlag wahrgenommen habe. Mit freundlichen Gruß Ernst Neumeier
20.09.2013 - 19:14	Zappafan	Klimaschutz geht uns alle an. Schon vergessen: Im Frühjahr stand das Hochwasser in Passau bis in den 1. Stock mancher Häuser. In Colorado haben wir derzeit Hochwasser, im letzten Jahr war es dort brottrocken und es gab Waldbrände.
24.09.2013 - 18:03	Tron	Und deswegen schaffen wir Verwaltungsposten, die nichts bringen?

Vorschlag 6.5: Streichung des Projektes "Klimamanager", weil keine zwingende Notwendigkeit besteht und die Aufgabenbeschreibung erkennen lässt, dass es sich nicht um eine Gemeinwohlaufgabe handelt.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde nicht mit Blick auf ein bestimmtes Gemeinwohlkriteriums diskutiert, sondern stattdessen „quer“ dazu. Es gab eine lebhaftere Diskussion, wobei folgende Punkte zur Sprache kamen:

- Beschluss ist an die Förderung gebunden, (Hinweis der Verwaltung: Bewilligung liegt noch nicht vor)
- Über 3 Jahre würden 30.000 € gespart, falls man den Beschluss zurücknehmen würde, was allerdings kein gutes Signal im Hinblick auf die vorher stattgefundenene politische Entscheidungsfindung und Entscheidung wäre: es liegt ein legitimer Beschluss vor
- Vorschlag: erst Erfahrungen mit Klimamanager sammeln und dann erneut darüber sprechen und gegebenenfalls neue Entscheidung dazu treffen: die Frage lautet dann wie heute: sind die Ziele für das Klimaschutzkonzept ohne Manager und dessen Kompetenz nicht erreichbar?

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Sonstige Kommentare/Anregungen zum Vorschlag

6 Enthaltungen

Vorschlag 6.5: Streichung des Projektes "Klimamanager", weil keine zwingende Notwendigkeit besteht und die Aufgabenbeschreibung erkennen lässt, dass es sich nicht um eine Gemeinwohlaufgabe handelt.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Klimaschutzmanager ist noch nicht eingestellt, und wurde mit 65.000 €/Jahr veranschlagt, wobei hiervon nur 22.750 €/Jahr Einsparung verbleiben, da der Restbetrag gefördert wird. Allerdings können, wenn der Klimamanager nicht eingestellt wird, Aufwendungen für den Klimaschutz mit 20.000 € und im Bereich Öffentlichkeitsarbeit weitere 12.000 € ebenfalls eingespart werden. Die STVV hat im Sommer 2010 beschlossen, dass sich die Stadt Maintal als Mitglied der 100 Kommunen für den Klimaschutz anschließt. Es wurde eine Selbstverpflichtung eingegangen, zukünftig die CO₂-Emissionen zu reduzieren,. Darüber Hinaus wurden Mindestzielvorgaben für den Klimaschutz beschlossen (Beschluss der Stv vom 10.09.2012). Am 23.04. 2013 hat die Stv. darauf aufbauend ein Klimaschutzkonzept für Maintal beschlossen. Der Maßnahmenkatalog beinhaltet folgende Handlungsfelder:

1. Energieberatung
2. Energie- und klimaeffizientes Wohnen
3. Energie- und Klimaeffizienz in Gewerbe, Handel und Dienstleistung
4. Kommunale Gebäudeverwaltung und Organisation
5. Nutzung erneuerbarer Energien
6. Bildung
7. Mobilität

Folge bei Aufgabe der beschlossenen Ziele ist, dass keine Maßnahmen zur CO₂-Minderung erfolgen.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung mit Mehrheit abgelehnt.

Begründung: Die Stadtverordneten möchten zunächst abwarten, ob die Arbeit des Klimamanagers entscheiden zur CO₂-Minderung beiträgt. Falls dies nicht der Fall sein sollte, kann die Stelle zu einem späteren Zeitpunkt abgeschafft werden.

Vorschlag 6.5: Streichung des Projektes "Klimamanager", weil keine zwingende Notwendigkeit besteht und die Aufgabenbeschreibung erkennen lässt, dass es sich nicht um eine Gemeinwohlaufgabe handelt.

Vorschlag 7.1: Eröffnung eines Kinos in Maintal

Wir die Klasse 10Rb schlagen vor, dass ein Kino in Maintal gebaut wird, da es die Attraktivität der Stadt Maintal steigert und man damit Umsatz macht.

Kommentare aus der Internetdiskussion

07.09.2013 - 11:16	Klaus Klee	Mich irritiert, dass bereits zwei ganz entschiedene "unwichtig"-Stimmen abgegeben wurden, jedoch kein passender Kommentar. Aus der Sicht der Schülerinnen und Schüler ist das ein sinnvoller Vorschlag. Hier sollten schon die Hürden genannt werden, die zu überwinden wären. Klaus Klee
07.09.2013 - 13:18	Dirk Kirchmann	Ein Kino würde sicherlich die Attraktivität Maintals steigern. Aus meiner Sicht gibt es dafür zwei grundsätzliche Alternativen: ein Programmkino mit anspruchsvollem Programm oder ein Mehrkino-Center mit Ergänzungsangeboten (Gastronomie, ..), wo evtl. ein idR kleinerer Kinosaal für Filme jenseits des Hollywood-Mainstreams vorgesehen sein könnte. Aber so ein Kino muss sich auch wirtschaftlich tragen, einen weiteren Zuschussbetrieb sollte es nicht geben. Da der Maintaler-ÖPNV in den Abendstunden erst zuletzt weiter ausgedünnt wurde, muss also ein Standort her, der per KfZ gut erreicht werden kann und ausreichend Parkflächen hat. Fragen an die Stadtverwaltung: 1. Welche geeigneten Standorte gibt es? Eventuell gibt es dort bereits eine (städtische) Immobilie, die für den Kinobetrieb (ganz oder teilweise) umgewidmet werden kann. Oder andere Anlagen, die ein Komplementärangebot zum Kino schaffen? 2. Gab es bereits Gespräche mit professionellen Kinobetreibern? Falls nicht sollten Sie vielleicht mal das Gespräch suchen. Vielleicht haben die Ideen für alternative Nutzungen z.B. als Kabarett-/Kleinkunsthöhne u.v.a.m., um die Attraktivität des Angebots zu erhöhen und mehrere Einnahmequellen zu schaffen.
07.09.2013 - 17:52	Lautsprecher	Der Bau eines Kinos ist mit hohen Kosten verbunden, die durch die Einnahmen gedeckt werden müssten. Von welcher Amortisationsdauer geht man hier aus? Einige Jahre (ohne Gewinn) wird das erstmal dauern. - Wer geht heute noch ins Kino ? Ist doch bequemer und billiger zuhause. - Die Alterstruktur der Kinobesucher sinkt mit zunehmendem Alter, d.h. die Jüngeren gehen noch hin. Auf lange Sicht werden unter Berücksichtigung des demographischen Wandels die Besucherzahlen und somit die Erträge sinken. Angesichts der Haushaltslage wäre ein solches Vorhaben auch gar nicht realisierbar und viel zu risikoreich. Daher weniger wichtig für Maintal.
08.09.2013 - 09:21	Gert Eimer	Es sollte untersucht werden, welches der Bürgerhäuser, die zum Teil viel Leerstand haben, für eine Kinonutzung umgerüstet werden kann.
09.09.2013 - 17:18	Redaktion Frank...	Liebe Schülerinnen und Schüler der 10 Rb aus der Werner-von-Siemens-Schule, euer Vorschlag fällt unter die Zuständigkeit der Stadt Maintal und ist rechtlich unbedenklich. Da ein Kino unter dem Aspekt „Förderung von Kulturgut“ geführt werden kann, könnte ein solches als "freiwillige Leistung" durch die Stadt Maintal betrieben werden. Personelle und finanzielle Auswirkungen können bei dieser ersten Einschätzung nicht näher benannt werden. Viele Grüße Frank KrauseFB Hauptverwaltung
09.09.2013 - 17:22	Redaktion Frank...	Hallo Herr Kirchmann, bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir in der Kürze der Zeit (der Vorschlag wurde vor drei Tagen eingereicht) nicht dazu in der Lage sind, auf Ihre sehr detaillierten Fragen zu antworten. Für den Fall, dass der Vorschlag in die Bestenliste aufgenommen wird, werden wir Ihre Fragen jedoch gerne als Grundlagen für unsere Sachverhaltsprüfung nehmen. Viele Grüße Frank KrauseFB Hauptverwaltung
10.09.2013 - 10:35	Klaus Klee	Meiner Meinung nach wäre der große Raum im ehemaligen JUZ Bischofsheim sehr gut geeignet. Er war ja auch schon mal als Kleinkunsthöhne angedacht.
11.09.2013 - 20:16	Zappafan	Ein Kino ist eine kommerzielle Einrichtung, die von einem privaten Investor betrieben werden sollte und nicht von der öffentlichen Hand. Gutes Beispiel ist Nidderau, dort befindet sich ein großes Kinocenter direkt neben dem Schwimmbad. Die Parkplätze können sehr gut gemeinsam genutzt werden.
15.09.2013 - 14:28	herrmann@kuv asz.de	Siehe Kommentar der Verwaltung.
16.09.2013 - 19:14	tus	das kinder und jugendhaus bietet doch sicher die möglichkeit kinofilme zu zeigen. dort besteht die möglichkeit, zum bsp. durch eine "kino-ag", so etwas wie ein kommunales kino zu etablieren.

17.09.2013 - 15:28	boriskreuter	Diese Idee ist für mich nicht neu. Bevor wir mit dem Hauptsitz unserer Filmproduktion (Kinderfilme) nach Sachsen-Anhalt gezogen sind und ab 2014 vorwiegend in Mecklenburg-Vorpommern eigenes Open Air Kino und mit anderen Kinobetreibern auch klassisches Kino durchführen, war mein erstes Anliegen eine Rentabilität (fester Standort / nicht Open Air) für "den noch weißen Kinofleck" Maintal zu prüfen. Ich habe Kinobetreiber aus Frankfurt (Programmkinos) und München (eine Kinokette) nach Ihrer Einschätzung befragt. Besonders ein Familienkino ist für mich eine Maintaler Option gewesen. Das Thema Kinoeröffnung ist sehr komplex. Hilfe gibt es von der FFA (Filmförderungsanstalt) in Berlin. Zuschüsse für digitales Kino auch. Als Privatbetreiber habe ich den Vorschlag in Maintal verworfen. Um auf Gewinnbasis zu arbeiten, reichen keine Maintaler Kinobesucher. Zuschauer aus dem Umland müssen das Kino besuchen. Es gibt aber eine andere Umsetzungsstruktur für ein Kino die funktioniert. Wenn die Stadt Maintal einsteigt ist der Betrieb (und die Chance auf Förderungen) vielversprechend. Voraussetzung ist eine Testphase im Open Air Kinobereich. Ein reines Programmkino, bzw. ein Amateurlino oder semiprofessionelles Kino im Kinder- und Jugendhaus wird zu wenig Zuschauer finden. Maintal besteht mit einem Kinomix von Kunstfilmen, Kinderfilmen und Blockbustern. Zum Verständnis des Kinobetriebs: kein Kino (auch nicht die Kinoketten) machen großen Umsatz mit den verkauften Kinokarten. Da bleibt kaum etwas übrig. Der Umsatz wird über Popcorn, Kaffee & Co gemacht. Zusätzlich über Vermietung von Kinos an Firmen u.ä.. Das wird Ihnen JEDER Kino-Geschäftsführer bestätigen. Der Vorschlag für ein Maintaler Kino ist sehr gut. Aber ich denke in Geschäftsführerstrukturen. In Maintal könnte erst ein Testbetrieb 1-2 Jahre (zur Saison) mit Open Air Kino an geeigneten Flächen starten. Hier sollte sich Maintal an dem Kinobetrieb beteiligen. Mit der Erfahrung (und hoffentlich Gewinn) könnte ein geeigneter Kinostandort für einen festen Betrieb gefunden werden. Ein Kino hat für Maintal tatsächlich viele Vorteile: Maintal wird im Umland bekannt und von mehr Gästen besucht. Von Kindern bis zu älteren Bürgern könnte ein ansprechendes Programm für Vielfalt und Austausch sorgen u.v.m.. Ein kleines oder mittleres Filmfestival könnte das Angebot erweitern. Nach meiner Einschätzung reichen für Maintal 1-2 große Leinwände. Das reicht auch für die Versorgung des Umlandes. Bei guter Programmstruktur (Blockbuster neben Kunstfilm und dem "Besonderen Maintaler Film") ist das Projekt ein Selbstläufer. Ich würde allerdings nicht mit der Tür ins Haus fallen. Erst das Open Air Kino. Dann das feste Maintaler Kino.
18.09.2013 - 22:54	Feldzug	In der Maintalhalle gab es im Keller ein richtiges kleines Kino. Gibt es die Räume noch. Dann koennte man mit kleinen finanziellen Mitteln das kommunale Kino wieder aufleben lassen. Die Frage die sich mir allerdings stellt, wer geht da hin. Meine Kinder haben das 3D Kino kennengelernt. Und das gibt es in Hanau oder Offenbach.
19.09.2013 - 15:15	boriskreuter	Hallo "Feldzug", das Kommunale Kino hat meiner Ansicht in Maintal keinen Erfolg. Es hat aber seine Berechtigung. Das eine Konzept (Programm kino/Kunst kino/Familien kino/Kommunales Kinoprogramm) schließt das andere Konzept (Blockbuster-Filme/Mainstream/3D) nicht aus. Ein Kommunales Kino kostet leider auch viel Geld. Ich rede nicht von Amateurlino auf Bluray oder DVD. Kino ist für die Verleiher und Vertriebe (die Filme zur Verfügung stellen) sehr genau geregelt. Welche Abgaben zu leisten sind, welche Technik und Anlieferung von Festplatten (Digitales Kino) oder 35mm Film, wo die Tickets gedruckt werden MÜSSEN (mit entsprechender Numerierung für Statistiken u.ä.). Nicht nur Gema ist zu zahlen. Es gibt viel mehr Verwertungsgesellschaften u.ä. die Abgaben für den Kinobetrieb verlangen. Sie kommen heute an keinen Kinofilm mehr (nicht DVD/Bluray. Ich meine Kinoformat) ohne die Mindestanforderungen zu erfüllen und alle Abgaben zu zahlen. Alternativ könnte der Amateur-Kinobetreiber jetzt sagen: "Dann zeige ich den Film über Bluray" mit einem guten 2.000 Euro Beamer. Das ist auch eine ordentliche Qualität". Das geht aber nicht. Sie müssen diese Filme auch beim Verleih ordern. In der Regel sind das für Schulen, Kirchen u.ä. sogenannte nicht kommerzielle Verleihanbieter. Die gibt es. Die stellen auch DVDs mit Verleihrecht zur Verfügung. Dann müssen Sie nicht direkt mit dem

		<p>Kinofilmverleiher verhandeln. Das Problem ist, sie dürfen diese Filme nicht kommerziell zeigen. D.h. keine Eintrittskarten verkaufen oder Umsatz machen. Außerdem schauen die Filmverleiher genau auf die Veranstalter. Die Inhaber dieser Leistungsschutzrechte wollen ihren Film in der besten Qualität der Öffentlichkeit präsentieren. Ausser bei Autokinos verlangen die Rechteinhaber oft eine Profi-Tonanlage in 5.1 und 7.1 (natürlich abgenommen) usw. Fazit: Bei hohen Nebenkosten ist in Maintal kaum ein Kommunales Kino ohne Subventionen möglich. Ein Kino mit Blockbustern, ggf. 3D und zusätzlichem Kommunalem Kinoprogramm und Familienfilmen kann sehr erfolgreich sein. Das verlangt allerdings eine sehr professionelle Herangehensweise und die Anschubsfinanzierung und umfangreiche Unterstützung der Stadt Maintal. Zusätzlich können Fördertöpfe in Anspruch genommen werden. Nach 2-3 Jahren läuft das Kinoprojekt Maintal auch gewinnbringend und ohne weiteres Geld aus der Stadt Maintal. D.h. die Stadt Maintal wäre immer noch Anteilseigner und würde Gewinne aus Ticketverkauf, Vermietung (Firmenveranstaltungen), Getränke, Popcorn & Co. generieren. Da wir zwischen Frankfurt und Hanau wirklich einen Kinoengpass haben und ein gutes Programm mit regionalem Bezug (neben Blockbustern) fehlt, sind tatsächlich Gewinne im vierstelligen Bereich möglich. Dazu gehört auch ein zusätzliches Open Air Kino im Sommer und ggf. ein Autokino-Angebot auf Parkplätzen von Supermärkten o.ä. . Es gibt bisher nur 1 Autokino in der Umgebung. Autokinos und Open Air Kinotechnik ist nicht teuer, bzw. günstiger als ein festes Kino. Es gibt sehr professionelle aufblasbare Kinoleinwände für große Open Air Veranstaltungen. Diese werden u.a. für mobile Autokinos eingesetzt. Open Air Kino und Autokino ist meist Stereo (nicht 5.1 oder 7.1). Die Autoradioübertragungstechnik für Autokinos kann geliehen werden. Die aufblasbaren Leinwände auch. Die digitale Projektion könnte aus dem festen Kinobetrieb stammen oder als 2K oder 4K Projektoren ausgeliehen werden. Also, ich glaube an einen Erfolg eines oder mehrerer Kinokonzepte in Maintal. Gewinne sind ganz sicher möglich. Auch für die Stadt Maintal. Allerdings geht es ohne die Anschubsfinanzierung und/oder Hilfe der Stadt Maintal nicht. Deshalb finde ich diesen Antrag der Klasse 10 sehr gut und unterstütze das Anliegen. VG</p>
20.09.2013 - 11:06	Stefanie.S	Ein super Vorschlag. Wir sollten in Maintal auch die kulturellen Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigen. Und dieser Vorschlag richtet sich zusätzlich an alle Maintaler. Ob JUNG, MITTEL oder ALT für ein Kino sind wir in Maintal bereit.
23.09.2013 - 22:55	igfb	Genau in diese Richtung sollte das gehen. Im ehemaligen JUZ könnte neben einem Kino auch eine Kleinkunstabühne usw. etabliert werden. Ich denke das sich auch Angebote für die ältere Generation machen lassen und dieser Ort zu generationenübergreifenden Begegnungen animieren könnte. Darüber hinaus steigert solch ein Ort die Attraktivität einer Stadt und wertet Maintal auf. Leider ist das nicht umsonst zu haben, insofern sehe ich das in der derzeitigen Situation als Utopie an. Wenn sich allerdings eine private initiative findet die das renoviert und betreibt könnte es verwirklicht werden.
23.09.2013 - 22:58	igfb	Im KiJuBi wurden vor der außerplanmäßigen Nutzung durch die KT-Uhland am Wochenende öfter Filme gezeigt. Ich hoffe das wir das noch in diesem Jahr wieder erleben können. Ähnliches gilt für das Brüder-Schönfeld-Haus
23.09.2013 - 23:02	igfb	Hier schließt sich der Kreis: Es gab mal Ansätze ein open Air Kino auf dem Gelände des Maintalbades (!) zu etablieren. Das wäre eine Gelegenheit die Attraktivität Maintals gleich auf zwei Gebieten zu erhöhen, und das mit doch eher geringen Mitteln (im vergleich zu einem "festen" Kinogebäude)

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Bei diesem Vorschlag wurden vor allem die Machbarkeit und Bedingungen zur Umsetzung diskutiert.

Die Kosten für den Verleih der Filme sowie die Technik sind bei Kinos sehr hoch. Deswegen sollte die Möglichkeit geprüft werden, ob nicht eher ein anderes, größeres Kino eine Zweigstelle in Maintal errichtet. Außerdem sollte keinesfalls ein Vereinskino gegründet werden, da dies in jedem Fall die Stadt Maintal finanziell belasten würde, in Form von Zuschüssen. Deshalb wurde die Einrichtung eines professionellen Kinos favorisiert, das nicht nur Kinder- und Jugendfilme, sondern auch Blockbuster u.ä. zeigen soll. Eine Anschubfinanzierung durch die Stadt Maintal wäre aber denkbar und sinnvoll. Denn ein Kino wäre unter anderem ein Standortkriterium, ein kultureller Faktor, der Maintal attraktiver machen würde. Es wurde ein Kino in der Nachbargemeinde angeführt, das sich zu einem Treffpunkt für Jung und Alt entwickelt hat. Außerdem würde ein Kino in diesem Zusammenhang zur Imagebildung von oder einer Identifizierung der Bürger mit Maintal beitragen. Kulturelle Veranstaltungen wie Filmfestivals in Kooperation mit Firmen wären möglich. Sogar die Einrichtung eines kulturellen Zentrums mit Kino und Kleinkunst wurde vorgeschlagen, nach dem Motto „Kultur für alle“.

Neben diesen Argumenten zur Erhöhung der Lebensqualität in Maintal wurden auch die Umweltbelastungen angesprochen, die momentan durch weite Wege zu Kinos in anderen Städten entstehen.

Als wichtigen Hinweis für die Politik wurde der Kommentar von Herrn Kreuter auf der Online-Plattform zu diesem Vorschlag benannt!

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Der kostendeckende Betrieb eines Kinos in Maintal unter dem Dach der Stadt ist derzeit nicht vorstellbar. Die Kosten für das Gebäude und die damit zusammenhängenden Investitionen, nicht zuletzt auch in adäquate und zeitgemäße Vorführungstechnik, werden im gut siebenstelligen Bereich liegen.

Vorstellbar wäre jedoch ein Filmvorführprogramm im Kinder- und Jugendhaus, da der dortige große Versammlungs- und Konzertraum sehr gut für regelmäßige Filmvorführungen geeignet scheint. Die Kosten hierfür hängen natürlich von der Häufigkeit von Filmvorführungen ab. Die genaue Höhe der Einmalkosten ist zu ermitteln, derzeit gehen wir von rd. 1.000 € aus.

Außerdem wäre vorstellbar, dass das Angebot des „Kino Flimmerik“ im Brüder-Schönfeld-Haus entsprechend aufgewertet wird. Die Kosten hierfür wären zu ermitteln, sie dürften sich in der gleichen Größenordnung bewegen wie beim Lösungsvorschlag „Kinder- und Jugendhaus“.

Es ist uns bekannt, dass es früher in der Maintalhalle regelmäßige Filmvorführungen eines Vereins gab. Vielleicht kann man dieses wiederbeleben.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung mit Mehrheit abgelehnt.

Begründung: Das Betreiben eines Kinos gehört nicht in den Aufgabenbereich einer Stadtverwaltung. Das Kulturbüro der Stadtverwaltung hat die Idee jedoch aufgefasst und zeigt nun einmal im Monat einen Film im Kinder- und Jugendhaus in Bischofsheim.

Vorschlag 7.2: Schließung aller Stadtteilbüchereien zugunsten einer Zentralbücherei

Die Stadtteilbüchereien in Hochstadt und Wachenbuchen sowie in einem der Stadtteile Bischofsheim oder Dörnigheim werden geschlossen zu Gunsten einer zentralen Bücherei in Dörnigheim oder Bischofsheim.

Auswirkungen: Die Erreichbarkeit des Angebotes wird insbesondere für weniger mobile Gruppen (Kinder, Senioren usw.) schwieriger. Stadtteilbezogene Aktionen sind nicht mehr möglich. Die Ausstattung und die Angebote der zentralen Bücherei können aufgewertet und erweitert werden.

Einsparung: Nur schwer quantifizierbar, insbesondere wenn die Einsparung zur Verbesserung des zentralen Angebotes genutzt werden soll.

Kommentare aus der Internetdiskussion

27.08.2013 - 07:30	KhKaiser	Ist das ein konkreter Vorschlag den der Magistrat als Vorlage einbringen wird (wenn er auf Breite Zustimmung stößt) oder soll die Stimmung zu dem Thema getestet werden?
27.08.2013 - 21:39	Andreas Frölich	Die Stadtbücherei Maintal soll auf Basis des Ergebnisses einer Befragung der Maintalerinnen und Maintaler weiterentwickelt werden; die AG Bücherei hat einen Fragebogen-Entwurf entwickelt, der im IV. Quartal 2013 verteilt und ausgewertet wird. Der Vorschlag ist nur ein Szenario von vielen möglichen.
09.09.2013 - 11:10	Th. K. Fuhrmann	Dies wäre auch mein Vorschlag gewesen, den ich in den Bürgerhaushalt eingebracht hätte. Jedoch möchte ich diesen mit Hilfe der folgenden Aufzählung etwas weiter fassen und somit, im Sinne eines höchstmöglichen sozialen Ausgleichs, ergänzen. Dies würde mit Sicherheit die Akzeptanz der breiten Bevölkerung in Bezug auf diesen - in der Öffentlichkeit bereits mehrfach kontrovers diskutierten Vorschlag - deutlich erhöhen. 1. Schaffung sog. "Büchertelefonzellen" in den einzelnen Stadtteilen zur Verbesserung der bürgernahen Versorgung mit Lese- / Bildungsmaterialien. Entsprechende Projekte existieren bereits in FfM und Hanau. 2. Berücksichtigung sozialer Aspekte bei der Schaffung einer zentralen Bücherei. Das bedeutet in der Praxis, dass a) eine individuelle Beförderungsmöglichkeit für ältere, schwergebehinderte Mitmenschen geschaffen wird (z. B. Einstellung eines Mitarbeiters/-in OA, der/die üblichen Aufgaben des OA wahrnimmt und zusätzlich von berechtigten Personen zur Beförderung gerufen werden kann). b) die Möglichkeit der kostenfreien oder zumindest extrem kostengünstigen Beförderung finanziell sozial schwacher Mitmenschen mit Fahrzeugen des ÖPNV. Die Nachweise für beide sozialen Aspekte könnten z. B. über Merkzeichen in Schwerbehindertenausweisen (G, aG, B, H) und den Maintalpass i. V. m. einem Leseausweis + Ausstieg an der entsprechenden Haltestelle realisiert werden. Ich wäre Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn diese Ergänzungen in Ihren, m. E. sinnvollen, Vorschlag aufgenommen würden. Herzlichen Dank
13.09.2013 - 10:33	Rudi54	Hallo Andreas Fröhlich, kann der Fragebogen der AG Bücherei nicht hier per Link eingestellt werden und bereits jetzt veröffentlicht werden ?
15.09.2013 - 16:17	herrmann@kuvasz.de	Mit der stärkeren Nutzung der e- Bücher ist das Problem der Mobilität hinreichend gelöst. Eine Zentrale Bücherei kann eine umfangreichere Auswahl vorhalten und zentral das Ausleihen von e- Büchern organisieren.
17.09.2013 - 09:54	Seppi	Knackpunkt an einem zentralen Stadtbücherei - das gleiche gilt für den zentralen Stadtladen - ist der Umgang mit den Menschen, die nicht mehr so mobil sind. Und gerade dieser Personenkreis - z. B. Seniorinnen und Seinioren - ist häufig nicht gerade "geübt" im Umgang mit dem Internet, also auch mit der Ausleihe von E-books. Übrigens, die Stiftung Lesen schreibt in ihrem neusten Vorleseclub-Newsletter: "2011 kauften 82% der Deutschen ihre Bücher weitestgehend oder ausschließlich als gedruckte Version. 2010 waren es nur 81%." Die E-books sind also keineswegs so auf dem Vormarsch wie oft behauptet wird. Interessant wird der Vorschlag einer zentralen Stadtbücherei in Kombination mit dem von Herrn Hahn vorgeschlagenen "Rufbus".

20.09.2013 - 01:18	B.Rabas	Wohin mit der zentralen Bücherei? Laut Prüfbericht zum Haushaltsbeschluss 21 der StvV vom 5.3.2012 wird die Schließung der Bücherei in Dörnigheim nicht befürwortet weil sie - 1. erst vor fünf Jahren mit erheblichen öffentlichen Mittel erweitert u. neu eingerichtet wurde 2. Personaleinsparungen sich erst im Laufe der kommenden Jahre realisieren 3. die Räumlichkeiten in Bischofsheim derzeit nicht dazu geeignet sind um darin eine Bücherei für ganz Maintal unterzubringen. Punkt drei wurde von einem Mitarbeiter der Hessischen Fachstelle für öffentliche Bibliotheken auch so gesehen..
20.09.2013 - 15:36	igfb	Der Sinn einer Bibliothek ist den Menschen die nicht die Möglichkeit oder die Mittel haben sich Lesestoff und damit Bildung anzueignen. Eine Zentralbibliothek könnte diesem Auftrag nicht nachkommen. Die Kinder in Wachenbuchen oder Bischofsheim werden nicht aus eigenem Antrieb heraus nach Dörnigheim fahren um sich Bücher auszuleihen. Genau jene Klientel die man erreichen müsste wird dann komplett abgehängt.
20.09.2013 - 19:40	Zappafan	Mal über den Tellerrand geblickt: Bad Vilbel hat eine zentrale Stadtbücherei. Gerade entstand ein Neubau in der Neuen Mitte auf einer Brücke über der Nidda. Neueröffnung ist voraussichtlich im Oktober oder November. Außenstellen in den Stadtteilen gibt es nicht.
23.09.2013 - 15:45	Windsbraut	Ich kann Seppi nur beipflichten. Und nicht nur ältere Leute würden durch die Einführung der E-Books vor ein Problem gestellt. Auch kleinere Kinder möchten gerne ein "richtiges" Buch in Händen halten und damit lesen lernen. Mal ganz abgesehen von den wunderbaren Bilderbüchern, die es gibt und die im Falle der Einführung der elektronischen Bücher absolut ihren Charme verlieren oder ganz "wegrationalisiert" würden. Des Weiteren gibt es auch viele Familien in Maintal, die gar nicht die finanziellen Mittel haben, um sich all die benötigten elektronischen Anschaffungen zu leisten. Ein Buch ausleihen wäre/ ist aber mit den vorhandenen Mitteln sehr wohl möglich.
24.09.2013 - 12:27	Tron	Als ich Kind in Hochstadt war bin in Maintal Fahrrad gefahren. Nach Dörnigheim zur Schule. Nach Bischofsheim Freunde besuchen. Nach Wachenbuchen zur Oma. Nach Hanau ins Kino und zum Einkaufen. Wenn die Kinder heute für sowas zu blöde sind können sie auch nicht lesen.
24.09.2013 - 13:47	igfb	Hallo Tron, Ich kenne Ihr Geburtsjahr nicht, wenn ich lese was sie so schreiben muß ich aber davon ausgehen das sie von einer normalen Kindheit in Maintal heute nur wenig Kenntnis haben. Die Kinder von heute sind genauso blöde wie vor Jahren oder Jahrzehnten. Die Welt ist aber komplizierter geworden. Fahren sie doch mal heute Nachmittag mit dem Rad von Hochstadt über Dörnigheim nach Bischofsheim um dann dort die Bibliothek zu besuchen. Dann werden sie wissen wo die Probleme liegen.
24.09.2013 - 16:56	Tron	Ich bin 29. Also ist es noch nicht so lange her. Es gibt heute auch einen Busverkehr, den es vor 15 Jahren in der Dichte noch nicht gab.
24.09.2013 - 18:19	Moderation LW	Lieber Tron und igfb, ich möchte Sie beide darum bitten von Äußerungen wie "Wenn die Kinder heute für sowas zu blöde sind..." oder "Die Kinder von heute sind genauso blöde wie.." abzusehen, da sich dadurch andere Teilnehmer angegriffen fühlen könnten und diese auch nicht zu einem sachlichen Dialog beitragen. Vielen Dank für Ihr Verständnis Beste Grüße Laura Welsch (Moderation)

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Zu Beginn der Diskussion wurde eingeworfen, dass bereits die AG Büchereien einen konkreten Vorschlag gemacht. Es ist eine Bürgerbefragung via Fragebogen geplant, die Argumente z.B. in Bezug auf Erreichbarkeit einer zentralen Bücherei erfasst.

Als Gemeinwohlkriterium ist die Wichtigkeit von Büchern für Kinder genannt worden. Der Bezug zu diesem Medium dürfte nicht verloren gehen. Bei einer zentralen Bücherei könnten die Kinder nicht mehr selbständig zu dieser Einrichtung gelangen, weil die Wege zu weit wären. Aus diesem Grund wären auch verkürzte Öffnungszeiten der Stadtteilbüchereien von einem Tag die Woche zu verkraften. Als Gegenargument wurden dezentrale Ergänzungen zu einer zentralen Stadtbücherei angeführt, zum Beispiel Bücherschränke oder Bücherbusse. Außerdem sollte durch eine zentrale Bücherei das Stadtteildenken überwunden werden, sodass Maintal einheitlicher wird und mehr zusammenwächst. Eine zentrale Bücherei würde auch die Qualität des Services verbessern und man könnte das Angebot durch freiwerdende Gelder erweitern. Letztlich überwogen jedoch die positiven Effekte der Stadtteilbüchereien, besonders in Hinblick auf die Nutzung durch Kinder.

Ergänzend wurde die stärkere Zusammenarbeit zwischen Bücherei und Schulen betont.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Aufgrund der Komplexität des Themas haben die Stadtverordneten eine AG Büchereien einberufen, die sich mit der Entwicklung der Büchereien in Maintal befasst. Diese hat in den letzten Monaten häufig getagt und mehrere Modelle besprochen, unter anderem auch diesen Vorschlag. Momentan läuft hierzu eine Fragebogenaktion, die auch in der Presse angekündigt worden ist.

Eine Zentralbücherei hat Vorteile in Bezug auf konsistente Öffnungszeiten, bessere Personaleinteilung und ein inhaltlich reichhaltigeres Medienangebot. Bei dem momentanen Personalstand von 5,47 Stellen ist eine Öffnungszeit von 6 Stunden pro Tag bei einer 5Tage Woche möglich. Bei dezentraler Struktur sind die kleineren Büchereien lediglich an 2 Tagen für maximal 3 Stunden geöffnet.

Das Medienangebot ist an einem Standort zentral verfügbar und muss nicht vom Personal von einer Bücherei in die andere verbracht werden. Das Budget für die Medienbeschaffung kann besser ausgenutzt werden. Bei einer Bücherei ist die Einführung von neuer Büchereitechnik leichter umsetzbar.

Die Einsparungen sind momentan nicht quantifizierbar.

Nachteile sind vorhanden in Bezug auf die unterschiedliche Erreichbarkeit aus verschiedenen Stadtteilen bzw. dem Gefühl von Bürgerinnen und Bürgern aus den Stadtteilen ohne eigene Bücherei vom städtischen Angebot abgeschnitten zu werden.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 17.12.2013 folgenden Haushaltsbeschluss gefasst:

1. Die Arbeit der AG Büchereien gilt mit dem Abschlussbericht im Januar als beendet.
2. Die AG Büchereien soll in ihrem Bericht eine Empfehlung darüber abgeben, in welcher Form die inhaltliche Ausrichtung gestärkt werden kann und inwieweit durch ehrenamtliches Engagement die Arbeit der Bücherei begleitet und unterstützt werden kann.
3. Es bleibt bei den vier Stadtteilbüchereien.

Durch diese Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung hat sich dieser Bürgervorschlag erledigt.

Vorschlag 7.3: Einrichtung eines zentralen Stadtladens

Die Stadtläden in Bischofsheim, Dörnigheim und Wachenbuchen werden zu einem zentralen Stadtladen zusammengelegt.

Auswirkungen: Die Bürgerinnen und Bürger müssen teilweise weitere Wege zurück legen, um ihre Anliegen im zentralen Stadtladen bearbeiten zu lassen. Die Bearbeitung kann allerdings schneller und umfassender erfolgen. Die Servicequalität kann verbessert werden. Der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt effizienter.

Einsparungen: ca. 95.000 € pro Jahr

Kommentare aus der Internetdiskussion

26.08.2013 - 16:32	Klaus Klee	Bei zwei oder drei Besuchen im Jahr aus wichtigem Anlass sind längere Wege zumutbar. Für Menschen mit Behinderung müssten allerdings Alternativen gefunden werden.
27.08.2013 - 07:29	KhKaiser	Ist das ein konkreter Vorschlag den der Magistrat als Vorlage einbringen wird (wenn er auf Breite Zustimmung stößt) oder soll die Stimmung zu dem Thema getestet werden?
09.09.2013 - 11:15	Th. K. Fuhrmann	Auch diesen Vorschlag kann ich - in Bezug auf eine zielführende Kostenreduktion im Haushalt der Stadt Maintal - nur befürworten. Allerdings sollten hier ebenfalls die sozialen Aspekte berücksichtigt werden, wie bereits von mir im Vorschlag "Zentrale Bibliothek" angemerkt. Dies sind im Einzelnen wie folgt: Berücksichtigung sozialer Aspekte bei der Schaffung eines zentralen Stadtladens. Das bedeutet in der Praxis, dass a) eine individuelle Beförderungsmöglichkeit für ältere, schwerbehinderte Mitmenschen geschaffen wird (z. B. Einstellung eines Mitarbeiters/-in OA, der/die üblichen Aufgaben des OA wahrnimmt und zusätzlich von berechtigten Personen zur Beförderung gerufen werden kann). b) die Möglichkeit der kostenfreien oder zumindest extrem kostengünstigen Beförderung finanziell sozial schwacher Mitmenschen mit Fahrzeugen des ÖPNV. Die Nachweise für beide sozialen Aspekte könnten z. B. über Merkzeichen in Schwerbehindertenausweisen (G, aG, B, H) und den Maintalpass + Ausstieg an der entsprechenden Haltestelle realisiert werden.
09.09.2013 - 11:20	Th. K. Fuhrmann	Jetzt kann ich es mir nicht verkneifen: @ KhKaiser: Die Antwort auf Ihre Frage könnten Sie sich selber geben, wenn Sie sich eingehender mit den Rahmenbedingungen des Prozesses "Bürgerhaushalt" beschäftigt hätten. Da ich, ausgehend von Ihrem Username, annehme, dass es sich bei Ihnen in Person um Karl-Heinz Kaiser und in Amt um den Stadtverordnetenvorsteher handelt, bleibt mir nur ein mißbilligendes Kopfschütteln vor dem Bildschirm übrig.

09.09.2013 - 12:19	Moderation SM	Liebe/r Th. K. Fuhrmann, bitte verzichten Sie auf persönliche Kritik und Unterstellungen, unabhängig davon, um welchen Nutzer es sich handelt. Beteiligen Sie sich bitte an der Diskussion eines Vorschlags mit konstruktiven inhaltlichen Kommentaren anstatt mit Bemerkungen, durch die sich andere Nutzer angegriffen fühlen könnten. Beste Grüße, Svenja Mewesen (Moderation)
11.09.2013 - 23:04	KhKaiser	Sehr geehrter Herr Fuhrmann, unabhängig von Ihrer beleidigenden Äußerung empfehle ich Ihnen einen Blick auf meine gleichlaufende Frage an den Magistrat u d die entsprechende Antwort. Eine Belehrung in Sachen Bürgerhaushalt benötige ich nicht. Ich freue mich auf eine persönliche Diskussion mit Ihnen im Rahmen der nächsten Veranstaltung zum Bürgerhaushalt am 5.10.2013. MfG KhKaiser
13.09.2013 - 12:23	Rudi54	Das liest sich so, als käme der zentrale Stadtladen dann nach Hochstadt, oder ist ein anderer Ort vorgesehen ? Die o.g. Einsparung von 95.000€ /Jahr bitte erläutern.
15.09.2013 - 12:55	Klaus Klee	Vielleicht sollte man über einen berrierefreien mobilen Stadtladen nachdenken, der einmal in der Woche in jedem Ortsteil steht. Dann wären manche Probleme weg vom Tisch.
15.09.2013 - 16:26	herrmann@kuvasz.de	Über das Internet kann man sicher 80% der physikalischen Behördengänge einsparen. Vor den Hintergrund des Einsparpotenziales ist die Kombination des zentralen Stadtladens und eines Internet Stadtladens sinnvoll.
17.09.2013 - 09:34	Seppi	Knackpunkt an einem zentralen Stadtladen ist der Umgang mit den Menschen, die nicht mehr so mobil sind. Und gerade dieser Personenkreis - z. B. Seniorinnen und Seinioren - ist häufig nicht gerade "geübt" im Umgang mit dem Internet. Interessant wird der Vorschlag eines zentralen Stadtladens in Kombination mit dem von Herrn Hahn vorgeschlagenen "Rufbus".
20.09.2013 - 19:35	Zappafan	Mal über den Tellerrand geblickt: Bad Vilbel hat schon seit langem mit dem Bürgerbüro im Rathaus das, was in Maintal einem zentralen Stadtladen entsprechen würde. In den Ortsteilen wie Massenheim, Dortelweil, Gronau, Heilsberg gibt es keine Verwaltungsaußenstellen.
23.09.2013 - 21:56	Jörg Schuschkow	Nach den Vorschlägen der Verwaltung, die den Fraktionen bisher vorgestellt wurden, sehe ich nicht, wie sich die angestrebte Einsparung in den nächsten 20 Jahren realisieren ließe. Ein Gebäude neu zu bauen, zu erwerben oder umzubauen, was nur mit einer Kreditaufnahme möglich wäre, um einen zentralen Stadtladen zu installieren, ist höchstens eine Investition in die ferne Zukunft.
23.09.2013 - 22:44	igfb	Ich kenne Leute in Heilsberg, Dortelweil und Gronau. Die beneiden uns für unsere Stadtläden (und Stadtteilbibliotheken) und würden sowas gerne einführen. Vileicht blickt dort ja mal jemand über den dortigen Tellerrand.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Die Qualität der bisherigen Stadtladen wurde teils als gut, teils als nicht so gut wahrgenommen. Durch Herrn Sachtleber wurde auf eine Studie hingewiesen, wonach der Stadtladen von 75% der Befragten höchstens 3mal im Jahr oder weniger genutzt wird. Aus diesem Grund wäre ein weiterer Weg zu einem zentral gelegenen Stadtladen zu verkraften, wenn sich diese Zusammenlegung z.B. in längeren Öffnungszeiten niederschlägt. Die Einsparungen durch einen zentralen Stadtladen könnten für andere Gemeinwohl-Projekte genutzt werden. Ein zentraler Stadtladen schürt die Erwartungen an eine Qualitäts- und Serviceverbesserung.

Als Hinweise zur Standortwahl eines zentralen Stadtladens wurden folgende Punkte genannt:

- es sollte ein öffentlicher Ort sein, der möglichst von unterwegs erreichbar ist
- man sollte die unterschiedliche Mobilität von Menschen beachten (Senioren,...)
- dezentrale Auslagerung von einigen Aktivitäten in Stadtteilbibliotheken denkbar

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2013 wurde durch die Stadtverordnetenversammlung folgende Entscheidung getroffen:

„Es wird ein zentraler Stadtladen eingeführt. Der Magistrat erarbeitet ein Konzept und legt dies bis 31.07.2013 der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vor. Das Konzept hat Vorschläge zu möglichen Standorten, sowie eine für Berufstätige nutzerfreundliche Umgestaltung der Servicezeiten, d.h. Öffnungszeiten auch abends nach 18 Uhr und am Samstag zu enthalten. Insbesondere ist auch der Parkplatzsituation, der Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, sowie dem Fahrrad (inklusive Möglichkeit von Fahrradständern) bei der Auswahl der Standorte Rechnung zu tragen.

Ferner sollen Vorschläge enthalten sein, wie möglichst viele Dienstleistungen künftig über das Internet abgewickelt werden können und wie man dies den Nutzern näher bringen will.“

Seitens des Magistrats wurde ein entsprechendes Konzept erarbeitet und der Stadtverordnetenversammlung als Bericht vorgelegt. Eine Entscheidung hierüber steht noch aus.

Auswirkungen: Die Bürgerinnen und Bürger müssen teilweise weitere Wege zurück legen, um ihre Anliegen im zentralen Stadtladen bearbeiten zu lassen. Die Bearbeitung kann allerdings schneller und umfassender erfolgen. Die Servicequalität kann verbessert werden. Der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt effizienter.

Einsparungen: ca. 95.000 € pro Jahr.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 11.03.2013 beschlossen, dass ein zentraler Stadtladen eingeführt wird und ein entsprechendes Konzept seitens des Magistrats erarbeitet werden soll.

Das Konzept wurde erarbeitet und der Stadtverordnetenversammlung am 16.09.2013 als Bericht vorgelegt.

Am 16./17.12.2013 hat die Stadtverordnetenversammlung zum Haushaltssicherungskonzept beschlossen: „Im Rathaus Hochstadt wird ein zentraler Stadtladen als Übergangslösung eingerichtet bis zur Fertigstellung einer zentralen Verwaltungseinheit bis spätestens 2017.“

Zu diesem Zwecke hat der Magistrat eine Projektgruppe gegründet, die als Ergebnis die notwendigen räumlichen, organisatorischen und arbeitstechnischen Voraussetzungen für einen provisorischen zentralen Stadtladen im Rathaus schaffen soll.

Als Grundlage ist ein Konzept mit Raumprogramm, Raumnutzungsplan, Terminplan und Kostenschätzung zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung als Bericht vorzulegen.

Danach soll die Umsetzung noch im Jahre 2014 erfolgen, sofern die benötigten Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Vorschlag 7.4: Effiziente Nutzung der Bürgerhäuser

Die Unterhaltung von 3 Bürgerhäusern + Maintalhalle stellt einen erheblichen Kostenfaktor dar. Die nicht durch Einnahmen gedeckten Kosten dürften etwa bei 1 Mio Euro liegen. Diese städtischen Immobilien sollten einem effizienten Vermietungs- und Vermarktungsmanagement unterliegen. Dazu wäre das Nutzungskonzept zu überarbeiten, um eine bessere Auslastung zu erzielen. Zum Beispiel könnte die Nutzung auf ein Kino erweitert werden (siehe Kinovorschlag der Schulklasse). Das Bürgerhaus Bischofsheim könnte auch durch weitere Abtrennungen des großen Saals mit einer Kleinbühne versehen werden. Für die Pächter der Gaststätten wäre die stärkere Auslastung der Bürgerhäuser mit Veranstaltungen ein großer Vorteil (sind umsatzabhängige Pachten vereinbart?)

Wichtig für Maintal, weil:

Wenn mehr Einnahmen zur Deckung der Kosten erzielt werden, kann der Haushalt entlastet werden. Ein überarbeitetes Nutzungskonzept könnte dem Gemeinwohl dienen.

Kommentare aus der Internetdiskussion

09.09.2013 - 14:04	Brita Roediger	belebt Kulturleben in Maintal und füllt hoffentlich die städtischen Kassen
12.09.2013 - 14:00	Redaktion Jörg Wuff	Sehr geehrter Herr Eimer, die erste Einschätzung der Verwaltung hat ergeben, dass Ihr Vorschlag rechtlich unbedenklich ist unter dem Vorbehalt der Prüfung der bauordnungsrechtlichen und der verkehrlichen Anforderungen (Stellplätze). Erläuterung: Bereits zum Haushaltsjahr 2012 wurde bereits ein entsprechender Beschluss für das Bürgerhaus Bischofsheim gefasst (Prüfauftrag zur Umgestaltung des Bürgerhauses in Bischofsheim). Ein Konzept wird erarbeitet (Erweiterung/Änderung der Nutzung), in der Zuständigkeit der Stadt Maintal liegt. finanzielle Auswirkungen hat durch Personalaufwand und für bauliche Maßnahmen/Ertüchtigungen. Mit freundlichen Grüßen Jörg Wuff, i.A. des Fachbereichs Stadtentwicklung
13.09.2013 - 09:04	Rudi54	Gibt es einen Zeitplan für die o.g. "Ein Konzept wird erarbeitet" ? Der Vorschlag zur Nutzung als Kino finde ich gut, denn das dürfte kostenneutral machbar sein.
15.09.2013 - 14:18	herrmann@kuvasz.de	Das ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. In diesem Thema ist noch mehr Potenzial enthalten.
17.09.2013 - 11:29	Erhard Rohrbach	Sehr geehrter Herr Eimer, die Bürgerhäuser und die Maintalhalle sind sehr gut ausgelastet, die Vereine nutzen die Häuser sehr intensiv für den Trainingsbetrieb sowie Veranstaltungen. Die Häuser dienen damit in erster Linie der Sport- und Kulturförderung und bilden das Rückgrat eines regen Vereinslebens und des bürgerschaftlichen Engagements. Geringe Potentiale (nach meiner Einschätzung: unterer fünfstelliger Betrag) bestehen lediglich noch im Bürgerhaus Bischofsheim. Mit freundlichen Grüßen Erhard Rohrbach
17.09.2013 - 17:11	Rudi54	Wenn die Bürgerhäuser also ausgelastet sind und der Kulturförderung dienen, können die Kosten nicht gesenkt werden. Oder wird da was falsch gemacht ?
18.09.2013 - 09:03	Klaus Klee	Eigentlich geht es doch nur um das Bürgerhaus Bischofsheim, das vom Konzept her variabler gestaltet sein müsste. Es ist allerdings das repräsentativste Gebäude unter den Bürgerhäusern. Vielleicht sollte man es als repräsentativen Tagungsort oder Events an Nutzergruppen anbieten, die bisher noch nicht angedacht waren.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Vorab wurde diskutiert, ob überhaupt das notwendige Know-How in Bezug auf Veranstaltungsmanagement in der Verwaltung vorhanden ist. Dies wurde verneint. Deshalb wurde die Möglichkeit eines externen Beraters überlegt. Hier sollten die anfallenden Kosten beachtet werden. Es sollte aber definitiv eine Fachkraft eingestellt werden, die nicht Teil der Verwaltung ist.

Eine Überlegung wäre die Einrichtung eines Kulturzentrums anstatt eines Bürgerhauses oder die Privatisierung der Gebäude, wodurch ein privater Kinobetreiber hier einziehen könnte (Bürgerhaus Bischofsheim). Durch die bessere Nutzung sollten auf jeden Fall mehr Einnahmen generiert werden. In diesem Hinblick wäre auch eine höhere Transparenz in Bezug auf die bisherige Nutzung sinnvoll. Welche Vereine nutzen es, zu welchen Bedingungen, was kommt an Einnahmen herein?

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird im Rahmen eines Prüfauftrages bereits von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Kulturbeauftragten bearbeitet. Zurzeit können noch keine konkreten Vorschläge und Kosten hierzu benannt werden.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Die Verwaltung erarbeitet Vorschläge, wie die Umsetzung aussehen kann, damit die Stadtverordneten eine Grundlage für eine abschließende Entscheidung haben. Über die Ergebnisse wird zeitnah nach den jeweiligen Gremiensitzungen im Internet informiert.

Vorschlag 7.5: Förderung der Entwicklung und des Vertriebs lokaler Produkte

Die Stadt Maintal hat einen breitgefächerten Zugang zu lokalen Erzeugnissen die jedoch nicht mit dem Namen der Stadt Maintal in Verbindung gebracht werden. Durch die Entwicklung neuer Produkte auf der Basis der vorhandenen lokalen Erzeugnisse besteht die Möglichkeit eine Maintal Identität zu entwickeln.

Wichtig für Maintal, weil:

Durch die Entwicklung und den Vertrieb neuer lokaler Maintaler Produkte erhält die Stadt Maintal ein eigenständiges Profil. Es fördert die Entwicklung der lokalen Wirtschaft, verbessert die Stadt Maintal als Wohn- und Gewerbestandort und kann dazu beitragen durch erhöhte Steuereinnahmen die finanzielle Situation der Stadt Maintal zu verbessern.

Kommentare aus der Internetdiskussion

17.09.2013 - 09:55	Wolf-Rüdiger Fritz	Ja, wir produzieren und vertreiben in Maintal Produkte mit Alleinstellungsmerkmal. Ich denke dabei an den Apfel (Streuobstwiese) in seinen verschiedenen Ausprägungen (Apfelwein, Apfelsaft, Apfelsekt, getrocknete Apfelstücke, Apfelgelee u.a.). Bei der Umsetzung dieses Vorschlages sollte man aber meines Erachtens die Gewerbevereine in Dörnigheim und Bischofsheim sowie den Arbeitskreis Streuobstwiese einbeziehen. Bei einer Umfrage bei den Industrieunternehmen könnte man klären, ob sie auch Produkte mit Alleinstellungsmerkmalen produzieren bzw. vertreiben.
17.09.2013 - 12:24	herrmann@kuvasz.de	Dieser Vorschlag unterstützt das lokale Gewerbe. Es ist im Markt wichtig, erfolgreich Alleinstellungsmerkmale zu entwickeln, was durch diesen Vorschlag vorangetrieben wird.
17.09.2013 - 14:30	Redaktion Frank...	Sehr geehrter Herr Hahn, ihr Vorschlag ist rechtlich zulässig und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal. Die Stadt könnte einen entsprechenden Arbeitskreis bilden, der die Aufgabe hätte, die interessierten Betriebe an einen Tisch zu bringen und gemeinsam eine denkbare Produktpalette zu entwickeln. Außerdem könnten Vertriebswege entwickelt und Absatzmärkte erschlossen werden. Die finanziellen Auswirkungen sind derzeit nicht bezifferbar, die Kosten, die für die Bildung und Betreuung des Arbeitskreises entstehen würden, sind unerheblich. Viele Grüße Frank Krause FB Hauptverwaltung
17.09.2013 - 18:34	Klaus Klee	Vielleicht sollte man erst einmal klären, wie viel % der Maintaler Gewerbetreibenden überhaupt Gewerbesteuer bezahlen. Derartige Ideen sind nur dann rentabel, wenn dadurch auch höhere Steuereinnahmen fließen. Seltsam, dass sich die Gewerbevereine nicht darum kümmern.
18.09.2013 - 22:21	Feldzug	Hier haben wir wieder ein interessantes Thema für ein zukünftiges Stadtmarketing.
19.09.2013 - 20:03	B.Rabas	Es müssten zunächst nicht neue Produkte erdacht werden, sondern das bereits Vorhandene stärker mit Maintal verbunden werden. Ich denke das könnte sich lohnen. Wenn sich daraus dann neue Produkte ergeben ist es prima. Ich würde den Vorschlag daher umformulieren.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Die Stadt Maintal ist in vielen Teilen unbekannt – bisher gibt es keine eigene Identität oder Image. Es mangelt sehr an Öffentlichkeitsarbeit, obwohl es sehr gut vermarktbar Produkte in Maintal gibt. Es gilt herauszufinden, was ist das Besondere an Maintal? (die Unique Selling Proposition) (wo ist die Marktlücke für Maintal?) Dabei soll die Konzeptentwicklung von Fachleuten vorangetrieben werden. Insgesamt sollte eine professionelle Stadtmarketing GmbH eingerichtet werden – keine Arbeitsgruppe aus Bürgern, da die Förderung der Entwicklung und des Vertriebs lokaler Produkte ausdrücklich Aufgabe der Stadt Maintal ist-

Das Votum bezieht sich ausdrücklich auf den Vorschlag eine Stadtmarketing GmbH voranzutreiben und nicht generell auf den Vorschlag 7.5. Der Vorschlag 7.5 ist in dem Vorschlag eine Stadtmarketing GmbH voranzutreiben mit enthalten.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag ist rechtlich zulässig und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal. Die Stadt könnte einen entsprechenden Arbeitskreis bilden, der die Aufgabe hätte, die interessierten Betriebe an einen Tisch zu bringen und gemeinsam eine denkbare Produktpalette zu entwickeln. Außerdem könnten Vertriebswege entwickelt und Absatzmärkte erschlossen werden. Die finanziellen Auswirkungen sind derzeit nicht bezifferbar, die Kosten, die für die Bildung und Betreuung des Arbeitskreises entstehen würden, sind unerheblich. Die weitere Bearbeitung wäre allerdings mit erheblichen Zeit- und Personalaufwand verbunden.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung mit Mehrheit abgelehnt.

Begründung: Der Aufbau einer eigenen Vertriebsgesellschaft für lokale Produkte gehört nicht in den Aufgabenbereich der Stadtverwaltung. Dies kann nur durch lokale Erzeuger erfolgen. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Maintal kann dies nur beratend unterstützen.

Vorschlag 8.1: Umstellung der Ampeln auf LED-Technologie

Die Signalanlagen (Ampeln) in Maintal sind größtenteils überaltert und werden überwiegend noch mit Hochvolttechnik betrieben. Dadurch haben sie einen hohen Stromverbrauch und sind wartungsintensiv.

Durch die Umstellung auf LED-Technologie können diese Kosten langfristig gesenkt werden. Wie Amortisationsrechnungen zeigen, werden die hierfür erforderlichen Investitionskosten - je nach Anlage - nach fünf bzw. sieben Jahren erwirtschaftet.

Von den 16 noch in Hochvolttechnik betriebenen Anlagen wurden bislang acht Anlagen umgerüstet. Die Modernisierung soll in den folgenden Jahren mit mindestens zwei Anlagen pro Jahr fortgesetzt werden.

Auswirkungen: keine Kosten für Modernisierung: ca. 14.000 € für eine Anlagen pro Jahr
Einsparungen: bis ca. 2.400 € pro Anlage und Jahr

Kommentare aus der Internetdiskussion

26.08.2013 - 16:37	Klaus Klee	Vielleicht sollte man eher über die Reduzierung von Ampelanlagen nachdenken und zu Erhöhung des Verkehrsflusses Kreisverkehrsregelungen nutzen!? Damit käme es zur flächenhaften Verkehrsberuhigung, die weitaus mehr Geld einspart und die Emissionswerte würden sinken.
15.09.2013 - 16:28	herrmann@kuvasz.de	Der Vorschlag ist nützlich.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde insbesondere anhand der Kriterien „Haushaltskonsolidierung“ und „Umwelt-/Naturschutz, Nachhaltigkeit“ diskutiert. Der Vorschlag wurde grundsätzlich positiv bewertet.

Kriterium „Umwelt-/Naturschutz, Nachhaltigkeit“

Eine positive Auswirkung des Vorschlags wäre laut der Gruppe insbesondere die wegfallende Sondermüllentsorgung. Außerdem wurde die lange Haltbarkeit von LED betont – das spart nicht nur Kosten sondern trägt auch zum Umweltschutz bei.

Kriterium „Haushaltskonsolidierung“

Die Umstellung der Ampeln auf LED-Technologie würde laut der Gruppe zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Die Haushaltskonsolidierung wurde demnach als zentrales Element diskutiert. Die Gruppenteilnehmenden bezogen sich dabei auf den Hinweis der Verwaltung, dass die Anschaffungskosten sich langfristig amortisieren (nach knapp 6 Jahren) und ab diesem Zeitpunkt Kosten eingespart werden.

Wichtige Ergänzungen bzw. Einschränkungen des Vorschlags

Wichtig war der Gruppe aber die Einschränkung, dass alle Ampeln zunächst darauf überprüft werden müssten, ob sie überhaupt notwendig seien (vgl. Gruppe 3, Vorschlag 3.5). Außerdem bestand Zweifel an den Kosten der Umstellung. Es gelte zu prüfen, ob 14.000 € pro Anlage nicht zu hoch angesetzt ist.

Weitere Hinweise

Der Vorschlag wurde für vereinbar mit dem Stadtleitbildprozess befunden.

Fazit: Der Vorschlag dient **X** eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Signalanlagen (Ampeln) in Maintal sind größtenteils überaltert und werden überwiegend noch mit Hochvolttechnik betrieben. Dadurch haben sie einen hohen Stromverbrauch und sind wartungsintensiv. Durch die Umstellung auf LED-Technologie können diese Kosten langfristig gesenkt werden.

Wie Amortisationsrechnungen zeigen, werden die hierfür erforderlichen Investitionskosten - je nach Anlage - nach fünf bzw. sieben Jahren erwirtschaftet. Von den 16 noch in Hochvolttechnik betriebenen Anlagen wurden bislang acht Anlagen umgerüstet. Die Modernisierung soll in den folgenden Jahren mit mindestens zwei Anlagen pro Jahr fortgesetzt werden.

Auswirkungen: keine

Kosten für Modernisierung: zwischen 6.000,- und 14.000 € pro Jahr für eine Anlage - je nach Größe der Anlage.

Einsparungen: bis ca. 2.400 € pro Anlage und Jahr

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2013 beschlossen. Die Vorschläge werden derzeit von der Stadtverwaltung umgesetzt. Über die Ergebnisse der Umsetzung wird auf www.buergerhaushalt-maintal.de fortlaufend berichtet.

Vorschlag 8.2: Stromkosten reduzieren

Die elektrischen Verbraucher sollten hinsichtlich ihres Energieverbrauches überprüft werden.

Bei hohem Energieverbrauch sollten diese durch A+++-Geräte ersetzt werden. Die Leuchtmittel in den Straßenlaternen sollten durch LED-Leuchtmittel ersetzt werden. Der Einspareffekt durch eine Abschaltung der Straßenbeleuchtung in der Nacht (z. B. 00:00 Uhr-04:00 Uhr) sollte geprüft werden.

Wichtig für Maintal, weil:

laufende Kosten nachhaltig reduziert werden und Stromkosten in der Vergangenheit drastisch gestiegen sind (und vsl. weiter steigen werden)

Kommentare aus der Internetdiskussion

27.08.2013 - 16:17	Redaktion Jörg Wuff	<p>Hallo Herr Frölich, vielen Dank für Ihren Beitrag, hier unsere Auswertungen: Der Vorschlag zur Einsparung im Energieverbrauch allgemein ist: Rechtlich unbedenklich. Liegt in der Zuständigkeit der Stadt Maintal. Zu den personellen und finanziellen Auswirkungen auf die Stadt Maintal: Der Energiebedarf der eingesetzten elektrischen Geräte ist überwiegend bekannt. Bei Neuanschaffungen wird die Energieeffizienzklassen-Zuordnung berücksichtigt. Hierzu wurden auch bereits entsprechende Untersuchungen über die gesamte Verwaltung durchgeführt und umgesetzt. Der Ersatz eines noch funktionstüchtigen Gerätes mit höherem Energieverbrauch wird geprüft, rechnet sich jedoch nicht immer. Der Einspareffekt lässt sich allerdings nicht einfach beziffern, da auch die Neuanschaffung gegen zu rechnen ist. Der Vorschlag zu Einsparungen bezüglich der Straßenbeleuchtung hier: Nachtabschaltung ist: Rechtlich zu prüfen: durch eine flächendeckende Nachtabschaltung entstehen Gefahrenpunkte im Straßenbereich, wie z. B. an Fußgängerüberwegen, unübersichtliche Kurven, Kreuzungen, Einmündungen, Verkehrsinseln und Unterführungen. Die Stadt unterliegt der Verkehrssicherungspflicht, auch in den Nachtstunden. In der Zuständigkeit der Stadt Maintal. Personelle und finanzielle Auswirkungen auf die Stadt Maintal: Finanzielle Einsparungseffekte liegen bei einer flächendeckenden Nachtabschaltung von z. B. 00:00 Uhr-04:00 Uhr bei ca. 100.000 €/a. Der Vorschlag zu Einsparungen bezüglich der Straßenbeleuchtung Umstellung auf LED ist: rechtlich unbedenklich in der Zuständigkeit der Stadt Maintal. Personelle und finanzielle Auswirkungen auf die Stadt Maintal: Entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.06.2010 wird die Umstellung auf LED bei allen Neuanschaffungen geprüft und weitestgehend umgesetzt. Finanzielle Einsparungseffekte stellen sich erst sehr langsam ein und lassen sich auch noch nicht beziffern, da die Erneuerung zunächst nur wenige Straßenzüge abdeckt. Viele Grüße! A. Jörg Wuff, Fachdienst Stadtentwicklung und Umwelt</p>
28.08.2013 - 10:07	Klaus Klee	Den Vorschlag zur Abschaltung der Straßenbeleuchtung gibt es bereits. Siehe den dortigen Kommentar!
28.08.2013 - 16:56	Terraner	Der Austausch der Leuchtmittel durch LED-Technologie ist eine hoch interessante Variante. Hierbei geht es nicht nur die "Lampen" auszutauschen. Hochwertige LED-Leuchten sind programmierbar (dimmbar) und können je nach Uhrzeit unterschiedliche Lichtstärken zur Verfügung stellen. Diese Technologie benötigt ca. 40-60% weniger Strom und kann einfach auf den bestehenden Masten installiert werden. Die Grundidee wurde von einer deutschen Firma entwickelt und es gibt sogar Installationen in Saudi-Arabien. Damit könnte auch auf das Sicherheitsgefühl für jeden einzelnen Standort flexibel eingegangen werden.
15.09.2013 - 15:28	herrmann@kuva sz.de	Siehe Kommentar der Verwaltung.
24.09.2013 - 12:29	Tron	Aus eigener Erfahrung muss ich sagen, dass A+++-Geräte meist soviel mehr kosten, dass man sich dafür Strom für einige Jahre für schlechtere Geräte leisten kann.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Die Gruppe hat die drei im Vorschlag enthaltenen „Teilvorschläge“ separat diskutiert. Der Vorschlag wurde gemäß den Kriterien „Umwelt-/Naturschutz, Nachhaltigkeit“ und „Haushaltskonsolidierung“ für gemeinwohlfördernd befunden.

Überprüfung der Stromverbraucher

Die Stadt Maintal soll die Stromverbraucher überprüfen und bei Austausch und Neuanschaffungen die Energieeffizienz berücksichtigen.

LED in den Straßenlaternen

Hier wurde auf die Diskussion zu 8.1 verwiesen (LED-Technologie in Ampeln).

Abschaltung der Straßenbeleuchtung nachts

Haushaltskonsolidierung

Es gäbe einen hohen Einspareffekt durch eine Abschaltung der Straßenbeleuchtung zwischen 0:00 und 04:00 Uhr. Die Abschaltung funktioniere auch in anderen Kommunen.

Wichtige Ergänzungen / Einschränkungen zur Abschaltung der Straßenbeleuchtung

- ➔ Die Verkehrssicherungspflicht muss im Vordergrund stehen. Es sollte unter Berücksichtigung der Anwohner eine Prüfung durchgeführt werden, wo Straßenlaternen abgeschaltet werden können.
- ➔ Anliegerstraßen könnten zum Beispiel abgeschaltet werden. Als konkretes Beispiel wurde die Kilianstädter Str. genannt.
- ➔ Es sollten kreative Konzepte zugelassen werden (z.B. Abschaltung jeder zweiten Straßenlaterne).
- ➔ Es soll überprüft werden, ob 0.00 – 4.00 Uhr nachts ein sinnvoller Zeitvorschlag für die Abschaltung ist.
- ➔ Der Vorschlag der Nachtabschaltung könnte ausgeweitet werden auf andere Energieverbraucher.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Energieverbrauch der im Einsatz befindlichen Geräte ist bekannt. Der Ersatz von ineffizienten Geräten ist allerdings ein fortlaufender Prozess. Er erfolgt hauptsächlich dort, wo Handlungsbedarf aufgrund von Defekten oder Alter besteht, bzw. wo die Investitionskosten sich aufgrund erzielbarer Energieeinsparungen in einem akzeptablen Zeitraum amortisieren.

Bei Austausch und Neuanschaffung wird schon seit Jahren die Energieeffizienzklassenzuordnung berücksichtigt.

Durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 06.09.2010 wurde der Magistrat beauftragt, zu prüfen, inwiefern LED-Technik für die Straßenbeleuchtung eingesetzt werden kann. Seitdem sich herausgestellt hat, dass sich mit LED-Leuchten nicht nur in erheblichem Maße Energiekosten sparen lassen, sondern dass lange Lebensdauer und geringere Wartungs- und Reinigungskosten weitere finanzielle Vorteile bieten, wird die sukzessive Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten konsequent vorangetrieben. Bei allen grundhaften Straßensanierungen sowie beim Austausch schadhafter Leuchtkörper kommen LED-Leuchten zum Einsatz. LED-Leuchten werden auch im erarbeiteten Straßenbeleuchtungskonzept vorrangig berücksichtigt.

Bei der Beleuchtung von Straßen und Wegen im gesamten Stadtgebiet wird derzeit die Möglichkeit einer Abschaltung in der Nacht geprüft. Hierbei ist zu beachten, dass sich aus der nächtlichen Abschaltung von Beleuchtungsanlagen keine Gefahrenpunkte ergeben dürfen. Ferner ist die Umsetzbarkeit zu prüfen, da sich die Straßenbeleuchtung derzeit nicht leuchtenbezogen schalten lässt, sondern nur in größeren Stromkreisen (mehrere Straßenzüge), in denen unter Umständen neuralgische Punkte, z.B. an Kurven, Kreuzungen, Überwegen etc. beleuchtet bleiben müssen. Eine entsprechende Beschlussvorlage ist für Juli 2014 geplant.

Darüber hinaus wird die Möglichkeit zukünftiger bedarfsgerechter leuchtenbezogener Schaltungen unter Umständen durch den Einsatz von Bewegungsmeldern geprüft.

Die Entwicklung in der modernen Leuchtentechnik, bei Leuchtmitteln oder intelligenten Steuerungssystemen wird stetig vorangetrieben, so dass über höhere Leistungsfähigkeit, bessere Qualität und günstigere Preise die Straßenbeleuchtung auch weiterhin optimiert werden kann.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

1. Dem Bürgerhaushaltsvorschlag 8.2 „Stromkosten reduzieren“ wird hinsichtlich des Teilaspektes, elektrische Verbraucher bei hohem Energieverbrauch durch A+++-Geräte zu ersetzen, nicht zugestimmt.
1. Dem Bürgerhaushaltsvorschlag 8.2 „Stromkosten reduzieren“ wird hinsichtlich des Teilaspektes, Leuchtmittel in den Straßenlaternen durch LED-Leuchtmittel zu ersetzen und Einspareffekt durch eine Abschaltung der Straßenbeleuchtung in der Nacht (z. B. 00:00 Uhr-04:00 Uhr) zu prüfen, zugestimmt.

Begründung:

1. Wie in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellt wurde, ist der Ersatz von ineffizienten Geräten ein fortlaufender Prozess. Er erfolgt hauptsächlich dort, wo Handlungsbedarf aufgrund von Defekten oder Alter besteht, bzw. wo die Investitionskosten sich aufgrund erzielbarer Energieeinsparungen in einem akzeptablen Zeitraum amortisieren. Ein ausnahmsloser Ersatz aller Geräte mit einem hohen Energieverbrauch durch A+++ Geräte, ungeachtet ihrer noch bestehenden Funktionstüchtigkeit und ungeachtet dessen, ob sich aufgrund der Geräteauslastung überhaupt ein nennenswerter Einspareffekt ergibt, so dass sich die Investitionen in einem überschaubaren Zeitraum amortisieren, ist nicht sinnvoll.

2. Wie in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellt wurde, wird die sukzessive Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten nicht zuletzt aufgrund des entsprechenden Prüfauftrags der Stadtverordnetenversammlung vom 28.06.2010 bereits konsequent vorangetrieben. Es hat sich herausgestellt, dass mit LED-Leuchten nicht nur in erheblichem Maße Energiekosten eingespart werden, sondern dass lange Lebensdauer und geringere Wartungs- und Reinigungskosten weitere finanzielle Vorteile bieten. Darüber hinaus werden bereits die Möglichkeiten einer bedarfsgerechten nutzungsbezogenen Straßenbeleuchtung geprüft und umgesetzt, sofern sich ein Einspareffekt ergibt, der die Investition rechtfertigt. Dies gilt auch für eine partielle Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung in ausgewählten Bereichen.

Vorschlag 8.3: Weihnachtsbeleuchtung für alle Maintaler Stadtteile

Im Dezember sollte eine Weihnachtsbeleuchtung in allen Maintaler Stadtteilen installiert werden.

Wichtig für Maintal, weil:

Eine Weihnachtsbeleuchtung ist wichtig für das Image der Stadt nach außen und für die Stadt als Wohn- und Gewerbestandort. Ich bin ebenfalls der Auffassung, dass eine Weihnachtsbeleuchtung den lokalen Einzelhandel unterstützt, da eine Weihnachtsbeleuchtung zum Besuch einlädt. Dies ist besonders wichtig für Maintal, da der noch vorhandene Einzelhandel eine wesentliche Qualität Maintals ist, welche mit allen Mitteln erhalten und gefördert werden sollte. Erhöhte Steuereinnahmen aus einem starken und gestärkten Einzelhandel sollten die direkten Kosten für die Stadt Maintal vermindern.

Kommentare aus der Internetdiskussion

16.09.2013 - 16:21	Redaktion Frank...	Sehr geehrter Herr Hahn,ihr Vorschlag ist rechtlich zulässig und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal. Die Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung werden rd. 10.000,-- € betragen. Viele Grüße Frank Krause
17.09.2013 - 10:04	Wolf-Rüdiger Fritz	Ja, dieser Vorschlag ist eine Prüfung unter Einbindung der Gewerbevereine und des Einzelhandels wert. Da aber die angedachten Gewerbesteuererhöhungen und andere Steuereinnahmen erst mit einer Zeitverzögerung von 2-3 Jahre kommen werden, müsste meines Erachtens eine hälftige Kostenbeteiligung durch den Einzelhandel für diese Zeitspanne ausgehandelt werden.
17.09.2013 - 11:51	Roland Hahn	Sehr geehrter Herr Krause, ich beziehe mich auf die Angabe der Kosten fuer eine Weihnachtsbeleuchtung in den Stadtteilen. Stellen die angesprochenen Kosten von 10.000 Euro aktuelle ermittelte Kosten dar oder handelt es sich hier lediglich um einen Haushaltsansatz? Sollte es sich um aus Angeboten ermittelte Kosten handeln, so wuerde ich gerne zur Stadt Maintal kommen, um mir die Aufschluessellung der Kosten anzusehen. Bei der Betrachtung der Kosten zur Weihnachtsbeleuchtung sollte man auch einmal in Erwaegung ziehen, welche Kosten entstehen, besonders langfristig, wenn man keine Weihnachtsbeleuchtung in Maintal installiert. Sicherlich nicht einfach zu ermitteln, aber meiner Meinung nach einer Ueberlegung wert. Die ander Frage die fuer mich offen steht, ist, wo will die Stadt Maintal hingehen? Mit freundlichen Gruessen
17.09.2013 - 14:34	Redaktion Frank...	Hallo Herr Hahn,10.000 € betragen die Kosten, die der Stadt Maintal durch die letzte flächendeckende Weihnachtsbeleuchtung entstanden sind. Die Kosten sind überwiegend durch das Auf- und Abhängen sowie die Überprüfung der vorhandenen Leuchtkörper entstanden.Viele Grüße Frank Krause
18.09.2013 - 22:32	Feldzug	Eine Ausschreibung derLeistung an Dritte duerfte die Kosten halbieren. €50000,. sollten doch durch die zahlreichen Geschaefte,Firmen und die Stadt zu stemmen sein.
19.09.2013 - 20:49	B.Rabas	Ich finde der Einzelhandel sollte sich selbst für ein Konzept entscheiden und auch bezahlen. Hier ent - stehen Kosten für die Stadt die wirklich nicht nötig sind. Wenn die Stadt in jedem Ort einen Weihnachtsbaum mit Beleuchtung aufstellt ist das genug. Die weitere Dekoration könnten z B. Schulklassen, Vereine, Bürger, Kindergärten (wechselnd) übernehmen. Das ermöglicht Identifikation und beugt eventuell auch Vandalismus vor.
24.09.2013 - 16:19	Gert Eimer	Dies ist übrigens ein Vorschlag, der im Rahmen des Stadtleitbildprozesses bereits behandelt und befürwortet wurde. Damals war der Wunsch nach mehr Beleuchtung in die Ideensammlung aufgenommen worden. Herausgekommen ist eine vollständige Streichung der Kostenübernahme durch die Stadt

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Der Vorschlag wurde anhand der verschiedenen Gemeinwohlkriterien diskutiert, allerdings für eher nicht gemeinwohlfördernd gemäß den Kriterien befunden. Die Gruppe sprach sich gegen eine flächendeckende Beleuchtung aus, nicht aber gegen eine punktuelle Weihnachtsbeleuchtung an zentralen Orten (z.B. historischer Ortskern, Hauptstr). Die Beleuchtung sei zentral, um an diesen Orten Ambiente zu erzeugen.

Haushaltskonsolidierung, Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit

Eine flächendeckende Beleuchtung wurde mit Blick auf Kosten“) und Umweltverträglichkeit für nicht notwendig befunden.

Lebensqualität

Es wurde darauf hingewiesen, dass Weihnachtsbeleuchtung Geschmacksache ist. Aus Sicht des Antragstellers würde der Vorschlag zur Verbesserung der Lebensqualität durch Stärkung der Identität mit der Stadt Maintal führen; aus Sicht der Gruppenteilnehmenden ist dies strittig.

Ergänzungen / Einschränkungen des Vorschlags

Die Gruppe sprach sich dafür aus, die Weihnachtsbeleuchtung an dezentralen Orten nicht in die Hand der Stadt Maintal zu legen, da der Einzelhandel am meisten profitiere. Es wurde angeregt, dass Einzelhändler sich gemeinsam ein eigenständiges Konzept erarbeiten.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag ist rechtlich zulässig und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Maintal. Die Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung werden rd. 10.000,-- € betragen.

Aktueller Sachstand:

Der Vereinsring Dörnigheim e.V. hängt zum Weihnachtsmarkt in Dörnigheim, Frankfurter Straße, die Weihnachtsbeleuchtung in der Frankfurter Straße in Eigenregie auf.

Für die Kennedystraße und die Bahnhofstraße in Dörnigheim hat der Dörnigheimer Gewerbeverein e.V. bislang noch keine Lösung gefunden.

In Bischofsheim wurde durch die Gemeinschaft Bischofsheimer Fachbetriebe e.V. und den Bischofsheimer Vereinsring e.V. noch keine Lösung für die Weihnachtsbeleuchtung gefunden.

Zum Weihnachtsmarkt in Hochstadt hängt der Förderverein Hochstädter Weihnachtsmarkt e.V. die Weihnachtsbeleuchtung in der der Hauptstraße in Eigenregie auf.

Die Stadt stellt einen Hubwagen kostenfrei zur Verfügung.

Der Nutzen aus der Weihnachtsbeleuchtung ist eher im atmosphärischen Bereich zu sehen und kommt hauptsächlich dem Einzelhandel zugute. Ein Anstieg von Steuereinnahmen der Stadt Maintal ist durch das Anbringen von Weihnachtsbeleuchtung nicht zu erwarten.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Der Vorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig abgelehnt.

Begründung: Die Weihnachtsbeleuchtung ist Angelegenheit der Gewerbevereine, da das Gewerbe hiervon profitiert. Im Jahr 2013 wurden die Weihnachtsbeleuchtungen privat organisiert.

Vorschlag 8.4: Abbau der Fußgängerampel Backesweg/Breitscheidstraße

Die Fußgängerampel Backesweg/Breitscheidstraße in Maintal ist überaltert und wird noch mit Hochvolttechnik betrieben. Dadurch hat die Signalanlage einen hohen Stromverbrauch und ist wartungsintensiv. Damit sie weiter eingesetzt werden kann, wäre eine Umrüstung notwendig. Im Rahmen einer aktuellen Verkehrszählung wurde festgestellt, dass die Fußgängerampel (nach den Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen R-FGÜ 2001) nicht oft genug genutzt wird. Somit kann auf die Fußgängerampel verzichtet werden. Gemäß den Richtlinien ist sogar - auch unter der Berücksichtigung, dass im Backesweg der Schulweg verläuft - die Einrichtung eines Fußgängerüberweges nicht notwendig. Auswirkungen: objektiv keine, subjektiv eine Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls
Einsparungen: 1.600 € jährlich an Instandhaltungs- und Stromkosten sowie die Investitionen für eine Erneuerung der Anlage

Kommentare aus der Internetdiskussion

06.09.2013 - 14:22	P.Hugo	Der Vorschlag sollte auf alle in Maintaler Zuständigkeit befindlichen Ampeln ausgeweitet werden. Zielsetzung: Welche können ersatzlos entfallen, von welchen alternativen Maßnahmen ersetzt werden bis hin zum Tausch durch kostensparende Technik. Zusammenfassung aller Ampeln betreffende Vorschläge.
08.09.2013 - 17:20	Otto Einsporn	Das Thema sollte unter einem übergeordneten Ziel gut diskutiert werden. Das Forschungsvorhaben "Flächendeckende Verkehrsberuhigung", Folgerungen für die Praxis, der drei Bundesministerien für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, für Verkehr und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, herausgegeben 1992, nennt als Kapitel - Definition und Ziele, - Konzepte, - Beteiligung Betroffener, - Maßnahmen, - Rechtsfragen, - Finanzen und ist es wert, als übergeordnetes Ziel diskutiert zu werden.
15.09.2013 - 16:27	herrmann@kuvasz.de	Der Vorschlag ist gut.
18.09.2013 - 12:43	Seppi	Warum nicht durch einen Zebrastreifen ersetzen? Dann könnten Fußgänger sicher die Straße überqueren.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Die Gruppe sprach sich dafür aus, die Sinnhaftigkeit der Ampel zu überprüfen („Wie oft wird die Ampel genutzt?“). Betroffen sind insbesondere Anwohner und Schüler.

Haushaltskonsolidierung, Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit

Durch die Abschaltung der Ampel können sowohl Strom- und Instandhaltungskosten gespart als auch ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden.

Aus Sicht der Gruppe wird die Lebensqualität (auch Sicherheit) durch die Abschaltung der Ampel nicht gemindert.

Ergänzungen / Einschränkungen zum Vorschlag

- Lösungen wie ein Zebrastreifen oder eine Verkehrsverengung sollten in Erwägung gezogen werden.
- Analog sollte die Ampel an der Bahnhofstr. / Beethovenstr überprüft werden.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Fußgängerampel Backesweg/Breitscheidstraße in Maintal ist überaltert und wird noch mit Hochvolttechnik betrieben. Dadurch hat die Signalanlage einen hohen Stromverbrauch und ist wartungsintensiv. Damit sie weiter eingesetzt werden kann, wäre eine Umrüstung notwendig.

Im Rahmen einer aktuellen Verkehrszählung wurde festgestellt, dass die Fußgängerampel (nach den Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen R-FGÜ 2001) nicht oft genug genutzt wird. Somit kann auf die Fußgängerampel verzichtet werden. Gemäß den Richtlinien ist sogar - auch unter der Berücksichtigung, dass im Backesweg der Schulweg verläuft - die Einrichtung eines Fußgängerüberweges nicht notwendig.

Auswirkungen: objektiv keine, subjektiv eine Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls

Einsparungen: 1.600 € jährlich an Instandhaltungs- und Stromkosten sowie die Investitionen für eine Erneuerung der Anlage

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Die Abstimmung hat sich aufgrund des Beschlusses zu Dr.-Nr. 938/2013 erübrigt.

Der Vorschlag wird im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Gesamt Maintal geprüft und bewertet.

Vorschlag 8.5: Straßenbeleuchtung

Ich halte es für erforderlich, die Beleuchtung von Straßen und Wegen im gesamten Stadtgebiet auf Notwendigkeit zu überprüfen. Ist es z.B. wirklich erforderlich in folgenden Fällen, dass die ganze Nacht die Beleuchtung in Betrieb ist: Wachenbuchen, Kilianstädter Str. außerhalb der Häuser bis zum neuen Friedhof Hochstadt, Ringstr. Nord von der Ringmauer durch die Kleingärten zum Festplatz Hochstadt, Südumgehung Kreuzung Hanauer Str., Parkplatz Dörnigheim, Rad- und Fußweg vom Maintalbad über Surf- und Angelsee bis nach Bischofsheim Sicher ergeben sich bei einer Überprüfung noch weitere Beispiele. Einige der genannten Beispiele sind vollkommen überflüssig und könnten ganz oder zumindest zeitlich begrenzt abgeschaltet werden. Mir ist klar, dass damit keine Millionenbeträge eingespart werden, aber damit könnte die Stadt ein Zeichen setzen, dass man gewillt ist auch bei kleineren Beträgen zu sparen und außerdem auch den angestrebten Umweltzielen im Hinblick auf CO-2 Einsparung gerecht wird.

Wichtig für Maintal, weil:

- Nicht notwendige Kosten vermieden werden und zur CO-2 Einsparung beiträgt.

Kommentare aus der Internetdiskussion

29.08.2013 - 13:13	Moderation SM	Hallo wawi, vielen Dank für Ihren Vorschlag. Schauen Sie sich doch auch einmal diese beiden ähnlichen Vorschläge an, dort wird ebenfalls über die Abschaltung der Straßenbeleuchtung diskutiert: http://buergerhaushalt-maintal.de/vorschlag/stromkosten-reduzieren http://buergerhaushalt-maintal.de/vorschlag/abschaltung-der-strassenbeleuchtung Beste Grüße Svenja Mewesen (Moderation)
29.08.2013 - 15:16	maintaldoern ighem	Hallo wawi, ich finde den Vorschlag schlecht, da ich zum Beispiel den Fahrradweg zwischen Maintalbad und Bischofsheim oft auch abends nutze.
02.09.2013 - 16:41	Redaktion Jörg Wuff	Sehr geehrter, sehr geehrte wawi, der Vorschlag zur Straßenbeleuchtung ist • rechtlich zu prüfen, da sich aus der nächtlichen Abschaltung von Beleuchtungsanlagen keine Gefahrenpunkte im Straßenbereich ergeben dürfen (Einzelfallprüfung). Die Stadt unterliegt der Verkehrssicherungspflicht, auch in den Nachtstunden. • in der Zuständigkeit der Stadt Maintal • Personelle und finanzielle Auswirkungen auf die Stadt Maintal: Finanzielle Einsparungseffekte liegen bei einer flächendeckenden Nachtabschaltung von z. B. 00:00 Uhr-04:00 Uhr bei ca. 100.000 €/a. und bei ca. 22,50 €/Jahr für eine Leuchte. Mit freundlichen Grüßen, Jörg Wuff i.A. des Fachdienstes Stadtentwicklung und Umwelt
08.09.2013 - 13:52	Otto Einsporn	Das Thema sollte unter einem übergeordneten Ziel gut diskutiert werden. Das Forschungsvorhaben "Flächendeckende Verkehrsberuhigung", Folgerungen für die Praxis, der drei Bundesministerien für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, für Verkehr und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, herausgegeben 1992, nennt als Kapitel - Definition und Ziele, - Konzepte, - Beteiligung Betroffener, - Maßnahmen, - Rechtsfragen, - Finanzierung und ist es wert, als übergeordnetes Ziel diskutiert zu werden
10.09.2013 - 15:27	wawi	Hallo maintaldoern ighem, ich akzeptiere durchaus, dass sie es vorteilhaft finden, einen beleuchteten Radweg vorzufinden. Aber, wieviele außer ihnen nutzen dies ebenfalls? Lohnt sich der Aufwand? und wäre eine temporäre Abschaltung nicht sinnvoll? Außerdem: Es gibt andere Fuß- bzw. Radwege, die sind nicht beleuchtet, z.Bsp. an der L3195 zwischen Hochstadt und Wachenbuchen oder der Mainradweg zwischen Hanau-Philipsruhe und Frankfurt-Fechenheim und es geht auch.
15.09.2013 - 14:41	herrmann@k uvasz.de	Siehe Kommentar der Verwaltung.

Protokoll aus der Gemeinwohlveranstaltung

Relevante Gemeinwohlkriterien

Lebensqualität	Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Haushalts- konsolidierung	Anzahl der Betroffenen	Sonstiges
X	X	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentare zur Erfüllung der Gemeinwohlkriterien

Wichtiger Hinweis der Gruppe: Dieser Vorschlag ist übergeordnet zu Vorschlag 8.2, da es sich um ein Gesamtkonzept handelt. Die Gruppe sprach sich stark für ein solches Gesamtkonzept aus.

Lebensqualität

Es wurde darauf hingewiesen, dass Helligkeit belastend wirken kann (für Mensch, Pflanzen & Tiere). Um der Verkehrssicherungspflicht zu entsprechen, sollte keine Abschaltung an Hauptstraßen erfolgen. Die Gruppe betonte, dass für einige die soziale Sicherheit hier sicherlich eine große Rolle spiele. Dies müsse berücksichtigt werden. Eine öffentliche Debatte über die Frage, wie viel soziale Sicherheit notwendig sei, wäre hilfreich.

Umwelt-/ Naturschutz, Nachhaltigkeit

Der Vorschlag unterstützt die Erreichung ökologischer Fernziele (des Landes und Bundes, auch abgebildet im Stadtleitbildprozess der Stadt Maintal).

Haushaltskonsolidierung

Es wurde angemerkt, dass das Einsparpotential deutlich sinken würde, wenn die gesamte Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie umgestellt würde (siehe Vorschlag 8.1 und 8.2). Die Notwendigkeit, über das Sparen von Stromkosten durch Abschaltungen zu reden, wäre dann geringer.

Ergänzungen / Einschränkungen des Vorschlags

Es war den Teilnehmenden wichtig, dass nicht nur Randgebiete geprüft würden. Es wurde dementsprechend betont, dass der Vorschlag sich auf das gesamte Stadtgebiet bezieht, die Beispiele insbesondere auf die Randgebiete und nicht direkt auf die Wohnbereiche.

Die Teilnehmenden betonten außerdem die Notwendigkeit, das Konzept unter Beteiligung der betroffenen Bürger zu erarbeiten. Hierzu kam der Vorschlag, eine öffentliche Veranstaltung anzubieten.

Fazit: Der Vorschlag dient eher dem Gemeinwohl.

eher nicht dem Gemeinwohl.

Stellungnahme der Verwaltung

Weder die erforderliche Investition (Anschaffung neuer energiesparende Geräte Straßenlampen etc.) noch der Einspareffekt lassen sich derzeit hinreichend genau beziffern.

Grob geschätzt könnte die finanzielle Einsparung bei einer flächendeckenden Nachtabschaltung von z. B. 00:00 Uhr-04:00 Uhr bei ca. 100.000 €/a liegen. Dies sind ca. 22,50 €/Jahr für eine Leuchte.

Eine totale Abschaltung der Straßenbeleuchtung ist aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht zu prüfen. Ein Teilbereichsabschaltung ist nur schwer umsetzbar, da sich die Straßenbeleuchtung nicht lampenbezogen schalten lässt, sondern nur in größeren Stromkreisen (mehrere Straßenzüge), so dass sie auch nicht an neuralgischen Punkten, z.B. an Kurven, Kreuzungen etc, eingeschaltet bleiben kann.

Eine Überprüfung könnte jedoch punktuell sinnvoll sein.

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten

Die Abstimmung hat sich aufgrund des Beschlusses zu Dr.-Nr. 938/2013 erübrigt.

Der Vorschlag wird im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Gesamt Maintal geprüft und bewertet.